

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1974

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Insolvenzen 1973

- 29 Zahl und Ausmaß der in einem bestimmten Zeitraum angemeldeten Konkurse und Vergleichsverfahren gehören zu den Indikatoren, die zur Beurteilung der Wirtschaftslage herangezogen werden. Die Ergebnisse der Insolvenzstatistik für das vergangene Jahr sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund der 1973 von Bundesregierung und Bundesbank verfolgten scharfen Restriktionspolitik zu sehen.
-

Umsatzsteuerstatistik 1972

- 31 Die vorgelegten Zahlen geben einen ersten Gesamtüberblick über die Umsatzentwicklung der rheinland-pfälzischen Unternehmen in den Jahren 1970 bis 1972. Von besonderem Interesse dürfte wiederum die Aufgliederung der Umsatzsteuerpflichtigen und ihrer Umsätze nach Wirtschaftsbereichen sowie - erstmals wieder seit 1962 - nach Rechtsformen sein.
-

Kommunale Finanzen 1966 - 1971

- 35 Gemeinden und Gemeindeverbände sind die wichtigsten Träger öffentlicher Investitionen. Die Reform des kommunalen Haushaltsrechts schafft die Voraussetzungen für eine verbesserte Einbeziehung der kommunalen Haushalte in die staatliche Konjunkturpolitik.
-

Wein-, Obst- und Gemüsebau 1973

- 40 Während die geringer werdende Bedeutung des Obst- und Gemüsebaus in den seit Jahren abnehmenden Anbauflächen zum Ausdruck kommt, läßt sich für die bestockte Rebfläche des Landes seit 1969 eine beschleunigte Ausweitung feststellen.
-

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1972/73

- 45 Günstigere Lebens- und Arbeitsbedingungen in außerlandwirtschaftlichen Berufen sowie die Auswirkung des technischen Fortschritts führten zu einer ständigen Verminderung der in der Landwirtschaft Tätigen. Seit 1964/65 wird diese Entwicklung mit Hilfe der zweijährlichen Arbeitskräfteerhebungen ständig beobachtet.
-

Berufs- und Ausbildungspendler über die Landesgrenze

- 48 Die Wirtschaftsräume der Länder stimmen in ihrer Abgrenzung mit der politischen Grenzziehung nicht überein, so daß in den grenznahen Gebieten ein Pendleraustausch über die Landesgrenzen hinweg stattfindet. Mehr als 100 000 Erwerbstätige, Schüler und Studierende aus Rheinland-Pfalz überschreiten auf ihrem täglichen Weg zum Arbeitsplatz oder zur Schule die Landesgrenze.
-

Baufträge 1972/73

- 51 Der vorliegende Beitrag hat zur Aufgabe, den mit Hilfe der noch relativ jungen Auftragsstatistik im Bauhauptgewerbe erzielten Informationsgewinn anhand gezielter Ergebnisse zu verdeutlichen.
-

Anhang

- 9* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
15* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Zahl und Ausmaß der Konkurse 1973 auf Rekordhöhe

Die Insolvenzstatistik weist für das Jahr 1973 sowohl hinsichtlich der Gesamtzahl der Konkurse und Vergleichsverfahren wie auch der von den Gläubigern insgesamt bei den Konkursen geltend gemachten Forderungen Rekordzahlen aus. Von den Konkursgerichten wurden 268 Insolvenzfälle gemeldet, darunter 259 eröffnete oder mangels Masse abgelehnte Konkurse mit einer Gesamtforderungshöhe von nahezu 217 Mill. DM. Nach dem Kriege sind in Rheinland-Pfalz nur 1954 mehr Fälle von Zahlungsschwierigkeiten registriert worden (274 Fälle), während weder die Zahl der Konkurse noch die Summe der Konkursforderungen in einem Nachkriegsjahr höher waren. Gegenüber 1972 erhöhte sich die Zahl der Konkurse um 51 Fälle, die Konkursverluste verfünffachten sich sogar.

Fast drei Viertel der finanziellen Zusammenbrüche betrafen Erwerbsunternehmen, von denen nahezu zwei Drittel nicht länger als maximal fünf Jahre bestanden. Mit 52 Konkursen entfielen die relativ meisten der insolvent gewordenen Unternehmen auf den Bereich Handel, 46 waren dem verarbeitenden Gewerbe und 39 dem Bausektor zuzuordnen. Die Zahl der Millionenkonkurse stieg auf 30 Fälle, die allein mit 84,2% an der Summe der reklamierten Forderungen beteiligt waren. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 29.

Wachsendes Finanzierungsdefizit der kommunalen Haushalte

Die bereinigten Gesamtausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich zwischen 1966 und 1971 um 61,9% von 2 735 Mill. DM auf 4 428 Mill. DM. Ohne die besonderen Finanzierungsvorgänge (Schuldentilgung und Zuführung an Rücklagen) stiegen die Ausgaben in diesem Zeitraum von 2 507 Mill. DM auf 4 097 Mill. DM (+ 63,4%). Die entsprechenden Einnahmen konnten mit der Ausgabenexpansion nicht Schritt halten; sie nahmen nur um 56,2% von 2 129 Mill. DM auf 3 326 Mill. DM zu. Das Finanzierungsdefizit, das durch die Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt und den Abbau der Rücklagenbestände gedeckt werden mußte, verdoppelte sich infolgedessen von 378 Mill. DM auf 771 Mill. DM.

Ursache dieser Entwicklung war der rasche Anstieg sowohl der laufenden Ausgaben, insbesondere der Personalausgaben, als auch der Ausgaben für Investitionen seit 1969. Während diese Ausgabensteigerung 1969 noch weitgehend durch außerordentlich hohe Steuereinnahmen aufgefangen werden konnte, mußten 1970 und 1971 in erheblichem Umfang Schulden aufgenommen werden. Die Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt war 1971 mit 673 Mill. DM mehr als doppelt so hoch wie 1969.

In der Rezession 1966/67 wie in der Hochkonjunktur 1969/70 haben sich die Gemeinden und Gemeindeverbände ausgeprägt prozyklisch verhalten, wie vor allem an der Entwicklung der Investitionsausgaben deutlich wird. Trotz der starken Ausweitung der Investitionsausgaben in der Hochkonjunktur erreichten sie 1971 mit einem Anteil von 36,9% an den Gesamtausgaben nur knapp den Wert von 1966; zudem wurde ein erheblicher Teil der Mehrausgaben von den steigenden Baupreisen aufgezehrt. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 35.

Mehr als 100 000 Berufs- und Ausbildungsauspendler über die Landesgrenze

Von 100 Erwerbstätigen, Schülern und Studierenden, die in einer anderen als ihrer Wohngemeinde der Arbeit oder der Ausbildung nachgehen, überschritten 15 auf ihrem täglichen Weg zum Arbeitsplatz oder zur Schule die Landesgrenze. Unter den Pendlern über die Landesgrenze dominieren die Erwerbstätigen weitaus stärker als unter den Pendlern überhaupt. Den 102 160 Auspendlern stehen nur 36 501 Einpendler gegenüber. Im Südosten von Rheinland-Pfalz, wo die Grenzziehung stärker als in den anderen Landesteilen organisch gewachsene Wirtschaftsräume durchtrennt, ist der Pendleraustausch am regsten. Etwa 60% des grenzüberschreitenden Berufsverkehrs spielt sich zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen bzw. Baden-Württemberg ab. Auch für zwei Drittel der über die Landesgrenze auspendelnden Schüler und Studenten liegt der Ausbildungsort in Hessen oder Baden-Württemberg.

Von den nach Rheinland-Pfalz einpendelnden Erwerbstätigen kommt jeder zweite aus Hessen. Die meisten von ihnen (82%) haben ihren Arbeitsplatz im Rhein-Main-Gebiet. Die Bilanz des Pendleraustausches unter den Erwerbstätigen ist am ausgeglichensten gegenüber Hessen. In Hessen gehen zweimal, in Baden-Württemberg und dem Saarland dreimal, in Nordrhein-Westfalen neunmal soviel Tagespendler aus Rheinland-Pfalz ihrem Broterwerb nach als von dort nach Rheinland-Pfalz zur Arbeit kommen. Die Bilanz der Ausbildungsauspendler weist nur gegenüber Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen einen Negativsaldo auf. Aus Hessen und dem Saarland kommen täglich mehr Schüler und Studierende zur Ausbildung nach Rheinland-Pfalz als Jugendliche von hier zum Besuch von Schulen und Universitäten in diese Länder auspendeln. ne

Mehr über dieses Thema auf Seite 48.

Umsatzanstieg trotz zahlenmäßiger Abnahme der Umsatzsteuerpflichtigen

Durch die Umsatzsteuerstatistik 1972 wurden knapp 110 000 Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz festgestellt, deren Umsatz sich auf insgesamt 68,7 Mrd. DM belief. Gegenüber 1970, dem Jahr der vorhergehenden Erhebung, nahm zwar die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen um 5,7% ab, das Umsatzvolumen stieg jedoch um 10,9 Mrd. DM oder 19% an.

Mit 32,2% aller Steuerpflichtigen entfielen die relativ meisten Unternehmer auf den Bereich des Handels, gefolgt vom produzierenden Gewerbe mit 28,8%. Der produzierende Sektor vereinigte dagegen über die Hälfte (55,2%) aller Umsätze auf sich, während der Handel mit 34,7% der zweitwichtigste Wirtschaftsbereich war.

Eine Aufgliederung der Umsatzsteuerpflichtigen 1972 nach der Rechtsform ergibt, daß über vier Fünftel als Einzelunternehmen, 12,1% als Personengesellschaft und nur 1,9% als Kapitalgesellschaft - insbesondere als GmbH - geführt wurden. Am Umsatz waren die Einzelgewerbetreibenden jedoch lediglich mit 30,2%, die Personengesellschaften mit 35,2% und die Kapitalgesellschaften mit 28,9% beteiligt. Der Rest verteilte sich auf sonstige Rechtsformen wie Genossenschaften und andere. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 31.

Ende 1973 wieder Zunahme der Sparneigung

Nachdem im März 1973 bei den rheinland-pfälzischen Kreditinstituten erstmals seit 20 Jahren ein Rückgang des Spareinlagenbestandes registriert worden war, wird seit Oktober des Jahres wieder vermehrt gespart. Dieser Umschwung im Verhalten der Sparer, der sich in erster Linie aus der Ungewißheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung erklären dürfte, bewirkte, daß Ende 1973 insgesamt 14,71 Mrd. DM auf den Sparkonten der Banken und Sparkassen ausgewiesen wurden. Damit stiegen die Spareinlagen im IV. Quartal um 1 134 Mill. DM oder 8,4%, worin allerdings die Zinsgutschriften des Dezembers in Höhe von 770 Mill. DM enthalten sind.

Im gesamten Jahr 1973 erhöhte sich das Sparvolumen allerdings nur um 969 Mill. DM, das sind lediglich 7,1% gegenüber einer Zuwachsrate von 14,4% im Vorjahr bzw. 14,5% im Jahre 1971.

Prämienbegünstigt waren 1 646 Mill. DM oder 11,2% des Gesamtbestandes angelegt, das bedeutet absolut wie auch prozentual einen neuen Höchststand. Der Anteil der auf den Sparkonten der Sparkassen unterhaltenen Sparguthaben am gesamten Spareinlagenbestand ging von 61,7% Ende 1972 auf 60,2% leicht zurück. he

Geschwindigkeitsbeschränkung führte zu Rückgang der schweren Verkehrsunfälle im Dezember 1973

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen ereigneten sich im Dezember des vergangenen Jahres 1 309 Unfälle mit Personenschaden. Das sind 498 Unfälle oder 27,6% weniger als im Dezember 1972. Die Zahl der Verkehrstoten verringerte sich gleichzeitig um 40 (— 39,2%) auf 62, die der Schwerverletzten um 368 (— 39,5%) auf 563 sowie die der Leichtverletzten um 366 (— 23,0%) auf 1 223. Mehr als ein Viertel des Rückgangs der Personenschadens-Unfälle entfiel jedoch auf die ersten drei Dezember-Sonntage mit Fahrverbot, während sich der Rest auf die übrigen 28 Tage des Monats verteilte.

An den drei Fahrverbots-Sonntagen ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 29 Unfälle mit Personenschaden gegenüber 190 an den ersten drei Dezember-Sonntagen im Jahre 1972. Bei diesen Unfällen wurden zwei Personen getötet (Vorjahr 7), 11 schwer und 25 leicht verletzt (Vorjahr 112 bzw. 196). Die Bilanz der verkehrsfreien Tage im Dezember ist im Durchschnitt nicht so günstig ausgefallen wie am letzten November-Sonntag, an welchem nur vier Unfälle mit einem Toten und drei Verletzten gezählt wurden, was zum Teil jedoch auch auf die starken Schneefälle in der ersten Dezemberhälfte zurückzuführen ist.

Um eine ungestörte Gegenüberstellung der beiden Vergleichsmonate zu ermöglichen, sind jedoch die Fahrverbots-Sonntage zusammen mit den entsprechenden Sonntagen im Vorjahresmonat aus der Statistik zu eliminieren. An den 28 Dezembertagen ohne Fahrverbot wurden damit 337 Unfälle mit Personenschaden (— 20,8%), 35 Tote (— 36,8%) und 462 Verletzte (— 20,9%) weniger registriert als im gleichen Vorjahresmonat. Am stärksten ging die Zahl der Unfälle, in deren Verlauf Menschen verletzt oder getötet wurden, auf den Straßen zurück, wo aufgrund der allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkungen eine Höchstgeschwindigkeit

von 80 km pro Stunde vorgeschrieben war, und zwar um 182 oder 32,2% gegenüber einem Rückgang um 24,5% (120 Unfälle) innerhalb von Ortschaften. Da auf den Außerortsstraßen mit Tempobeschränkung 80 km pro Stunde seit Oktober 1972 bereits eine Beschränkung auf 100 km pro Stunde bestand, verringerte sich die Zahl der Unfallopfer hier nicht in stärkerem Maße als bei den Innerorts-Unfällen. Trotzdem gab es 19 Tote (— 41,3%) und 200 Verletzte (— 24,0%) weniger, gegenüber 15 Toten (— 55,6%) und 209 Verletzten (— 31,5) innerhalb von Ortschaften.

Auf den rheinland-pfälzischen Autobahnen, wo die Höchstgeschwindigkeit erstmalig auf 100 km pro Stunde beschränkt war, nahm die Zahl der Personenschadens-Unfälle ebenfalls um 36,2% auf 37 ab. Im Gegensatz zu den übrigen Außerortsstraßen erhöhte sich hier die Zahl der Toten um 3 auf 6, während sich die Zahl der Verletzten um 22 auf 49 verringerte. Vor einer endgültigen Aussage über den Einfluß der Geschwindigkeitsbeschränkung auf die Zahl der Todesopfer im Autobahnverkehr muß erst die weitere Entwicklung abgewartet werden. mc

Scharlach sprunghaft angestiegen

Mit 6 450 gemeldeten infektiösen Krankheitsfällen ergab sich 1973 eine gegenüber dem Vorjahr (6 100 Fälle) erheblich höhere Seuchenmorbidity. Hauptsächlich wurde die Zunahme der Krankheitshäufigkeit insgesamt durch einen sprunghaften Anstieg (+ 54%) der Scharlacherkrankungen (1 714) bewirkt. Da epidemische Scharlachmassierungen nicht bekannt wurden, können Gründe für das vermehrte Auftreten nicht genannt werden.

Nur geringfügig abweichend vom Vorjahresergebnis blieb die Zahl der im Wege der sanitätspolizeilichen Meldungen erfaßten Tuberkulose-Neuerkrankungen (1 707), deren tatsächliche, über die Tbk-Fürsorgestellen noch zu ermittelnden Erfassungszahl, ungleich höher liegen dürfte. Ganz offensichtlich im Rückgang befindet sich die Hepatitis infectiosa (1 496). Der Häufigkeitsschub dieser Krankheit im Jahre 1970 (1 800) wurde nach einer über die beiden folgenden Jahre sich erstreckenden Stagnationsphase nunmehr erheblich unterschritten.

Von den meldepflichtigen infektiösen Darmerkrankungen war es nur die Enteritis infectiosa, welche mit 1 105 Fällen, vornehmlich in Form der Salmonellose, auffällig in Erscheinung trat. Das Häufigkeitsniveau der Enteritis blieb seit 1970 ziemlich unverändert.

Eine im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt geringere Morbidity konnte bei der infektiösen Hirnhautentzündung (257) festgestellt werden. Der Rückgang betraf allerdings nicht die Meningokokken-Erkrankungen, sondern ausschließlich die übrigen Formen (144), deren Fallzahl um mehr als ein Drittel unter der des Jahres 1972 lag.

Unter den übrigen, bezüglich ihres Erkrankungsumfanges mehr oder weniger Zufallsschwankungen unterliegenden Krankheiten verdienen die sieben im Berichtszeitraum registrierten Malaria-Neuerkrankungen insofern besonderer Erwähnung, als diese in Anbetracht des relativ geringen Malaria-Vorkommens der letzten 20 Jahre (insgesamt 30 Fälle) ein ungewöhnliches Erkrankungsmaß darstellen.

Erstmals seit fünf Jahren gab es in Rheinland-Pfalz keine Kinderlähmung. zi

Konkurse und Vergleichsverfahren 1973

Von den Amtsgerichten (Konkursgerichten) des Landes werden dem Statistischen Landesamt monatlich Zählkarten mit den dort angemeldeten Insolvenzen zugeleitet. Ein Zählblatt ist zu erstellen, wenn ein Konkursverfahren eröffnet oder ein Antrag auf Konkursöffnung mangels hinreichender Masse abgewiesen worden ist, sowie bei Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens.

Zusammen mit den Daten einer Reihe anderer Statistiken gehören die Ergebnisse der Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren zu den Indikatoren, die zur Beurteilung der Wirtschaftslage herangezogen werden. Dies gilt allerdings für die auf Landesebene ermittelten Insolvenzfälle, zumal wenn eine tiefergehende Gliederung nach Merkmalen wie Branchenzugehörigkeit, Alter und Rechtsform der insolventen Unternehmen vorgenommen wird, nur mit gewissen Einschränkungen, da sie unter Umständen in ihrer Verteilung und Häufigkeit und in ihrem zeitlichen Anfall nicht ganz frei von Zufallseinflüssen sein können und damit nicht in jedem Fall ein exaktes Spiegelbild der wirtschaftlichen Situation abgeben. Andererseits kann auch bei den Landesergebnissen der Statistik kein Zweifel an einem Zusammenhang zwischen Häufigkeit und Ausmaß der Insolvenzen eines Zeitraums und den jeweiligen konjunkturellen und strukturellen wirtschaftlichen Gegebenheiten bestehen.

Zahl der Insolvenzen und Ausmaß der Forderungsverluste 1973 auf Rekordhöhe

Die Statistik weist für das Jahr 1973 sowohl hinsichtlich der Gesamtzahl der Insolvenzen wie auch der von den Gläubigern insgesamt bei den Konkursen geltend gemachten Forderungen einen Rekord aus. Es wurden von den Konkursgerichten

268 Insolvenzfälle (ohne Anschlußkonkurse) gemeldet, darunter 259 eröffnete oder mangels Masse abgelehnte Konkurse mit einer Gesamtforderungshöhe von nahezu 217 Mill. DM. Nach dem Kriege sind in Rheinland-Pfalz nur für 1954 mehr Fälle von Zahlungsschwierigkeiten registriert worden (274 Fälle), während weder die Zahl der Konkurse noch die Summe der Konkursverluste in einem der Nachkriegsjahre höher waren. Selbst in den Rezessionsjahren 1966 und 1967 lagen die Konkurse zahlenmäßig mit jeweils etwas über 160 Fällen wie auch bezüglich der dabei angemeldeten Forderungen (67 bzw. 63 Mill. DM) weit unter den entsprechenden Zahlen von 1973.

Verglichen mit 1972 erhöhte sich die Zahl aller Zahlungsschwierigkeiten um 44 Fälle oder annähernd ein Fünftel, obwohl das Jahr 1972 immerhin die zweithöchste Insolvenzziffer der letzten zehn Jahre aufwies. Hervorzuheben ist, daß die Konkursfälle gegenüber dem Vorjahr mit einer Zunahme um 51 Fälle oder 24,5% überproportional anstiegen, da gleichzeitig die Vergleichsverfahren von 17 auf 10 Fälle und damit auf einen Tiefstand zurückgingen. Während jedoch die Zahl der mangels Masse abgelehnten Konkursanträge (122) im Vergleich zum vorhergehenden Jahr (125) fast konstant blieb, nahmen die eröffneten Konkurse um 54 Verfahren zu, was einem Anstieg um gut 65% entspricht.

Um das Ausmaß der 1973 von den Konkursgläubigern reklamierten Forderungen in Höhe von fast 217 Mill. DM richtig gewichten zu können, muß

Entwicklung der Konkurse und Vergleichsverfahren 1964 - 1973

Jahr Vierteljahr	Insolvenzen insgesamt 1)	Konkurse				Vergleichs- verfahren
		zusammen	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgelehnte Anträge	angemeldete Forderungen	
Anzahl					1 000 DM	Anzahl
1964	128	113	78	35	32 283	17
1965	150	132	86	46	27 723	19
1966	193	163	106	57	67 452	34
1967	202	166	119	47	63 113	40
1968	152	138	79	59	32 061	20
1969	172	164	94	70	47 166	15
1970	222	199	99	100	44 016	27
1971	208	190	80	110	72 490	19
1972	224	208	83	125	43 670	17
1973	268	259	137	122	216 943	10
1973 1. Vierteljahr	66	65	34	31	13 502	1
2. "	38	35	19	16	14 427	3
3. "	67	66	40	26	81 545	2
4. "	97	93	44	49	107 469	4

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

Konkurse und Vergleichsverfahren 1969 - 1973

Rechtsform der Gemeinschuldner Alter der Erwerbsunternehmen Wirtschaftsbereich der Erwerbsunternehmen	1969		1970		1971		1972		1973			Veränderung zum Vorjahr
	Insolvenzen 1)	Konkurse	Insolvenzen 1)	Konkurse	Insolvenzen 1)	Konkurse	Insolvenzen 1)	Konkurse	Insolvenzen 1)	Konkurse		
											Anzahl	
Insolvenzen nach der Rechtsform der Gemeinschuldner												
Erwerbsunternehmen	131	124	147	130	150	132	150	138	193	184	71,0	33,3
Nicht im Handelsregister eingetragene Unternehmen	47	47	58	57	67	62	81	76	82	79	30,5	3,9
Einzelfirmen	34	33	35	28	26	20	11	8	17	14	5,4	75,0
OHG und KG	20	14	25	19	23	18	18	14	37	35	13,5	150,0
Gesellschaften m. b. H.	30	30	29	26	34	32	39	39	54	53	20,5	35,9
Sonstige im Handelsregister eingetragene Unternehmen	-	-	-	-	-	-	1	1	3	3	0,1	200,0
Andere Gemeinschuldner	41	40	75	69	58	58	73	70	75	75	29,0	7,1
Natürliche Personen	12	12	30	24	19	19	29	26	32	32	12,4	23,1
Nachlässe	29	28	45	45	39	39	44	44	42	42	16,2	- 4,5
Insgesamt	172	164	222	199	208	190	223	208	268	259	100,0	24,5
Insolvenzen von Erwerbsunternehmen nach dem Alter der Unternehmen												
bis 5 Jahre	48	49	63	57	87	82	93	90	117	116	63,0	28,9
6 - 15 "	39	37	42	41	36	28	42	37	51	46	25,0	24,3
16 und mehr "	39	33	36	26	24	19	14	10	17	15	8,2	50,0
Alter unbekannt	5	5	6	6	3	3	1	1	8	7	3,8	600,0
Insgesamt	131	124	147	130	150	132	150	138	193	184	100,0	33,3
Insolvenzen von Erwerbsunternehmen nach Wirtschaftsbereichen												
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	3	3	6	6	-	-	3	2	6	6	3,3	200,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau)	41	37	40	35	51	48	28	25	51	46	25,0	84,0
Baugewerbe	28	27	33	29	44	41	38	36	41	39	21,2	8,3
Bauhauptgewerbe	26	25	22	19	38	35	29	27	37	36	19,6	33,3
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	2	2	11	10	6	6	9	9	4	3	1,6	- 76,7
Handel	44	42	49	41	37	29	45	40	54	52	28,3	30,0
Großhandel	23	22	25	21	15	10	20	18	26	25	13,6	38,9
Einzelhandel	21	20	23	19	21	18	24	21	28	27	14,7	28,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2	2	6	6	4	3	11	10	6	6	3,3	- 40,0
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1	1	2	2	2	2	2	2	1	1	0,5	- 50,0
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	12	12	11	11	12	9	23	23	34	34	18,4	47,8
Insgesamt	131	124	147	130	150	132	150	138	193	184	100,0	33,3

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

man sich vor Augen halten, daß die Gesamtfordernungshöhe fast genau fünfmal so hoch ist wie die des Vorjahres (knapp 44 Mill. DM). Auch im Jahre 1971, dem Jahr mit der bisher höchsten Forderungssumme (knapp 73 Mill. DM), wurde nur etwa ein Drittel der Forderungen des Jahres 1973 bei den Konkursgerichten angemeldet.

Restriktionspolitik im 2. Halbjahr 1973 wirksam

Die Zahlen der Insolvenzstatistik 1973 lassen sich nur vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Jahres beurteilen. Angesichts der konjunkturellen Überhitzung Ende 1972 und Anfang 1973, die sich vor allem in wachsenden Preissteigerungsraten äußerte, waren Bundesregierung und Bundesbank gezwungen, eine vergleichsweise harte Restriktionspolitik zu verfolgen. Während die Bundesbank bereits seit Anfang 1973 versuchte, durch restriktive geld- und kreditpolitische Maßnahmen die inländische Liquidität zu verknappen bzw. zu verteuern, beschloß die Bundesregierung im Mai 1973 ein finanzpolitisches Stabilitätsprogramm. Es schlug sich insbesondere nieder in der Dritten Verordnung über steuerliche Konjunkturmaßnahmen

vom 7. Juni 1973 sowie im Steueränderungsgesetz 1973 vom 26. Juni 1973. Als wichtigste Stabilitätsmaßnahmen sind zu nennen: Aussetzung der degressiven Abschreibung bei Ausrüstungsgütern und Gebäuden, vorübergehender Ausschluß erhöhter Abschreibungen gemäß § 7 b EStG für Wohngebäude, Erhebung eines Stabilitätzuschlags, Einführung einer Investitionssteuer und Kürzung der Investitionszulagen. Die genannten Maßnahmen der Regierung und der Restriktionskurs der Bundesbank begannen sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1973 auf Rentabilität und Liquidität der am Wirtschaftsprozess Beteiligten stärker auszuwirken. Dies wiederum blieb fraglos nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Insolvenzstatistik, vor allem in den beiden letzten Quartalen des Berichtsjahres. Die quartalsweise Aufgliederung der Konkurse zeigt, daß mit 93 Fällen allein fast 36% aller finanziellen Zusammenbrüche des Jahres 1973 im letzten Vierteljahr anfielen. Hinsichtlich der Summe der geltend gemachten Konkursforderungen ist die Konzentration auf das zweite Halbjahr noch ausgeprägter. In den letzten drei Monaten 1973 wurde nämlich mit über 107 Mill. DM fast die Hälfte aller Forderungen des gesamten Jahres angemeldet; und

Voraussichtliche Forderungshöhe	1969		1970		1971		1972		1973			
									insgesamt		Forderungshöhe	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%
unter 1 000 DM	5	3,2	15	8,1	15	8,3	13	6,5	6	2,5	4	0,0
1 000 - 10 000 "	29	18,3	40	21,5	38	21,1	50	25,1	44	18,3	163	0,1
10 000 - 50 000 "	25	15,8	37	19,9	35	19,5	45	22,6	51	21,2	1 167	0,5
50 000 - 100 000 "	26	16,5	20	10,7	19	10,6	20	10,1	16	6,6	1 134	0,5
100 000 - 500 000 "	47	29,7	42	22,6	40	22,2	46	23,1	72	29,9	17 235	8,0
500 000 - 1 000 000 "	14	8,9	19	10,2	15	8,3	16	8,1	22	9,1	14 566	6,7
1 000 000 - 5 000 000 "	10	6,3	13	7,0	16	8,9	8	4,0	23	9,5	39 974	18,4
5 000 000 und mehr "	2	1,3	-	-	2	1,1	1	0,5	7	2,9	142 700	65,8
Insgesamt	158	100,0	186	100,0	180	100,0	199	100,0	241	100,0	216 943	100,0
Außerdem Fälle mit unbekannter Forderungshöhe	6	3,8	13	7,0	10	5,6	9	4,5	18	7,5	-	-

auch für das dritte Quartal wird mit gut 81 Mill. DM eine Forderungssumme ausgewiesen, die beträchtlich höher als diejenige ist, die innerhalb der letzten zehn Jahre für ein einzelnes Jahr registriert wurde.

Fast drei Viertel der Insolvenzen betrafen Erwerbsunternehmen

Mit 193 Fällen betrafen 72% der Insolvenzen des Jahres 1973 Erwerbsunternehmen, der Rest entfiel auf andere Gemeinschuldner. Diese Relation hat sich gegenüber dem Vorjahr insofern verschoben, als seinerzeit absolut wie auch relativ weniger Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren. Erfahrungsgemäß sind die sonstigen Gemeinschuldner hinsichtlich der Höhe der von ihnen verursachten finanziellen Verluste in aller Regel von geringerer Bedeutung. Innerhalb der Gruppe der Unternehmen entfielen 1973 mit 79 die meisten Fälle auf solche, die nicht im Handelsregister eingetragen waren, gefolgt von den Gesellschaften mbH (53 Fälle) und den Personengesellschaften OHG und KG (35 Fälle). Zur Beantwortung der Frage, ob alteingesessene oder junge Unternehmen insolvenzanfälliger sind, erfolgt jeweils eine Aufgliederung der in Konkurs geratenen Unternehmen nach ihrem Alter. Hier zeigt sich für 1973, daß nicht weniger als nahezu zwei Drittel (63%) von ihnen nur maximal fünf Jahre bestanden hatten, genau ein Viertel lediglich zwischen 6 und 15 Jahren und 8,2% 16 Jahre und länger existierten.

Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Konkurs-Unternehmen ergibt, daß 52 und damit die relativ meisten dem Bereich des Handels zuzu-

rechnen waren, 46 Fälle oder ein Viertel betrafen das verarbeitende Gewerbe. Der Bausektor, dessen Situation vor allem durch die Restriktions-Maßnahmen auf dem Gebiet der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten bei Neubauten und die hohen Zinssätze für Baudarlehen erschwert wurde, war mit 39 Fällen (21,2%) an den finanziellen Zusammenbrüchen beteiligt.

Zahl der Millionenkonkurse stark gestiegen

Entscheidend für eine Beurteilung der Insolvenzverluste ist vor allem, welchen Anteil die Zusammenbrüche mit hohen Konkursforderungen an der Gesamtzahl der Konkurse haben. Hier ergibt sich für 1973 ein ungünstiges Bild, denn die Zahl der sogenannten Millionenkonkurse, also der Fälle mit Forderungen von 1 Mill. DM und mehr, erreichte mit 30 Fällen oder einem Anteil von 12,4% den absolut wie auch prozentual höchsten Stand nach dem Krieg. Im Jahre 1972 waren demgegenüber lediglich 9 Millionenkonkurse registriert worden, 1971 waren es 18 gewesen. Gut zwei Fünftel der Konkurse betrafen 1973 nur solche Fälle, bei denen die reklamierten Forderungen jeweils 50 000 DM nicht überschritten, die damit also vergleichsweise unbedeutend waren. Bei immerhin 87,6% der Ausfälle lag die Forderungshöhe unterhalb 1 Mill. DM, ihr Anteil an der Gesamtheit der Forderungen belief sich jedoch nur auf etwas über 15%. Das Gewicht der Millionenkonkurse wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß sie zwar nur 12,4% der Konkursfälle stellten, aber mit 84,2% an der Gesamtforderungshöhe beteiligt waren.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Umsätze der Unternehmen 1972

Erste Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1972

Gemäß dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) war für das Jahr 1972 wiederum eine Umsatzsteuerstatistik durchzuführen, deren erste Ergebnisse hiermit vorgelegt werden. Als Erhebungsunterlagen dienten, wie erstmals schon 1970, im wesentlichen die von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten Magnetbänder mit den gespeicherten Daten der Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen. Die zusätzlich für die Statistik erforderlichen

Angaben wurden von den Finanzämtern auf Datenerfassungsbogen geliefert und im Statistischen Landesamt mit den Daten der maschinellen Ausgabeträger zusammengeführt. Der Erhebung lag - von geringen Änderungen abgesehen - das gleiche bundeseinheitliche Erhebungsprogramm zugrunde wie der Statistik 1970. Es wurden alle diejenigen Unternehmer in die Aufbereitung einbezogen, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben hatten und deren steuerbarer Umsatz im

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige			Nettoumsatz ¹⁾				Umsatz- steuer vor Abzug der Vorsteuer	Abzieh- bare Vorsteuer	Umsatzsteuer- Vorauszahlung	
	insgesamt		Verän- derung zu 1970	insgesamt		Verän- derung zu 1970	je Steuer- pflich- tigen				
	Anzahl	%		1 000 DM	%					DM	1 000 DM
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	11 241	10,2	8,1	696 421	1,0	34,5	61 954	14 544	10 739	19 134	1,2
Weinbau	10 448	9,5	9,5	521 337	0,8	37,3	49 898	1 911	1 408	15 462	1,0
Produzierendes Gewerbe	31 606	28,8	- 6,0	37 898 455	55,2	17,9	1 199 091	3 357 184	2 399 738	988 045	63,6
Baugewerbe	9 775	8,9	- 4,7	4 758 395	6,9	18,7	486 792	512 483	290 012	227 580	14,7
Handel	35 368	32,2	- 8,5	23 852 486	34,7	22,2	674 409	2 243 632	1 925 835	317 933	20,5
Großhandel	7 330	6,7	- 8,5	13 256 114	19,3	18,4	1 808 474	1 233 786	1 107 742	125 205	8,1
Einzelhandel	23 619	21,5	- 8,4	9 587 431	14,0	27,6	405 920	903 152	732 763	171 066	11,0
Übrige Wirtschaftsbereiche	31 600	28,8	- 6,6	6 227 852	9,1	11,9	197 084	490 297	279 380	227 552	14,7
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	26 183	23,8	- 3,3	4 056 881	5,9	13,9	154 943	327 376	171 706	168 494	10,9
Insgesamt	109 815	100,0	- 5,7	68 675 214	100,0	19,0	625 372	6 105 657	4 615 692	1 552 664	100,0
Nach § 19 UStG Besteuerte	14 403	13,1	- 31,9	649 866	0,9	- 29,0	45 120	-	-	13 943	0,9

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuerten einschl. Umsatzsteuer.

Kalenderjahr mindestens 12 000 DM betragen hatte. Nicht erfaßt wurden grundsätzlich Steuerpflichtige mit ausschließlich steuerfreien Umsätzen sowie die sogenannten Jahreszahler. Während bei den Unternehmern mit nur steuerbefreiten Umsätzen eine steuerliche und damit auch statistische Erfassung ohnehin entfällt, sind die Jahreszahler gemäß § 18 Abs. 2 UStG von der Abgabe einer Voranmeldung entbunden, wenn die zu erwartende Jahressteuerschuld 360 DM (ab 1973 erhöht auf 600 DM) nicht übersteigt. Auf die Einbeziehung der Jahreszahler mußte 1972 verzichtet werden, nachdem sich ihre Erfassung, die nur auf manuellem Wege möglich ist, 1970 als zu arbeits- und zeitaufwendig erwiesen hatte. Zu dieser Gruppe von Umsatzsteuerpflichtigen zählen in der Hauptsache Unternehmen, die nur geringe Umsätze tätigen und damit nur von untergeordneter Bedeutung für die Statistik sind; zum anderen kann es sich allerdings teilweise auch um solche Steuerpflichtigen handeln, die trotz hoher steuerbarer Umsätze nur eine niedrige Jahressteuerschuld nachweisen, weil der überwiegende Teil ihrer Umsätze steuerbefreit ist, zum Beispiel Steuerpflichtige aus dem Bereich des Kreditwesens, der Versicherungswirtschaft oder des Gesundheitswesens. Erstmals seit 1962 wurden im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik 1972 wieder Angaben über die Rechtsform der Unternehmer erhoben und aufbereitet.

Bei den nachfolgend dargestellten Umsätzen handelt es sich, abgesehen von den Fällen der nach § 19 UStG Besteuerten, um Nettoumsätze, das heißt der steuerbare Umsatz enthält keine Umsatzsteuerbeträge. Als Umsatzsteuer wird jeweils das Umsatzsteuer-Vorauszahlungssoll nachgewiesen, wie es sich auf Grund der Umsatzsteuer-Voranmeldungen errechnet.

Gesamtzahl der Umsatzsteuerpflichtigen leicht rückläufig

Die Unterlagen der Finanzverwaltung wiesen für 1972 insgesamt 156 261 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz aus. Davon wurden auf Grund der Umsatzsteuer-Voranmeldungen 109 815 Steuerpflichtige in die statistische Aufbereitung einbezogen. In gut 46 000 Fällen entfiel also eine Erfassung durch die Statistik, weil im Kalenderjahr entweder gar keine oder nur geringe unter der festgelegten Erfassungsgrenze liegende

Umsätze erzielt worden waren bzw. weil es sich um Jahreszahler handelte.

Von den für 1972 durch die Umsatzsteuerstatistik ausgewiesenen knapp 110 000 Steuerpflichtigen waren 95 412 der Regelbesteuerung unterworfen, die restlichen 14 403 hatten sich wegen ihres geringen Umsatzes für eine Besteuerung nach § 19 UStG entschieden. Die Gesamtzahl aller Umsatzsteuerpflichtigen liegt um 6 665 oder 5,7% unter der entsprechenden Anzahl der Erhebung von 1970. Die Verringerung der Zahl der Unternehmen ist fraglos nicht zuletzt vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren in der Wirtschaft zu beobachtenden Konzentrationsprozesses zu sehen. Kleinere und mittlere Unternehmen mit vergleichsweise geringen Umsätzen haben häufig ihren Betrieb einstellen müssen oder sind von größeren Unternehmen übernommen worden. Daß die gegenüber der vorherigen Erhebung geringere Anzahl an Steuerpflichtigen in der Hauptsache aus einem Abgang kleinerer Unternehmen resultiert, beweist die starke Verminderung der nach § 19 UStG Besteuerten. Die Zahl dieser Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz belief sich 1972 nur noch auf 14 403 gegenüber 21 148 zwei Jahre zuvor, was einer Reduzierung um fast ein Drittel entspricht.

Mehr Umsatzsteuerpflichtige in der Land- und Forstwirtschaft

Eine Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, daß lediglich die Zahl der von der Statistik erfaßten Land- und Forstwirte gegenüber 1970 zugenommen hat, und zwar um 8,1%. Das mag auf den ersten Blick insofern überraschen, als allgemein bekannt ist, daß seit Jahren die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ständig zurückgeht. Bei den in der Umsatzsteuerstatistik nachgewiesenen Unternehmen handelt es sich jedoch in Rheinland-Pfalz zu 93% um die zum Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft zählenden Weinbauern. Ihre Zahl erhöhte sich gegenüber 1970 um immerhin 9,5%, weil infolge gestiegener Umsätze mehr Betriebe die Besteuerungs- bzw. die statistische Erfassungsgrenze überschritten. Von der Gesamtheit der

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige			Nettoumsatz ¹⁾					Umsatz- steuer- Voraus- zahlung
	insgesamt	Anteil je Wirt- schafts- bereich	1971	1972	Verän- derung	Anteil je Wirt- schafts- bereich			
Anzahl	%		1 000 DM		%			1 000 DM	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	9 442	10,3	84,0	444 068	592 275	1,0	33,4	85,0	16 315
Weinbau	8 802	9,7	84,2	307 725	444 462	0,7	44,4	85,3	13 238
Produzierendes Gewerbe	27 141	29,8	85,9	30 235 981	33 383 380	55,7	10,4	88,1	852 803
Baugewerbe	8 142	8,9	83,3	3 452 765	3 837 374	6,4	11,1	80,6	184 528
Handel	29 972	32,9	84,7	18 627 221	20 845 548	34,8	11,9	87,4	292 800
Großhandel	6 020	6,6	82,1	10 279 798	11 506 891	19,2	11,9	86,8	118 665
Einzelhandel	20 516	22,5	86,9	7 705 869	8 555 938	14,3	11,0	89,2	155 487
Übrige Wirtschaftsbereiche	24 607	27,0	77,9	4 699 321	5 077 210	8,5	8,0	81,5	199 528
Dienstleistungen von Unter- nehmen und freien Berufen	20 465	22,4	78,2	3 234 750	3 467 494	5,8	7,2	85,5	148 449
Insgesamt	91 162	100,0	83,0	54 006 591	59 898 413	100,0	10,9	87,2	1 361 446
Nach § 19 UStG Besteuerte	12 089	13,3	83,9	498 901	547 024	0,9	9,6	84,2	11 927

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuernden einschl. Umsatzsteuer.

rund 100 000 landwirtschaftlichen Betriebe, die 1972 noch existierten, waren nur 11 241, also gut ein Zehntel, in der Statistik als Steuerpflichtige mit Schwerpunkt Landwirtschaft zu erfassen, da die restlichen 89% keine Umsatzsteuer zu entrichten hatten. Eine Steuerbelastung entfällt, soweit Land- und Forstwirte, die gemäß § 24 UStG nach Durchschnittssätzen besteuert werden, pauschalierte Vorsteuern sowie den Kürzungsbetrag nach Art. 4 des Aufwertungsausgleichsgesetzes in gleicher Höhe wie die Umsatzsteuer absetzen können.

Mit — 8,5% relativ am stärksten nahm die Zahl der Großhandelsunternehmen gegenüber 1970 ab, gefolgt von den Einzelhändlern mit einem Rückgang um 8,4%. Gerade im Handel hat in den vergangenen Jahren eine starke Umstrukturierung stattgefunden, in deren Verlauf eine beträchtliche Zahl von kleineren Handelsunternehmen zugunsten größerer Unternehmenseinheiten bzw. neuer Vertriebsformen weichen mußte. Auch im produzierenden Gewerbe ist ein Rückgang der Umsatzsteuerpflichtigen um immerhin 6% gegenüber 1970 zu registrieren, darunter um 4,7% im Baugewerbe. Die den übrigen Wirtschaftsbereichen zuzurechnenden Unternehmen — dazu zählen vor allem die Dienstleistungsbetriebe — nahmen zahlenmäßig im gleichen Zeitraum um 6,6% ab.

Trotz des vorerwähnten Rückgangs entfielen die relativ meisten Steuerpflichtigen mit 35 368 Fällen oder nahezu einem Drittel aller ermittelten Unternehmen auf das Verteilungsgewerbe; darunter befanden sich allein 23 619 Einzelhändler, was einem Anteil von über einem Fünftel aller Umsatzsteuerpflichtigen entspricht. Dem produzierenden Gewerbe und den übrigen Wirtschaftsbereichen waren je 28,8%, der Land- und Forstwirtschaft gut ein Zehntel aller nachgewiesenen Umsatzsteuerpflichtigen zuzuordnen.

Umsatzvolumen in allen Wirtschaftsbereichen gestiegen

Die durch die Statistik erfaßten Unternehmen erreichten im Jahre 1972 einen Umsatz in Höhe von insgesamt 68,7 Mrd. DM. Dieser Betrag liegt um

10,9 Mrd. DM oder annähernd ein Fünftel über dem entsprechenden Wert von 1970, obwohl die Anzahl der Umsatzsteuerpflichtigen im gleichen Zeitraum um knapp 6% abnahm. Der Bruttoumsatz der nach § 19 UStG Besteuernden verringerte sich allerdings gegenüber der Vorerhebung um nicht weniger als 29% auf nunmehr nur noch 650 Mill. DM. Umsatzzuwächse im Vergleich zu 1970 ergaben sich für sämtliche Wirtschaftsbereiche, die höchsten Zuwachsraten erreichten die Weinbauern mit + 37,3% und die Einzelhandelsunternehmen mit + 27,6%, gefolgt vom Baugewerbe (+ 18,7%), Großhandel (+ 18,4%) und den übrigen Wirtschaftsbereichen (+ 11,9%). Hatte der durchschnittliche Umsatz aller Steuerpflichtigen 1970 noch 495 627 DM betragen, so errechnet sich jetzt ein Durchschnittswert von 625 372 DM. Dieser Mittelwert, der bei den § 19-Besteuernden nur 45 120 DM betrug, wurde vor allem vom Großhandel (1,8 Mill. DM) und im produzierenden Gewerbe (1,2 Mill. DM) übertroffen, den niedrigsten Durchschnittsumsatz erzielten die Weinbauern mit 49 898 DM je Steuerpflichtigen.

Bestimmte Faktoren können die zeitliche Vergleichbarkeit der umsatzsteuerstatistischen Ergebnisse beeinträchtigen. Zu nennen sind Modifizierungen des Steuerrechts oder des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms, weiterhin Neugründungen, Auflösungen, Sitzverlegungen oder auch Veränderungen des wirtschaftlichen Schwerpunkts großer Unternehmen. Wie bei den früheren Erhebungen werden daher wiederum für Steuerpflichtige, die sowohl im Erhebungsjahr wie auch im vorangegangenen Jahr ganzjährig bestanden, die Umsätze dieser beiden Jahre dargestellt. Die Statistik weist für 1972 insgesamt 91 162 Umsatzsteuerpflichtige mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen aus, die einen Umsatz von zusammen 59,9 Mrd. DM erzielten. Sie repräsentieren damit 83% aller erfaßten Steuerpflichtigen und 87,2% des gesamten Umsatzvolumens. Gegenüber der 1971 von dieser Gruppe erreichten Umsatzsumme in Höhe von 54,0 Mrd. DM ergibt sich eine Umsatzsteigerung von 10,9%. Auffallend ist, daß lediglich die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen und innerhalb dieses

Wirtschaftsbereiches insbesondere die Weinbauern einen Umsatzzuwachs aufweisen, der erheblich über der vorgenannten durchschnittlichen Steigerungsrate von 10,9% liegt. Fraglos hat das gute Weinjahr 1971 dazu beigetragen, daß die Winzer im Jahre 1972 gut 44% mehr umsetzten als im Jahr zuvor. Alle übrigen Branchen konnten 1972 dagegen nur ein Umsatzplus von etwa 10% verzeichnen.

Bei der Beurteilung der Umsatzentwicklung ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den in der Umsatzsteuerstatistik dargestellten Zahlen um Nominalwerte in jeweiligen Preisen handelt. Infolge der Beschleunigung der Geldentwertung während der letzten Jahre weicht die in Geldeinheiten ausgedrückte Umsatzentwicklung jedoch zunehmend von

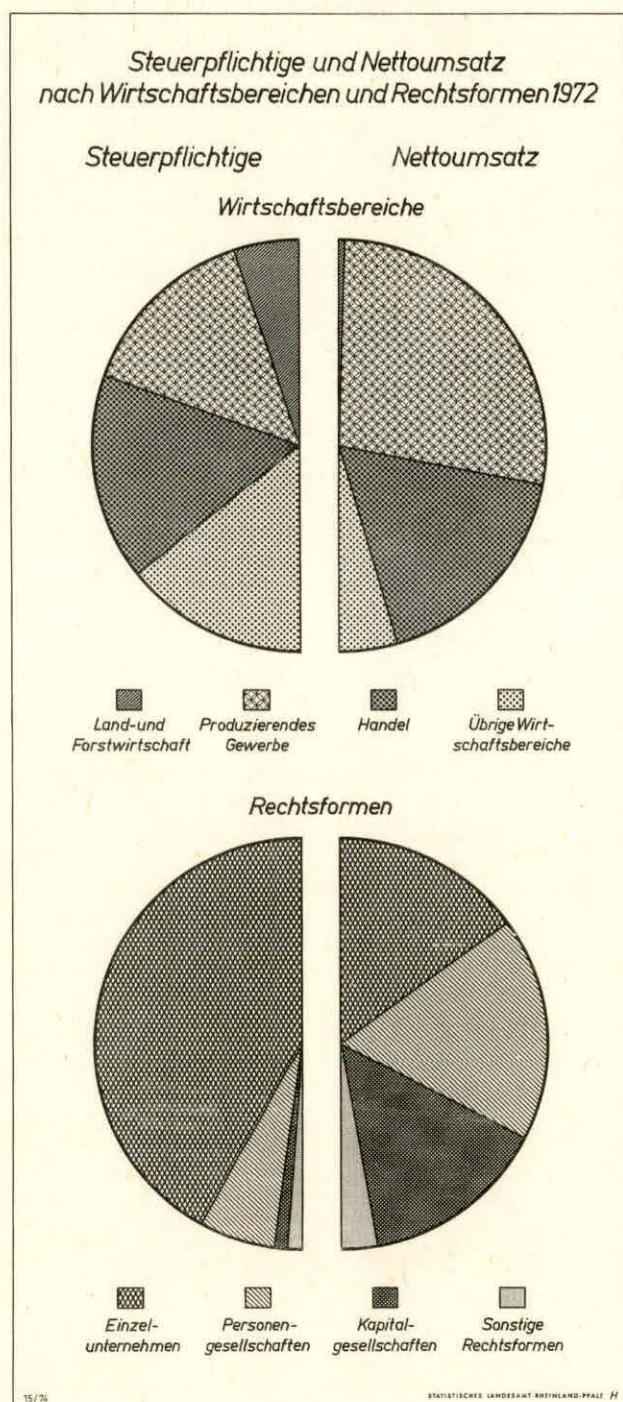
der mengenmäßigen Absatzentwicklung ab. So reduziert sich zum Beispiel der durch die Steuerstatistik für den Einzelhandel ermittelte nominelle Umsatzanstieg des Jahres 1972 in Höhe von + 11,0% bei Eliminierung der Preissteigerungen auf + 6,2% real, da der amtliche Einzelhandels-Preisindex für das Bundesgebiet im Durchschnitt des Jahres 1972 um 4,8% anstieg.

Über die Hälfte (55,2%) aller erfaßten Umsätze des Jahres 1972 wurden durch Unternehmen des produzierenden Gewerbes erzielt, obwohl ihr Anteil an der Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen nur 28,8% betrug. Mit einem Umsatzanteil von 34,7% war das verteilende Gewerbe der zweitwichtigste Bereich, der Großhandel (19,3%) war hier etwas umsatzstärker als der Einzelhandel (14,0%). Die übrigen Wirtschaftsbereiche erbrachten nicht mehr als 9,1% der ermittelten Umsätze, wobei der Dienstleistungssektor, auf den nahezu ein Viertel aller Umsatzsteuerpflichtigen entfiel, lediglich 5,9% aller Umsätze auf sich vereinigen konnte. Auch die Land- und Forstwirtschaft kam nicht über einen Umsatzanteil von 1% hinaus, obwohl immerhin jeder zehnte Umsatzsteuerpflichtige ein Landwirt war. Die vergleichsweise geringe Bedeutung der nach § 19 UStG besteuerten Unternehmen wird dadurch verdeutlicht, daß sie zwar 13% der Steuerpflichtigen, jedoch noch nicht einmal 1% des Umsatzes stellten.

Zwei Drittel der Umsatzsteuer entfielen auf das produzierende Gewerbe

Für die von den rheinland-pfälzischen Unternehmen im Jahre 1972 erbrachten Lieferungen und sonstigen Leistungen sowie den Eigenverbrauch betrug die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer 6 106 Mill. DM. Hinzu kamen 46 Mill. DM an Steuer für den Selbstverbrauch (Investitionssteuer), die sich im Regelfall auf 2% belief und für 1972 zunächst letztmalig erhoben wurde. Unter Berücksichtigung der abziehbaren Vorsteuer in Höhe von 4 616 Mill. DM, der Kürzungsbeträge nach dem Berlinförderungsgesetz (11,3 Mill. DM) und einiger weiterer, statistisch nicht erfaßter Hinzurechnungs- und Abzugsbeträge ergibt sich die eigentliche Umsatzsteuer-Belastung der Steuerpflichtigen. Sie betrug 1 553 Mill. DM, worin 13,9 Mill. DM Steuersoll der nach § 19 UStG Besteuernten enthalten sind. Das Umsatzsteuer-Vorauszahlungssoll ist mit + 21,5% gegenüber 1970 etwas stärker angestiegen als der Umsatz (+ 19%). Dies mag seinen Grund darin haben, daß der Anteil der mit dem höheren Steuersatz von 11% besteuerten Umsätze gegenüber den mit 5,5% belasteten Umsätzen zugenommen hat und daß eventuell relativ weniger steuerbefreite Umsätze im erfaßten Umsatzvolumen enthalten sind.

Vom gesamten Umsatzsteuer-Vorauszahlungssoll entfielen allein fast zwei Drittel (63,6%) auf das produzierende Gewerbe, welches demgegenüber nur 28,8% aller Umsatzsteuerpflichtigen stellte. Gut ein Fünftel (20,5%) der Umsatzsteuervorauszahlungen wurde von den Handelsunternehmen erbracht, deren Anteil an der Zahl der erfaßten Steuerpflichtigen sich auf ein Drittel belief. Die übrigen Wirtschaftsbereiche waren an der abgeführten Umsatz-



Rechtsform	Steuerpflichtige		Nettoumsatz ¹⁾			Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer	Abziehbare Vorsteuer	Umsatzsteuer-Vorauszahlung	
			insgesamt		je Steuerpflichtigen				
	Anzahl	%	1 000 DM	%	DM		1 000 DM		%
Einzelunternehmen	91 771	83,6	20 750 665	30,2	226 114	1 893 453	1 353 013	571 266	36,8
Personengesellschaften	13 297	12,1	24 169 369	35,2	1 817 656	2 317 662	1 732 512	598 075	38,5
Kapitalgesellschaften	2 029	1,9	19 881 868	28,9	9 798 851	1 610 508	1 266 386	359 987	23,2
AG, KG aA, bergrechtliche Gewerkschaften	85	0,1	10 911 880	15,9	128 375 059	805 546	639 394	176 749	11,4
Gesellschaften m. b. H.	1 944	1,8	8 969 988	13,1	4 614 191	804 962	626 992	183 238	11,8
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	1 150	1,0	2 407 448	3,5	2 093 433	186 414	184 088	2 887	0,2
Unternehmen gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts	691	0,6	737 557	1,1	1 067 376	57 354	42 546	16 436	1,0
Übrige Rechtsformen	877	0,8	728 227	1,1	830 361	40 152	37 172	4 092	0,3
Insgesamt	109 815	100,0	68 675 214	100,0	625 372	6 105 657	4 615 692	1 552 664	100,0

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuerten einschl. Umsatzsteuer.

steuer mit kapp 15%, die Land- und Forstwirtschaft jedoch nur mit etwas über 1% beteiligt.

Einzelunternehmer überwiegen bei weitem

Die in der Umsatzsteuerstatistik 1972 erstmals wieder vorgenommene Aufgliederung der Steuerpflichtigen nach Rechtsformen zeigt, daß es sich beim weitaus überwiegenden Teil der Umsatzsteuerpflichtigen um Einzelunternehmer handelt. Ihre Zahl von annähernd 91 800 bedeutet einen Anteil von 83,6%. Die Personengesellschaften, zu denen in erster Linie die Offenen Handelsgesellschaften, die Kommanditgesellschaften und die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts zählen, folgen mit etwa 13 300 Steuerpflichtigen und einem Anteilssatz von 12,1% erst mit weitem Abstand. Nur etwas über 2 000 Unternehmen (1,9%) wurden als Kapitalgesellschaften in der Rechtsform einer AG, KGaA, GmbH oder Bergrechtlichen Gewerkschaft geführt. Die Gruppe der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in welcher unter anderem die Kreditgenossenschaften wie auch die Landwirtschaftlichen Genossenschaften enthalten sind, umfaßte 1 150 Fälle (1%). Erwähnt seien schließlich noch die 691 ermittelten umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts (0,6%), bei denen es sich vornehmlich um Sparkassen oder sonstige Kreditanstalten des öffentlichen Rechts wie auch um öffentliche Versorgungs-, Verkehrs- und Hafenbetriebe handelt.

Wie nicht anders zu erwarten, steht dem hohen Prozentsatz der meist kleineren Einzelunternehmen an der Gesamtheit der Umsatzsteuerpflichtigen kein entsprechender Anteil am Umsatzvolumen gegenüber. Die Einzelgewerbetreibenden konnten nur 30,2% des registrierten Umsatzes auf sich vereinigen, die Personengesellschaften hingegen mit 35,2% den höchsten Anteil. Auf die Kapitalgesellschaften entfielen trotz ihres geringen Anteils an der Zahl der Steuerpflichtigen (1,9%) sogar 28,9%. Verdeutlicht wird die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Rechtsformen am besten durch die Berechnung des durchschnittlichen Umsatzes je Steuerpflichtigen. Danach liegen die Kapitalgesellschaften mit 9,8 Mill. DM weit an der Spitze der Rangfolge. Gliedert man aus dieser Gruppe die Gesellschaften mbH (4,6 Mill. DM) aus, so errechnet sich für die restlichen Gesellschaften, vornehmlich Aktiengesellschaften, sogar ein Betrag von 128,4 Mill. DM. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften kamen auf einen Durchschnittsumsatz von 2,1 Mill. DM, sie rangieren damit vor den Personengesellschaften (1,8 Mill. DM) und den gewerblichen Unternehmen öffentlich-rechtlicher Körperschaften (1,1 Mill. DM). Lediglich die Einzelunternehmer liegen mit einem Umsatz von gut 226 000 DM je Steuerpflichtigen unter dem Mittelwert aller Umsatzsteuerpflichtigen, der sich auf 625 372 DM belief.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Tendenzen in der Entwicklung der kommunalen Finanzen 1966 - 1971

Im kommunalen Haushaltswesen stehen einschneidende Änderungen bevor. Der Landtag Rheinland-Pfalz hat im Dezember 1973 die neue Kommunalverfassung verabschiedet. In den §§ 93 bis 106 der Gemeindeordnung wurde der gesetzliche Rahmen für die Neuordnung der kommunalen Haushaltswirtschaft geschaffen. Ziel dieser Reform ist die Anpassung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände an moderne finanzwirtschaftliche Erfordernisse; insbesondere soll die Einbeziehung der kommunalen Gebietskörper-

schaften in die staatliche Konjunkturpolitik verbessert werden. Gerade in dieser Hinsicht haben sich in der Vergangenheit erhebliche Schwierigkeiten gezeigt. Ein wesentlicher Gegenstand dieser Untersuchung ist daher das Verhalten der kommunalen Körperschaften im Konjunkturablauf. Der Beobachtungszeitraum 1966 bis 1971 erscheint hierfür besonders geeignet; er umfaßt die Rezession von 1966/67, die Aufschwungs- und Hochkonjunkturphase 1968 bis 1970 sowie die konjunkturelle Abschwächung von 1971. Weiter sollen einige Entwick-

Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten 1966 - 1971

Ausgabeart	Insgesamt						Veränderung zum Vorjahr				
	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1967	1968	1969	1970	1971
	Mill. DM						%				
Laufende Rechnung											
Personalausgaben	553	573	603	682	788	955	3,7	5,2	13,2	15,6	21,2
Beamtenbezüge	97	98	103	112	127	152	0,5	4,8	9,3	12,9	19,9
Angestelltenvergütungen	215	233	249	286	336	417	8,3	6,8	14,8	17,7	24,3
Arbeiterlöhne	163	165	171	197	226	271	1,1	3,8	14,9	14,8	19,7
Versorgung	54	54	55	60	70	80	- 0,2	3,1	8,8	16,9	13,4
Sonstige	23	23	25	27	29	35	0,7	5,0	10,2	7,5	21,1
Unterhaltung des unbeweglichen											
Vermögens	86	82	89	101	120	123	- 4,2	8,4	13,3	18,9	2,0
Zinsausgaben	119	138	148	166	203	246	16,4	7,3	11,7	22,7	21,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	340	364	386	427	490	578	7,0	6,1	10,8	14,7	17,9
an Land (Bund)	67	72	75	80	95	104	8,6	3,4	7,3	18,2	10,2
an Gemeinden (Gv.)	195	206	219	244	276	328	5,8	6,2	11,3	13,4	18,8
an Zweckverbände usw.	78	85	92	103	119	145	8,5	8,2	12,4	15,2	21,9
Sonstige laufende Ausgaben	424	444	481	532	622	725	4,7	8,4	10,6	16,8	16,7
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 521	1 601	1 707	1 909	2 224	2 627	5,2	6,6	11,8	16,5	18,1
Überschuß der laufenden Rechnung	444	408	471	583	418	436	- 8,1	15,4	23,9	- 28,4	4,5
Kapitalrechnung											
Sachinvestitionen	1 014	913	964	1 138	1 347	1 633	- 10,0	5,6	18,0	18,4	21,3
Baumaßnahmen	882	794	839	962	1 114	1 396	- 10,0	5,7	14,7	15,7	25,3
Erwerb von unbeweglichen Sachen	93	82	85	131	176	167	- 11,8	4,5	53,9	34,2	- 5,2
Erwerb von beweglichen Sachen	40	37	40	44	57	71	- 6,3	6,3	11,4	28,5	23,8
Zuweisungen für Investitionen	22	21	19	24	28	40	- 8,1	- 7,9	26,2	17,8	40,5
Darlehen	121	80	79	68	119	141	- 34,1	- 1,0	- 13,3	73,6	18,6
Erwerb von Beteiligungen	31	28	21	20	15	18	- 11,7	- 24,9	- 1,2	- 28,8	21,5
Ausgaben der Kapitalrechnung	1 189	1 041	1 083	1 251	1 508	1 831	- 12,5	4,1	15,5	20,6	21,4
Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	2 507	2 428	2 564	2 909	3 440	4 097	- 3,2	5,6	13,5	18,2	19,1
Besondere Finanzierungsvorgänge											
Schuldentilgung (einschl. an Verwaltungen)	110	134	179	170	190	216	22,1	33,4	- 5,0	11,6	14,1
Zuführung an Rücklagen	118	94	104	146	110	114	- 20,7	10,8	41,3	- 24,8	3,8
Ausgaben aus besonderen Finanzierungsvorgängen	228	228	283	316	300	331	- 0,0	24,1	12,0	- 5,3	10,3
Überschuß der besonderen Finanzierungsvorgänge	354	264	260	315	527	705	- 25,4	- 1,4	21,1	67,1	33,8
Gesamtausgaben (einschl. besondere Finanzierungsvorgänge)	2 735	2 656	2 847	3 226	3 739	4 428	- 2,9	7,2	13,3	15,9	18,4
Kassenmäßiger Überschuß	-	-	5	23	-	-	-	.	333,5	.	.

lungstendenzen aufgezeigt werden, die sich aus strukturellen Verschiebungen innerhalb des kommunalen Gesamthaushalts herleiten lassen.

Die Neuordnung des kommunalen Haushaltswesens bedingt eine veränderte Gestaltung des formalen Aufbaus der Haushaltsrechnung und entsprechend auch des finanzstatistischen Nachweises. Als wichtigster Punkt ist hier die Einführung des Gesamtdeckungsprinzips für die Kreditaufnahme zu nennen. Damit entfällt die Aufteilung in ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Stattdessen sieht der finanzstatistische Nachweis eine Gliederung in laufende Rechnung, Kapitalrechnung und besondere Finanzierungsvorgänge vor. Nach diesem Schema wurde auch das aus früheren Jahren vorliegende Datenmaterial geordnet, soweit es die nach der alten Systematik erhobenen Angaben zuließen.

Wachsende Finanzierungslücke

Die um den Zahlungsverkehr innerhalb des kom-

munalen Bereichs bereinigten Gesamtausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich von 2 735 Mill. DM im Jahre 1966 auf 4 428 Mill. DM im Jahre 1971 (+ 61,9%); die Gesamteinnahmen stiegen in diesem Zeitraum um 60,9% von 2 711 Mill. DM auf 4 361 Mill. DM. Einen ersten globalen Eindruck von der Entwicklung der finanziellen Situation im kommunalen Bereich vermittelt die folgende Betrachtung.

Ohne die besonderen Finanzierungsvorgänge nahmen die Gesamtausgaben um 63,4% von 2 507 Mill. DM auf 4 097 Mill. DM zu, während das Wachstum der Gesamteinnahmen nur + 56,2% erreichte; sie stiegen von 2 129 Mill. DM auf 3 326 Mill. DM. Die Finanzierungslücke, die aus der Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt und dem Abbau der Rücklagenbestände gedeckt werden muß, verdoppelte sich dadurch im Beobachtungszeitraum von 378 Mill. DM auf 771 Mill. DM. Tatsächlich hat sich die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände

Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten 1966 - 1971

Einnahmeart	Insgesamt						Veränderung zum Vorjahr				
	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1967	1968	1969	1970	1971
	Mill. DM						%				
Laufende Rechnung											
Steuern	741	732	788	985	963	1 102	- 1,1	7,6	25,1	- 2,2	14,5
Steuerähnliche Abgaben	8	9	9	12	11	11	5,0	1,4	34,7	- 9,6	0,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	226	228	246	273	292	296	0,8	7,9	10,9	7,2	1,2
Mieten und Pachten	49	54	60	63	67	70	9,5	11,0	5,1	6,9	3,6
Übrige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	177	174	186	210	225	226	- 1,7	7,0	12,8	7,3	0,5
Zinseinnahmen	42	38	38	37	51	48	- 8,8	- 2,1	- 2,3	39,9	- 6,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse von Land (Bund)	528	523	568	612	674	825	- 1,0	8,6	7,7	10,2	22,4
von Land (Bund)	345	324	355	378	411	498	- 6,1	9,4	6,7	8,7	21,1
von Gemeinden (Gv.)	180	194	208	228	257	320	8,1	7,3	9,4	12,9	24,6
von Zweckverbänden usw.	4	5	5	6	6	6	31,9	4,7	10,6	- 2,2	12,9
Gebühren, sonstige Entgelte, Strafen	304	349	390	422	479	569	14,9	11,7	8,4	13,4	18,7
Sonstige laufende Einnahmen	116	130	141	152	171	213	11,9	8,1	7,8	12,9	24,8
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 965	2 009	2 178	2 492	2 642	3 064	2,2	8,4	14,4	6,0	16,0
Kapitalrechnung											
Veräußerung von Sachvermögen	57	53	50	68	112	124	- 7,8	- 5,2	35,9	65,6	9,9
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	269	264	256	261	370	458	- 1,7	- 3,0	1,8	41,9	23,6
von Land (Bund)	242	242	234	234	336	409	0,2	- 3,4	0,1	43,5	21,7
von Gemeinden (Gv.)	21	17	17	20	28	38	- 20,2	- 0,7	19,9	36,7	38,2
von Zweckverbänden usw.	6	5	6	7	6	10	- 12,1	6,7	17,0	- 1,9	61,3
Darlehensrückflüsse	20	21	23	21	22	23	5,3	11,1	- 7,9	4,8	2,9
Schuldenaufnahme bei Verwaltungen	21	20	27	23	25	20	- 0,5	33,1	- 16,8	10,4	- 19,9
von Land (Bund)	19	18	26	21	17	17	- 4,2	45,8	- 21,9	- 16,4	- 2,8
von Gemeinden (Gv.)	2	2	1	2	8	3	37,9	- 59,3	115,8	262,3	- 57,2
Einnahmen der Kapitalrechnung ¹⁾	366	359	357	375	530	624	- 1,9	- 0,7	5,2	41,2	17,8
Defizit der Kapitalrechnung	822	681	726	875	978	1 207	- 17,1	6,6	20,5	11,8	23,4
Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	2 129	2 155	2 309	2 617	2 879	3 326	1,2	7,2	13,4	10,0	15,5
Finanzierungsdefizit	378	273	255	292	561	771	- 27,7	- 6,7	14,4	92,1	37,5
Besondere Finanzierungsvorgänge											
Schuldenaufnahme von Kreditmarktmitteln und öffentl. Sondermitteln	461	381	424	494	691	889	- 17,3	11,3	16,4	39,9	28,8
Entnahmen aus Rücklagen, innere Darlehen	121	111	119	138	136	146	- 8,5	7,3	16,2	- 1,5	7,3
Einnahmen aus besonderen Finanzierungsvorgängen	582	492	543	632	827	1 035	- 15,5	10,4	16,3	30,8	25,2
Gesamteinnahmen (einschl. besondere Finanzierungsvorgänge)	2 711	2 647	2 852	3 249	3 706	4 361	- 2,4	7,8	13,9	14,1	17,7
Kassenmäßiges Defizit	24	9	-	-	34	66	- 62,0	.	-	.	96,3

1) Einschl. Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen.

noch drastischer verändert, als dieser Fünfjahresvergleich erkennen läßt. Das Finanzierungsdefizit ging nämlich zunächst bis auf 255 Mill. DM im Jahre 1968 zurück und erreichte auch 1969 mit 292 Mill. DM bei weitem nicht den Betrag des Jahres 1966. Erst 1970 hat sich das Defizit mit 561 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt und stieg 1971 nochmals um 37,5% an. Die Ursachen dieser Entwicklung soll eine Analyse der wichtigsten Einnahme- und Ausgabarten aufzeigen.

Rascher Anstieg der Personalausgaben seit 1969

Die Ausgaben der laufenden Rechnung erreichten 1971 ein Volumen von 2 627 Mill. DM; die Zuwachsrate gegenüber 1966 betrug + 72,7%. An Hand der jährlichen Zuwachsraten lassen sich in diesem Sechsjahreszeitraum drei deutlich abgegrenzte Zeitabschnitte unterscheiden. Nachdem die Zuwachsrate 1966 noch + 12,2% erreicht hatte, war sie in

den beiden folgenden Jahren mit + 5,2% bzw. + 6,6% nur etwa halb so hoch. In den Jahren 1969 bis 1971 beschleunigte sich das Wachstum wieder erheblich, so daß 1971 schließlich eine Zuwachsrate von + 18,1% zu verzeichnen war.

Diese Entwicklung wurde wesentlich von den Personalausgaben geprägt, der wichtigsten Ausgabart in diesem Bereich. 1971 mußten die Gemeinden und Gemeindeverbände für ihre Bediensteten und Versorgungsempfänger 955 Mill. DM aufwenden, 72,8% mehr als 1966. Dieser Anstieg vollzog sich vor allem in den Jahren 1969 bis 1971; die Personalausgaben lagen 1971 um 58,5% über denen des Jahres 1968. Zwar gaben die kommunalen Körperschaften die zurückhaltende Beschäftigungspolitik der Jahre 1966 bis 1968 im Konjunkturanstieg auf und verstärkten ihr Personal vor allem in den beiden folgenden Jahren, so daß die Zahl der Beschäftigten von 1968 bis 1971 um 7,3% zunahm. Die

Teilzeitbeschäftigten sind in diese Betrachtung mit der Hälfte ihrer Anzahl einbezogen. Die außerordentliche Steigerung der Personalausgaben ist aber vor allem auf strukturelle Veränderungen sowie die Entwicklung der Löhne und Gehälter zurückzuführen. Die Personalausgaben je Beschäftigten lagen 1966 bei etwa 11 300 DM, im Jahre 1971 erreichten sie 18 750 DM. 1971 mußten für einen kommunalen Bediensteten im Durchschnitt 49,8% mehr aufgewendet werden als 1968; allein 1971 betrug die jährliche Zuwachsrate + 20,9%. Trotz dieser Kostenexplosion hat sich der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben (einschließlich der besonderen Finanzierungsvorgänge) nicht wesentlich geändert; er stieg von 20,2% im Jahre 1966 auf 21,6% im Jahre 1967, ging anschließend leicht zurück und erreichte 1971 wieder 21,6%.

Anders verlief die Entwicklung der Zinsausgaben, die 1971 einen Betrag von 246 Mill. DM erforderten. Wegen der starken Zunahme der Verschuldung - die Kreditaufnahme hatte 1965 mit 512 Mill. DM den bis dahin höchsten Betrag erreicht - stieg die Zinsbelastung 1966 um 33,0% und nahm auch im Rezessionsjahr 1967 noch um 16,4% zu. Nach einer gewissen Beruhigung im Jahre 1968 beschleunigte sich das Wachstum der Zinsausgaben unter dem Einfluß der wieder stark steigenden Kreditaufnahme. Die Zuwachsraten lagen 1970 und 1971 jeweils über + 20%.

Trotz Neuverteilung geringeres Gewicht der Steuereinnahmen

Die Einnahmen der laufenden Rechnung stiegen von 1 965 Mill. DM im Jahre 1966 auf 3 064 Mill. DM im Jahre 1971 (+ 55,9%). Die Entwicklung der jährlichen Zuwachsraten in den Jahren 1966 bis 1968 kann als Indiz dafür gewertet werden, daß die laufenden Einnahmen stärker konjunkturabhängig sind als die häufig auf rechtlichen Bindungen beruhenden und daher weniger flexiblen laufenden Ausgaben. Nachdem die Zuwachsrate 1966 noch + 9,2% betragen hatte, ging sie 1967 auf + 2,2% zurück, kam jedoch 1968 mit + 8,4% dem Wert von 1966 schon wieder recht nahe. In den Jahren 1969 bis 1971 waren Sondereinflüsse wirksam, die eine Analyse unter konjunkturellen Aspekten erschweren.

Am 1. Januar 1970 trat die Gemeindefinanzreform in Kraft, die eine Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen den Gebietskörperschaften brachte. Die Gemeinden wurden an der Einkommensteuer beteiligt, mußten dafür allerdings einen Teil ihrer Gewerbesteuererinnahmen als Umlage abführen. In Erwartung dieser Regelung zogen die Gemeinden gegen Ende 1969 verstärkt Gewerbesteuer ein, um diese Beträge der Umlage zu entziehen. Dies hatte zur Folge, daß die Steuereinnahmen 1969 mit + 25,1% eine extrem hohe Zuwachsrate erreichten und wegen der Ausfälle im folgenden Jahr um 2,2% zurückgingen. Über den gesamten Beobachtungszeitraum gesehen erhöhten sich die kommunalen Steuereinnahmen um 48,9% von 741 Mill. DM auf 1 102 Mill. DM. Die Neuordnung der Steuerverteilung brachte den Gemeinden Mehreinnahmen von 108 Mill. DM im Jahre 1970 und 157

Mill. DM im Jahre 1971. Trotzdem ging der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen (einschließlich der besonderen Finanzierungsvorgänge) von 27,6% im Jahre 1968 auf 25,3% im Jahre 1971 zurück.

Auch die laufenden Zuweisungen von Land und Bund wiesen eine unterproportionale Entwicklung auf. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen ging zwischen 1966 und 1970 von 12,7% auf 11,1% zurück. Erst die kräftige Ausweitung auf 498 Mill. DM im Jahre 1971 kehrte diese Tendenz um; der Anteil an den Gesamteinnahmen stieg wieder auf 11,4%. Ebenso büßten die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, die sich 1971 auf 296 Mill. DM beliefen, in ihrer Bedeutung als Einnahmequelle ein. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen sank von 8,6% im Jahre 1968 auf 6,8% im Jahre 1971.

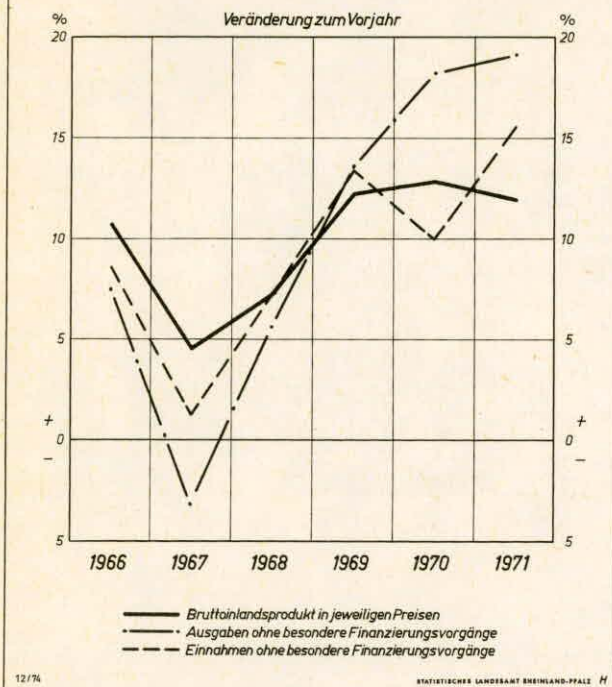
Als einzige wichtige Position der laufenden Einnahmen konnten die Gebühren, sonstigen Entgelte und Strafen im Beobachtungszeitraum einen überproportionalen Zuwachs verzeichnen. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen stieg zwischen 1966 und 1968 von 11,2% auf 13,7% und lag in den folgenden Jahren bei 13,0%. Bemerkenswert ist, daß nach dem kräftigen Anstieg um 20,7% im Jahre 1966 auch im Rezessionsjahr 1967 eine hohe Zuwachsrate von + 14,9% erzielt wurde. Diese Entwicklung dürften die umfangreichen Gebührenanhebungen in diesen beiden Jahren verursacht haben. Auch gegen Ende des Berichtszeitraums machte der wachsende Kostendruck derartige Maßnahmen erforderlich, so daß diese Einnahmen 1971 auf 569 Mill. DM (+ 18,7%) stiegen.

Der Überschuß der laufenden Rechnung stellt die für Investitionsmaßnahmen frei verfügbare Finanzmasse dar. Der Saldo belief sich 1966 auf 444 Mill. DM und ging 1967, bedingt durch die unterschiedliche Konjunktorempfindlichkeit der Einnahmen und Ausgaben, auf 408 Mill. DM zurück. Wieder kräftiger fließende Einnahmen ließen ihn 1968 auf 471 Mill. DM ansteigen. Die in den Jahren 1969 und 1970 wirksamen Sondereinflüsse hatten starke Schwankungen zur Folge. Der Überschuß wuchs zunächst auf 583 Mill. DM an und fiel 1970 auf 418 Mill. DM zurück. 1971 wurde mit 436 Mill. DM etwa der Betrag des Jahres 1966 erreicht. Diese Mittel reichten aber bei weitem nicht aus, die 1969 einsetzende rasche Ausweitung der Investitionsausgaben zu finanzieren.

Prozyklisches Investitionsverhalten

Die Entwicklung der Sachinvestitionen zeigt, daß die kommunalen Körperschaften bei Ausgaben, die einen gewissen Dispositionsspielraum bieten, sehr konjunkturrempfindlich reagieren. Schon 1966 nahm das Investitionsvolumen nur noch um 1,7% zu, im Rezessionsjahr 1967 ging es um 10,0% auf 913 Mill. DM zurück. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Zahlungsvorgänge dem eigentlichen wirtschaftlichen Impuls, der Auftragsvergabe, erst mit einiger Verzögerung folgen, kann daraus auf ein ausgeprägt prozyklisches Verhalten geschlossen werden, denn auch 1968 nahmen die Ausgaben für Sachinvestitionen nur um 5,6% zu und blieben da-

Kommunale Finanzen und gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1966-1971



mit noch unter dem Niveau von 1966. Durch diese Zurückhaltung wurde offenbar ein erheblicher Investitionsbedarf angestaut, der die Investitionsausgaben seit 1969 jährlich um rund 20% ansteigen ließ. Allerdings wurde 1970 und 1971 ein erheblicher Teil der Mehrausgaben von der starken Erhöhung der Baupreise aufgezehrt; sie traf die kommunalen Investitionen, die überwiegend Baumaßnahmen umfassen, besonders empfindlich. Trotz dieser kräftigen Expansion erreichte der Anteil der Sachinvestitionen an den Gesamtausgaben (einschließlich der besonderen Finanzierungsvorgänge) 1971 mit 36,9% nicht ganz den Wert von 1966 (37,1%), nachdem er 1968 bis auf 33,9% gesunken war.

Die Einnahmen der Kapitalrechnung, unter denen die Investitionszuweisungen von Land und Bund mit über zwei Dritteln das größte Gewicht haben, blieben von 1966 bis 1969 nahezu unverändert. Erst 1970 nahmen sie, maßgeblich beeinflusst von der Entwicklung der Investitionszuweisungen, erheblich zu und erreichten 1971 einen Betrag von 624 Mill. DM.

Steigende Verschuldung

Soweit das Defizit des Vermögenshaushalts nicht aus dem Überschuß der laufenden Rechnung finanziert werden kann, muß die Lücke vor besondere Finanzierungsvorgänge, das heißt vor allem durch die Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt, gedeckt werden. Entsprechend der Verringerung der Investitionsausgaben ging auch die Nettokreditaufnahme zunächst zurück und erreichte 1968 mit 245 Mill. DM ihren niedrigsten Stand. Während die Expan-

sion der Investitionsausgaben 1969 noch weitgehend durch den außerordentlich hohen Überschuß der laufenden Rechnung aufgefangen werden konnte, reichten die eigenen Mittel der kommunalen Körperschaften und die Investitionszuweisungen in der Folgezeit nicht mehr aus, so daß sich die Nettokreditaufnahme von 1969 bis 1971 mehr als verdoppelte und ein Volumen von 673 Mill. DM erreichte. Ihr Anteil an der Finanzierung des Vermögenshaushalts stieg in diesen drei Jahren von 25,7% auf 37,6%, während der Überschuß der laufenden Rechnung, der 1969 noch 46,3% beigetragen hatte, 1971 nur einen Anteil von 24,4% erreichte.

Konjunktursteuerung über die kommunalen Haushalte?

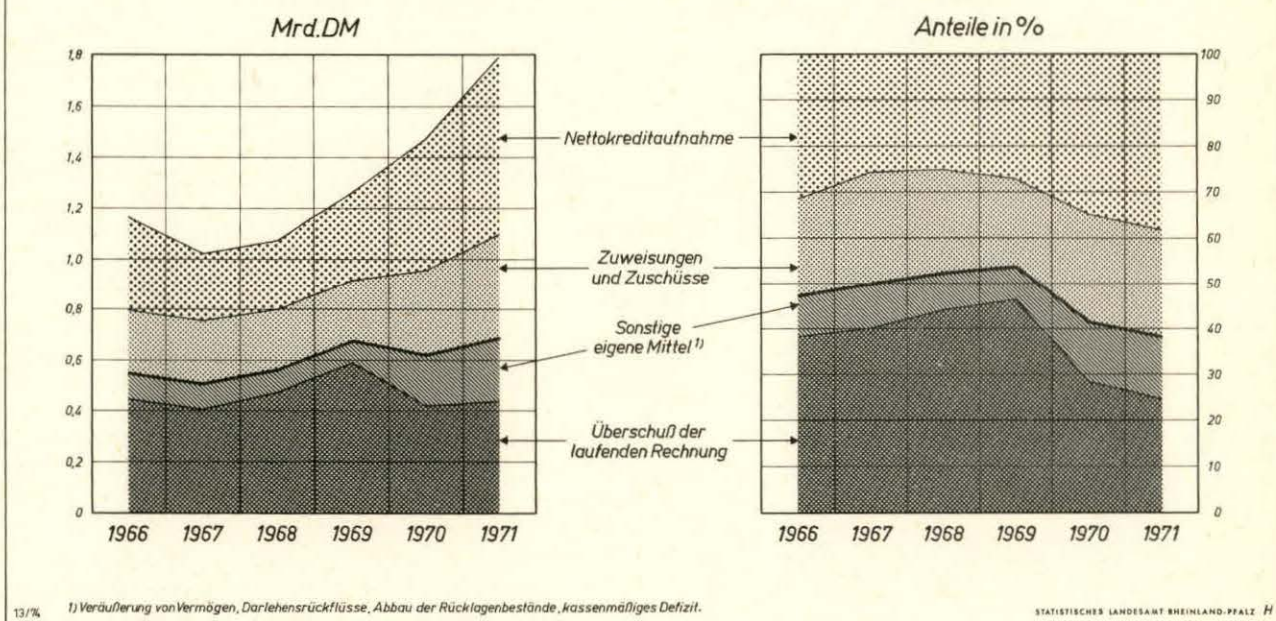
Die kommunalen Gebietskörperschaften haben sich im Konjunkturablauf weitgehend prozyklisch verhalten. Es ist aber nicht auszuschließen, daß diese angesichts der angestrebten Konjunkturstabilisierung unerwünschte Parallelpolitik von den geltenden Vorschriften, insbesondere soweit sie die Schuldenaufnahme regelten, zusätzlich gefördert wurde.

Zunächst ist festzuhalten, daß der weitaus größte Teil der kommunalen Einnahmen von der Konjunkturentwicklung abhängt. Dies gilt für die eigenen Steuereinnahmen, aber auch für die Zuweisungen des Landes, da das Aufkommen an staatlichen Steuern die Höhe der Verbundmasse bestimmt. Auch die Nachfrage nach den kommunalen Leistungen, die gegen Entgelt abgegeben werden, ist tendenziell von der gesamtwirtschaftlichen Situation beeinflusst. In einer Phase konjunktureller Abschwächung wird der finanzielle Spielraum der Gemeinden zusätzlich eingeschränkt, da ein Teil der laufenden Ausgaben auf rechtlichen Bindungen beruht, die einer kurzfristigen Anpassung entgegenstehen. Antizyklische Ausgabenpolitik in der Rezession setzt daher eine verstärkte Kreditaufnahme voraus.

Dieser Weg wurde 1967 trotz der seit Beginn jenes Jahres eingeleiteten Politik des leichten Geldes - die Bundesbank senkte den Diskontsatz binnen weniger Monate von 5,5% auf 3,5% - nicht beschritten, vielmehr schränkten die Gemeinden und Gemeindeverbände die Nettokreditaufnahme drastisch ein. Offenbar hatten die kommunalen Körperschaften nach der hohen Kreditaufnahme der Vorjahre die Grenze ihrer Verschuldungsfähigkeit erreicht. Für diese Vermutung spricht auch der starke Anstieg der Belastung durch den Schuldendienst in den Jahren 1966 bis 1968. Die Ausgaben für Zinsen und Tilgung erhöhten sich in diesem Zeitraum von 228 Mill. DM auf 327 Mill. DM, ihr Anteil an den Gesamtausgaben stieg von 8,3% auf 11,5%.

Da steigende Einnahmen die Belastung durch zusätzliche Schuldenaufnahmen tragbar erscheinen lassen, erweitert sich im Konjunkturaufschwung der Verschuldungsspielraum, so daß eine Kreditfinanzierung zunächst zurückgestellter Investitionen möglich wird. Damit geraten die kommunalen Haushalte aber in einen Kreislauf prozyklischen Verhal-

Finanzierung des kommunalen Vermögenshaushalts 1966-1971



tens, da sich in der nachfolgenden konjunkturellen Abschwächung eine Situation ähnlich der des Jahres 1967 einstellen muß. In letzter Zeit wurde daher verschiedentlich vorgeschlagen, die Investitionszuweisungen aus den zentralen Haushalten gezielt zur Steuerung des Investitionsverhaltens der kommunalen Körperschaften einzusetzen. Eine solche Maßnahme kann aber nur Erfolg haben, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. So muß in der Rezession die Planung zusätzlicher Investitionsvorhaben so weit vorangetrieben sein, daß sie im Bedarfsfall unverzüglich in Angriff genommen werden können. Diese Voraussetzung einer Planung auf Vorrat war 1967 nicht gegeben. Werden in der Hochkonjunkturphase die Zuweisungen gedrosselt, so muß ein Ausweichen auf andere Finanzierungs-

arten, insbesondere die Kreditaufnahme, verhindert werden.

Die Beschränkung der Kreditaufnahme durch Verordnung nach § 19 StWG, wie sie 1973 erstmals auch im kommunalen Bereich praktiziert wurde, dürfte aber ohnehin ein wirksames Instrument der Konjunkturdämpfung sein. Darüber hinaus scheint diese Maßnahme geeignet, den prozyklischen Kreislauf zu durchbrechen und die Entwicklung der kommunalen Investitionen tendenziell zu verstopfen. Die gesetzliche Grundlage für die dazu notwendige flexiblere Handhabung der Schuldenpolitik im kommunalen Haushaltswesen wurde mit dem neuen Haushaltsrecht geschaffen.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

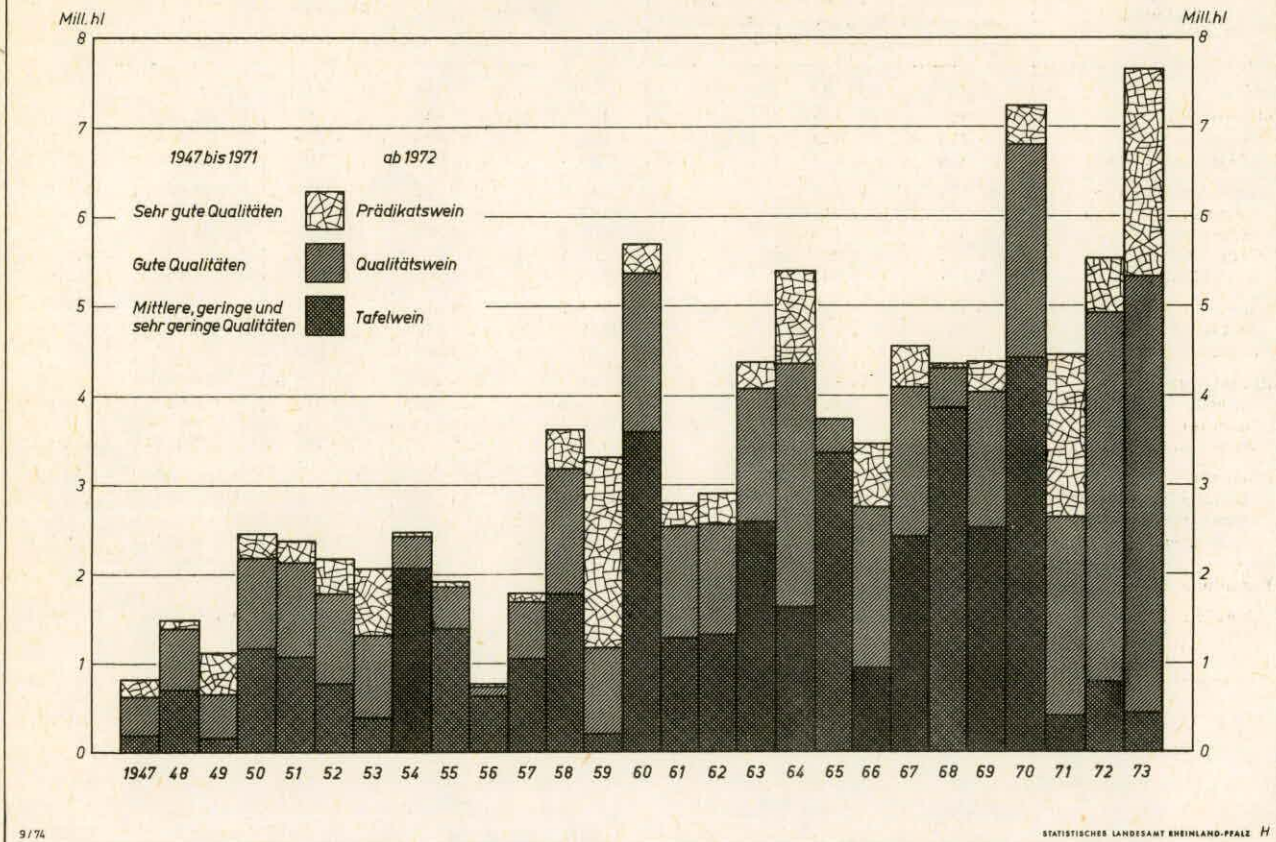
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1973

Größere Ertragsrebläche vorwiegend in den Anbaugebieten Rheinhessen und Rheinpfalz

Die bestockte Rebfläche des Landes, die seit 1958 ununterbrochen ausgedehnt wurde, umfaßte im Jahre 1973 insgesamt 61 500 ha und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um fast 1 500 ha oder 2,5%. Seit dem Jahre 1969 läßt sich eine beschleunigte Ausweitung feststellen. Während von 1950 bis 1969 eine durchschnittliche jährliche Zunahme um rund 950 ha beobachtet werden konnte, erhöhte sie sich für die Jahre 1969 bis 1973 auf mehr als 1 500 ha. Die Vergrößerung der bestockten Rebfläche innerhalb der letzten vier Jahre betrug nicht weniger als 6 200 ha.

Die im Ertrag stehende Rebfläche wuchs 1973 um 1 400 ha oder 2,7% auf 55 500 ha; ihr Anteil am bestockten Rebland blieb mit 90,2% nahezu unverändert. Vergrößerungen der Ertragsrebläche konnten vor allem in den Anbaugebieten Rheinhessen (+ 641 ha) und Rheinpfalz (+ 594 ha) ermittelt werden, während sie an Mosel-Saar-Ruwer nur knapp 200 ha ausmachten. Innerhalb der einzelnen Bereiche ergab sich für die Südliche Weinstraße mit einer um mehr als 400 ha auf 10 530 ha erweiterten Ertragsrebläche der kräftigste Anstieg. Die Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten wurden zwar nur geringfügig ausgedehnt, nehmen aber erstmals etwas mehr als 6 000 ha in Anspruch. Die Rebbrache zur Wiederbestockung umfaßte

Weinmosternten 1947-1973



3 210 ha; sie blieb in den letzten Jahren ziemlich konstant und hat sich auch im Berichtsjahr kaum verändert. Innerhalb des Ertragsreblandes wurden auch 1973 ausschließlich die Flächen der weißen Rebsorten vergrößert, und zwar um 1 600 ha auf 51 500 ha; ihr Anteil an der bestockten Rebfläche erhöhte sich auf 83,7%. Die roten Rebsorten, welche vorwiegend in den Anbaubereichen Rheinpfalz, Rheinhessen und Ahr angepflanzt werden, erfuhren eine erneute Verminderung um 160 ha und sind nur noch auf 4 000 ha anzutreffen.

Infolge des verhältnismäßig milden Winters entstanden nur geringfügige Frostschäden an den Rebstöcken. Die kühle und wechselhafte Witterung im April verzögerte jedoch den Austrieb erheblich. Ähnlich wie im Jahr zuvor setzte er erst Anfang Mai und somit über eine Woche später ein als in Normaljahren. Unter dem Einfluß der warmen Witterung im Mai verlief der Austrieb dann sehr zügig. Anfang Juni war der ursprüngliche Wachstumsrückstand weitgehend ausgeglichen. Infolge der günstigen Witterung begann die Blüte verbreitet in der zweiten Juniwoche, während sie im Vorjahr erst nach dem 20. Juni eintrat. In allen Anbaubereichen vollzog sie sich innerhalb von fünf bis zehn Tagen, so daß keine größeren Verrieselungsschäden eintraten. Die Rebenblüte verlief damit wesentlich günstiger als in den letzten Jahren. Der Beginn der Beerenreife, der 1972 nur ganz vereinzelt vor der dritten Augustdekade zu verzeichnen

war, konnte im Berichtsjahr bis zum 24. August bei Müller-Thurgau in 49%, bei Silvaner in 29%, bei Riesling in 12% und bei Portugieser in 66% der Berichtsbezirke beobachtet werden. Das meist trockene und sonnige Spätsommerwetter wirkte sich auf die Reife der Trauben im allgemeinen vorteilhaft aus. Häufige Regenfälle im September und Oktober bewirkten ein schnelles Dickenwachstum der Beeren, das wiederum eine große Brühigkeit und außergewöhnlich hohe Mostausbeute des Lesegutes zur Folge hatte. Ende September wurden im südlichen Landesteil und in der zweiten Oktoberwoche an der Mosel verbreitet Müller-Thurgau-Trauben gelesen. Mitte Oktober setzte in Rheinhessen und der Pfalz auch die Lese bei Silvaner und Riesling ein.

Neue Rekord-Weinernte

Nach endgültigen Ermittlungen beläuft sich die Weinmosternte 1973 in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 7,66 Mill. hl. Sie übertrifft die Vorjahresmenge um 2,1 Mill. hl und die bisher größte Ernte aus dem Jahre 1970 um mehr als 400 000 hl. Das außergewöhnlich große Aufkommen ist eine Folge der Ausweitung der Ertragsrebläche und hoher Hektarerträge. Bei den weißen Rebsorten betrug die Flächenleistung 136,7 und bei den roten Rebsorten 153,1 hl je ha. Die Ergebnisse des Vorjahres und des Sechsjahresdurchschnittes 1967/72 wurden damit zwar erheblich übertroffen, aber die bisher höchsten Hektarerträge von 1970 nicht ganz er-

Anbauggebiet Bereich	Ertragsrebfläche			Gesamter Mostertrag				
	ins- gesamt	weiße Rebsorten	rote Rebsorten	insgesamt	Tafelwein	Qualitäts- wein	Prädikats- wein	
	ha			hl/ha	hl			
Ahr	484	193	291	108,3	52 419	1 271	28 217	22 931
Mittelrhein	901	891	.	100,5	90 547	1 747	56 624	32 176
Bacharach	375	374	.	101,6	38 086	1 127	26 090	10 869
Rhein-Burgengau	526	517	.	99,7	52 461	620	30 534	21 307
Mosel-Saar-Ruwer	11 176	11 168	.	146,0	1 631 601	211 944	848 080	571 577
Bernkastel	6 358	6 356	.	148,5	944 229	26 962	512 693	404 574
Obermosel	934	934	-	208,3	194 579	156 182	37 434	963
Saar-Ruwer	1 737	1 735	.	125,5	218 000	4 233	116 340	97 427
Zell/Mosel	2 147	2 143	.	128,0	274 793	24 567	181 613	68 613
Nahe	4 106	4 064	.	119,0	488 486	8 520	302 847	177 119
Bad Kreuznach	2 653	2 619	.	118,9	315 543	5 440	187 905	122 198
Schloß Böckelheim	1 453	1 445	.	119,0	172 943	3 080	114 942	54 921
Rheinhessen	19 027	17 944	1 083	133,8	2 546 462	80 127	1 675 384	790 951
Bingen	6 446	5 981	465	129,3	833 493	36 529	568 044	228 920
Nierstein	7 649	7 347	302	134,1	1 025 436	22 801	614 927	387 708
Wonnegau	4 932	4 616	316	139,4	687 533	20 797	492 413	174 323
Rheinpfalz	19 823	17 229	2 594	143,6	2 847 147	132 273	1 980 342	734 532
Südliche Weinstraße	10 530	9 987	543	145,6	1 533 139	58 609	1 039 731	434 799
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	9 293	7 242	2 051	141,4	1 314 008	73 664	940 611	299 733
Rheinland-Pfalz	55 517	51 489	4 028	137,9	7 656 662	435 882	4 891 494	2 329 286
dagegen: 1972	54 072	49 887	4 185	102,3	5 532 957	782 997	4 130 279	619 681
1970	51 883	47 337	4 546	139,3	7 229 457	.	.	.
Ø 1967/72	51 108	46 569	4 539	99,4	5 080 148	.	.	.

reicht. Von der Gesamtmenge entfielen 7,04 Mill. hl auf Weiß- und 617 000 hl auf Rotmost. Im Anbaubereich Rheinpfalz wurden 2,8 Mill. hl, in Rheinhessen 2,5 Mill. hl, an Mosel-Saar-Ruwer 1,6 Mill. hl, an der Nahe knapp 500 000 hl, am Mittelrhein rund 90 000 hl und an der Ahr, dem kleinsten Anbaubereich in Rheinland-Pfalz, etwas über 50 000 hl geerntet. Von den weißen Rebsorten lieferte der frühreife Müller-Thurgau mit 2,24 Mill. hl die größte Menge, während der vorwiegend im Anbaubereich Mosel-Saar-Ruwer wachsende Riesling mit 1,75 Mill. hl und Silvaner mit 1,72 Mill. hl deutlich darunter blieben. Der im nennenswerten Umfang in den Bereichen Südliche Weinstraße, Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße und Nierstein angebaute Morio-Muskat erbrachte 384 000 hl, danach folgten Elbling (228 000 hl), Scheurebe (194 000 hl) und Ruländer (121 000 hl).

Unter den Rotmosten dominiert der Portugieser, von welchem eine Gesamtmenge von 576 000 hl ermittelt wurde; sein Anteil am gesamten Rotmost machte 93% aus. Blauer Spätburgunder, der an der Ahr eine gewisse Bedeutung erlangt, lieferte 27 000 hl.

Unter den verarbeitet angebauten Sorten lagen die Flächenleistungen bei Riesling und Silvaner deutlich über denen von 1970, während sie bei Müller-Thurgau und Portugieser darunter blieben. Die höchsten Hektarerträge verzeichneten der Elbling mit nicht weniger als 203,6 hl sowie Morio-Muskat mit 167,1 hl.

30% Prädikatswein, 64% Qualitätswein, 6% Tafelwein

Die Qualität des Jahrgangs 1973 ist wesentlich günstiger ausgefallen als die seines Vorgängers,

wenn auch der ursprünglich erhoffte Jahrhundertwein infolge der akuten Trockenheit im Spätsommer und der zeitweise recht kühlen Witterung im Herbst ausgeblieben ist. Nur 6% werden als Tafelwein, aber 64% als Qualitätswein und 30% als Prädikatswein einzustufen sein. Bei den später reifenden Sorten sind Ende Oktober und Anfang November noch deutliche Qualitätsverbesserungen eingetreten. Anfang Dezember konnten bei strengen Frösten in verschiedenen Lagen noch Eisweine mit sehr hohen Mostgewichten gelesen werden. Das Durchschnittsmostgewicht errechnete sich für Weißmost auf 70° Öchsle bei 8,2‰ Gesamtsäure und für Rotmost auf 65° bei 7,5‰. Der Bereich Nierstein verzeichnete mit 73° Öchsle das höchste durchschnittliche Mostgewicht. Von den bedeutenden Weißweinsorten erbrachten Scheurebe mit 75° Öchsle das höchste durchschnittliche Mostgewicht, gefolgt von Riesling und Silvaner (je 71°) und Müller-Thurgau (69°). Für den in den Anbaubereichen Rheinhessen und Rheinpfalz angepflanzten Morio-Muskat wurden nur 67° Öchsle ermittelt und der Elbling konnte mit durchschnittlich 52° ganz überwiegend nur als Tafelwein eingestuft werden. Erwähnt sei noch, daß für den weniger bedeutenden, nur auf einer Ertragsrebfläche von 1 062 ha in den Anbaubereichen Rheinhessen und Rheinpfalz wachsenden Ruländer mit 81° Öchsle ein außerordentlich hohes durchschnittliches Mostgewicht festgestellt wurde.

Die aus Mostverkäufen im Herbst 1973 erzielten Gelderlöse bezifferten sich auf 89 DM pro hl Weiß- und 66 DM pro hl Rotmost gegenüber 122 bzw. 82 DM im Vorjahr. In den einzelnen Anbaubereichen und Bereichen ergaben sich jedoch teilweise beträchtliche Preisunterschiede.

Weißmostertrag							Rotmostertrag					Anbaugebiet Bereich
zusammen		Ø Most- gewicht	Ø Säure- gehalt	Müller- Thurgau	Ries- ling	Sil- vaner	zusammen		Ø Most- gewicht	Ø Säure- gehalt	Portu- gieser	
hl/ha	hl	°Ochsle	‰	hl/ha			hl	°Ochsle	‰	hl/ha		
.	108,8	31 673	72	7,7	122	Ahr
100,4	89 477	70	8,5	.	101	Mittelrhein
101,6	37 991	69	8,8	.	102	Bacharach
99,6	51 486	71	8,2	.	99	Rhein-Burgengau
146,0	1 630 590	66	9,8	159	135	Mosel-Saar-Ruwer
148,5	943 944	68	9,3	167	144	Bernkastel
208,3	194 579	52	12,1	Obermosel
125,5	217 744	69	10,1	137	124	Saar-Ruwer
128,0	274 323	66	10,0	138	121	Zell/Mosel
118,8	482 746	71	8,0	140	105	109	Nahe
118,7	310 912	71	8,1	138	105	110	Bad Kreuznach
118,9	171 834	69	7,8	144	105	108	Schloß Böckelheim
133,2	2 389 680	72	7,4	143	114	125	144,8	156 782	64	7,2	147	Rheinhessen
128,6	768 934	71	7,2	139	108	120	138,8	64 559	63	7,1	142	Bingen
133,7	982 555	73	7,3	144	115	127	142,0	42 881	65	7,3	142	Nierstein
138,3	638 191	71	7,6	145	117	132	156,1	49 342	65	7,4	158	Wonnegau
140,8	2 426 696	72	8,0	156	126	136	162,1	420 451	64	7,6	164	Rheinpfalz
145,0	1 447 885	71	8,1	161	129	134	157,0	85 254	64	8,2	162	Südliche Weinstraße
135,2	978 811	72	7,9	145	124	138	163,4	335 197	65	7,4	165	Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße
136,7	7 039 935	70	8,2	148	127	128	153,1	616 727	65	7,5	158	Rheinland-Pfalz
101,0	5 037 149	62	12,7	117	86	95	118,5	495 808	61	12,0	122	dagegen: 1972
137,3	6 498 186	65	10,2	164	123	121	160,9	731 271	61	9,4	166	1970
98,2	4 573 978	111,5	506 170	.	.	.	Ø 1967/72

Die gesamte Weinmosternte 1973 im Bundesgebiet erbrachte mit 10,7 Mill. hl den höchsten Mengen-ertrag seit Einführung amtlicher Weinmost-statistiken im Jahre 1878. Die gesamte Ernte setzt sich aus 9,2 Mill. hl Weiß- und 1,5 Mill. hl Rotmost zusammen; die Hektarerträge stiegen auf 132,0 hl bzw. 137,3 hl.

Baumobsternte um mehr als zwei Fünftel höher

Bei den Obstanlagen, die 1950 nur 8 000 ha einnahmen, konnte über nahezu 20 Jahre eine Tendenz zur Ausweitung beobachtet werden; sie erreichten im Jahre 1969 mit 12 500 ha ihre größte Ausdehnung, erfuhren dann aber eine Verminderung, die bis zum Jahre 1973 insgesamt 1 600 ha ausmachte.

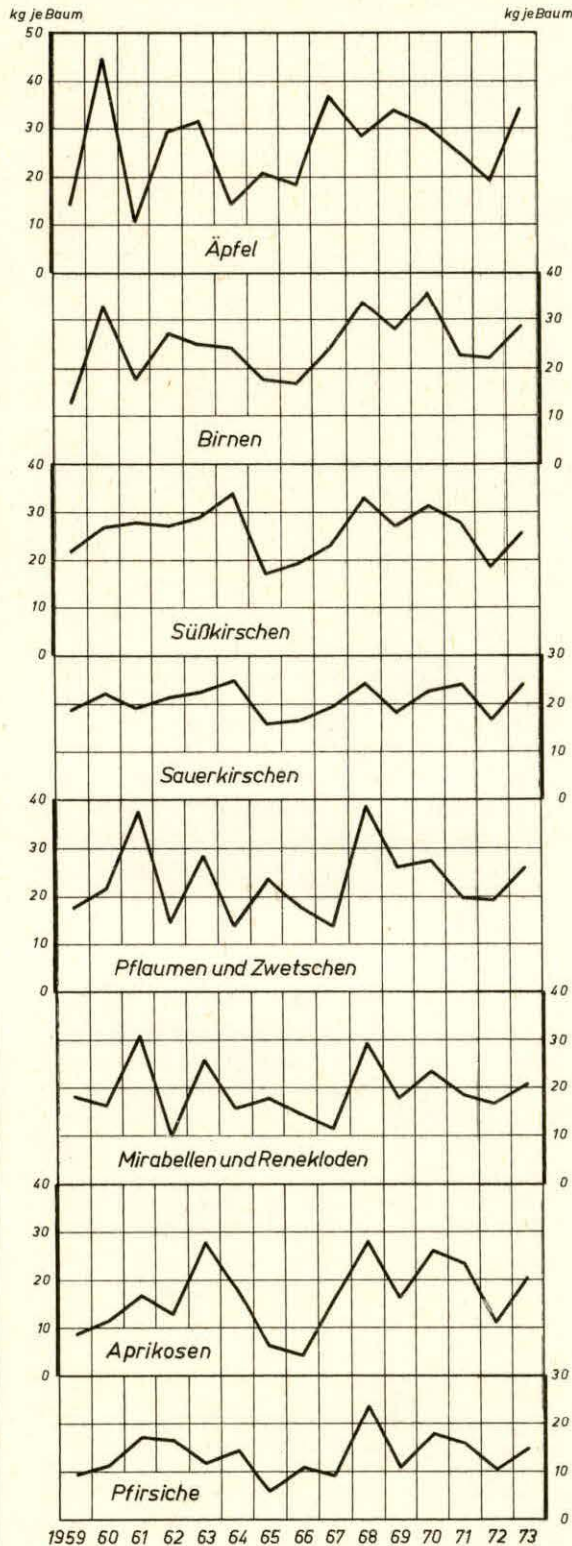
Schäden durch Winterfrost blieben an den Obstgehölzen wie im Vorjahr allgemein gering. Die Aprikosenblüte setzte im Rheintal vereinzelt bereits Ende März ein. Die Blüte der übrigen Obstarten verzögerte sich jedoch erheblich. Bei Kirschen begann sie Mitte der letzten Aprilwoche und bei Äpfeln verbreitet Anfang Mai. Ende der zweiten Maidekade war die Blüte auch in den Höhengebieten weitgehend abgeschlossen. Die Witterung verlief während dieser Zeit meist vorteilhaft. Im Juni machte sich jedoch die anhaltend sommerliche Witterung und die zunehmende Trockenheit, die zwar die Reife der Kirschen und des Beerenobstes begünstigte, auch nachteilig bemerkbar. Vorwiegend bei den ungepflanzten Kernobstbäumen und teilweise auch bei den Süßkirschen zeigte sich vielfach ein erheblicher Abfall der Fruchtstände. Das trockene und sonnige Spätsommerwetter wirkte sich vorteilhaft auf die Reife des Kernobstes aus.

Die gesamte Baumobsternte, welche 1971 mit 216 000 t und 1972 mit 175 000 t unter dem mehrjährigen Durchschnitt ausgefallen war, bezifferte sich im Berichtsjahr auf 252 000 t. Die Zunahme betraf vor allem Äpfel (+ 42 000 t) sowie Pflaumen und Zwetschen (+ 11 000 t). Das Strauchbeerenobst zeigte mit Ausnahme von Stachelbeeren, deren Ergebnis gleich hoch ausfiel, nur geringfügige Ertragssteigerungen.

Die Apfelernte betrug insgesamt 112 300 t gegenüber 70 300 t vor Jahresfrist. Der Anteil an der gesamten Baumobsternte belief sich auf 45%. Nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren mit niedrigen Erträgen fiel das Gesamtaufkommen, von dem knapp ein Viertel aus Intensivanlagen stammt, um drei Fünftel höher aus als 1972, der Sechsjahresdurchschnitt wurde dagegen knapp überschritten. Von den in den Intensivanlagen geernteten Äpfeln gelangten etwas mehr als die Hälfte als Qualitätsobst auf den Markt und ein Fünftel wurde industriell zur Herstellung von Obstsaften und anderem verarbeitet, während die restlichen 25% in den Haushalten der Erzeuger blieben. Die in Feldflur, Haus- und Kleingärten geernteten Äpfel konnten zu rund zwei Fünftel als Eß- und Verwertungsobst verkauft werden. Ebenso wie im Vorjahr sind etwa 3% des Aufkommens, das nicht aus Intensivanlagen stammt, an den Bäumen hängen geblieben.

Mit 27 700 t fiel die Birnenernte um rund ein Viertel höher aus als vor Jahresfrist. Hoch- und Halbstämme lieferten 20 100 t, Viertelstämme und Buschbäume 6 100 t sowie Spindeln und Spaliere 1 500 t. Bei einem Baumertag von insgesamt 28,6 kg wurde der Sechsjahresdurchschnitt 1967/72 noch geringfügig übertroffen.

Baumobsterträge 1959-1973



Die Steinobstarten, welche im Vorjahr erhebliche Ertragseinbußen zu verzeichnen hatten, erbrachten im Berichtsjahr durchweg deutlich höhere Ernte-

mengen. Für Süßkirschen belief sich die Gesamternte auf 18 700 t gegenüber 13 700 t vor Jahresfrist und für Sauerkirschen auf 21 400 t, was einer Zunahme um nahezu die Hälfte entspricht. Die durchschnittlichen Baumerträge bezifferten sich bei Süßkirschen auf 25,8 kg (Vorjahr 18,5 kg), Sauerkirschen lieferten im Mittel 24,1 kg, womit das Vorjahresergebnis (16,4 kg) und auch der mehrjährige Durchschnitt (20,9 kg) deutlich übertroffen wurden. Zwei Drittel der Sauerkirschen und etwa drei Zehntel der Süßkirschen gelangten an die Konservenindustrie zur Verarbeitung.

Bei Pflaumen und Zwetschen ergab sich eine Erntemenge von 50 000 t, gegenüber rund 40 000 t im Vorjahr. Vom gesamten Aufkommen wurde nahezu die Hälfte als Eßobst auf dem Markt verkauft oder industriell verwertet. Mirabellen und Renekloden erbrachten 7 500 t (+ 24%), Pfirsiche 8 500 t (+ 44%), Aprikosen 3 200 t (+ 82%) und Walnüsse 3 200 t (+ 106%). Die günstigen Witterungsbedingungen, unter den diese Arten heranwuchsen, führten - mit Ausnahme der Pfirsiche - zu Baumerträgen, die den Durchschnitt der Jahre 1967/72 übertrafen. Von den geernteten Aprikosen wurden nahezu 80% und von den Pfirsichen etwa zwei Drittel dem Markt oder der Konservenindustrie zugeführt.

12 600 dt Erdbeeren

Der auf Grund der jährlichen Gemüseerhebungen ermittelte Anbau von Erdbeeren zu Verkaufszwecken umfaßte 197 ha, davon 131 ha vorjährige und ältere Pflanzungen und 66 ha Neupflanzungen. Der Rückgang gegenüber 1972 betrug insgesamt 30 ha oder 13%. Flächeneinschränkungen ergaben sich sowohl bei der Ertragsfläche (- 12%) als auch bei den Neuanlagen (- 15%).

Die Erdbeerenernte bezifferte sich bei einer gegenüber 1972 um 9,4% auf 170 ha erhöhten Anbaufläche auf 12 600 dt. Im Vorjahr wurden nur 11 000 dt geerntet. Die trockene Witterung während der Reifezeit führte dazu, daß der Hektarertrag mit rund 74 dt noch knapp unter dem Sechsjahresdurchschnitt blieb, das Ergebnis von 1972 wurde jedoch um etwa 4 dt übertroffen.

Erneute Einschränkung der Gemüsefläche

Nach der repräsentativ durchgeführten Gemüsehaupterhebung belief sich der Freilandanbau der in die Erhebung einbezogenen Gemüsearten im Jahre 1973 auf 5 073 ha gegenüber 5 229 ha im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang von 3%. Von allen Arten nahm der Kopfsalat mit 860 ha die größte Fläche ein, gefolgt von Spinat (712 ha), Spargel (702 ha), Blumenkohl (434 ha) und Möhren (321 ha).

Größere Flächenerweiterungen erfuhren Kohlrabi (+ 27 ha), Sellerie (+ 26 ha) und Zwiebeln (+ 19 ha). Erhebliche Einschränkungen gab es dagegen vor allem bei Spinat, dessen Anbaufläche um 136 ha oder 16% reduziert wurde. Möhren verzeichneten einen Flächenrückgang um 37 ha und Porree um 25 ha.

In Unterglasanlagen wurden 45,4 ha Gemüse angebaut gegenüber 44,2 ha vor Jahresfrist. Die Flä-

Gemüseart	Anbaufläche			Hektarertrag			Gesamtertrag		
	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973	Ø	1972	1973
	1967/72	1972	1973	1967/72	1972	1973	1967/72	1972	1973
	ha			dt			t		
Im Freiland	5 653	5 133	4 982	.	.	.	105 343	98 641	97 052
Weißkohl	234	249	236	362,2	365,1	346,4	8 479	9 078	8 163
Rotkohl	196	186	187	329,5	326,0	307,5	6 472	6 070	5 756
Wirsing ¹⁾	166	153	151	253,9	256,3	244,8	4 222	3 928	3 708
Rosenkohl	101	69	58	137,3	126,8	107,5	1 392	872	628
Blumenkohl	406	422	434	239,8	247,8	244,7	9 746	10 468	10 631
Kohlrabi	96	115	142	190,0	212,8	216,7	1 816	2 443	3 082
Kopfsalat ²⁾	797	879	860	158,2	172,5	180,0	12 611	15 153	15 471
Spinat	907	848	713	152,4	158,5	167,4	13 819	13 449	11 918
Möhren	466	357	321	314,7	299,3	289,3	14 655	10 709	9 295
Sellerie	187	165	192	254,4	255,8	253,8	4 750	4 227	4 863
Porree	129	127	102	247,1	244,1	246,3	3 176	3 098	2 499
Zwiebeln	265	230	249	236,7	223,5	227,6	6 270	5 140	5 667
Spargel	672	616	610	45,0	43,1	43,0	3 022	2 651	2 625
Frischerbsen (gedroschen)	166	117	98	48,6	51,0	51,9	809	600	510
Buschbohnen	371	257	266	97,2	101,2	90,0	3 606	2 604	2 396
Gurken	229	124	136	167,8	178,8	200,2	3 836	2 222	2 716
Tomaten	164	139	148	326,5	354,0	415,4	5 363	4 906	6 167
Unter Glas ³⁾	34,10	44,16	45,37	6,1	6,1	6,5	2 082	2 686	2 954

1) Ohne Adventswirsing. - 2) Ohne Winterkopfsalat. - 3) Durchschnittsertrag in kg je qm.

chen unter Niederglas erfuhren eine stärkere Ausdehnung, und zwar um 4,1 ha auf 9,1 ha, während diejenigen unter Hochglas um 2,9 ha auf 36,2 ha zurückgingen. In Hochglasanlagen standen vorwiegend Kohlrabi (10,0 ha) und Gurken (9,5 ha), die zusammen mehr als die Hälfte der vorhandenen Fläche einnahmen. In den Niederglasanlagen zählten Kopfsalat (2,9 ha) und Radies (2,6 ha) zu den verbreitetsten Arten.

Das Frühgemüse unter Folie wurde in den Hauptanbaubetrieben verbreitet in der zweiten Februarhälfte ausgepflanzt und konnte sich vorteilhaft entwickeln. Mit Frühlingsbeginn beeinträchtigte eine trockene und später kühle Witterung das weitere Wachstum. Nach einer kräftigen Erwärmung verlief das Wachstum im Mai zunächst sehr zügig. Ende des Monats machte sich jedoch bei einzelnen Gemüsearten die Trockenheit schon nachteilig bemerkbar.

Deutlich höhere Hektarerträge bei Gurken und Tomaten

Die Gemüseernte auf dem Freiland bezifferte sich bei den wichtigen Arten auf 97 100 t. Bei einer

um 2,9% eingeschränkten Anbaufläche blieb sie um 1 600 t oder 1,6% unter dem Ergebnis von 1972. Die größten Gesamtmengen erbrachten Kopfsalat (15 500 t), Spinat (11 900 t) und Blumenkohl (10 600 t). Deutlich höhere Hektarerträge lieferten nur die wärmeliebenden Gurken und Tomaten. Von den der Anbaufläche nach bedeutenden Arten erbrachten Spinat und Kopfsalat Hektarleistungen, die sowohl über denen des Vorjahres als auch des mehrjährigen Durchschnitts lagen.

Die Spargelernte belief sich auf 26 300 dt und erreichte damit etwa die Höhe des Vorjahres. Bei leicht eingeschränkter Anbaufläche wurde ein Hektarertrag von 43,0 dt ermittelt gegenüber 43,1 dt vor Jahresfrist und 45,0 dt im Sechsjahresdurchschnitt.

Die Ernte im Unterglasanbau betrug bei geringfügig erhöhter Anbaufläche 2 950 t, davon 2 560 t aus Hoch- und 390 t aus Niederglasanlagen. Mehr als zwei Drittel der Erntemenge entfielen auf Salatgurken (1 360 t), Tomaten und Kohlrabi (je 360 t).

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1972/73

Nach dem Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft vom 24. Juni 1964 (BGBl. I S. 409), geändert durch das Gesetz über eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft vom 23. Dezember 1972 (BGBl. I S. 1852), werden seit 1964/65 in der Landwirtschaft in jedem zweiten Wirtschaftsjahr repräsentative Erhebungen über die Arbeitskräfte im Betrieb und dem hiermit sehr eng verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers durchgeführt. Während bis 1968/69 ein vierteljährlicher Turnus mit den Berichtsmonaten Juli, Oktober, Januar und April üblich war und 1970/71 wegen der bevorstehenden Landwirtschaftszählung nur eine Monaterhebung im Juli 1970 stattfand, erfolgen die Befragungen ab 1972/73 in halbjährlichem Abstand für die Berichtsmonate Oktober

und April. In Angleichung an die Erfassungsgrenze bei der Landwirtschaftszählung 1971 erstreckte sich die Erhebung 1972/73 im Größenklassenbereich unter 2 ha auf alle Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) sowie auf Betriebe unter 1 ha, sofern sie über eine in Erzeugungseinheiten ausgedrückte jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung von mindestens 4 000 DM verfügten. Bei den vorangegangenen Erhebungen waren die Betriebe unter 2 ha dann einbezogen worden, wenn sie für den Markt erzeugten. Vergleichsmöglichkeiten zu 1968/69 und früher bestehen daher nur für die Betriebe ab 2 ha. Die Verwendung unterschiedlicher Merkmale für die Größenklassengliederung, nämlich die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) bis 1971/72 und die landwirtschaftlich genutzte Fläche

ab 1972/73, dürfte die Vergleichbarkeit nicht merklich beeinflußt haben.

In diesem Zusammenhang erscheint es noch wichtig, auf den Unterschied zu den Zahlen über die Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft aus der Volks- und Berufszählung 1970 hinzuweisen. Als Erwerbstätige werden hierbei alle Personen angesehen, die irgendeinem Erwerb, gleichgültig in welchem Umfang, nachgehen. Erwerbstätige der Land- und Forstwirtschaft sind solche, die ihren Lebensunterhalt allein oder hauptsächlich aus diesem Wirtschaftszweig bestreiten. Bei der Arbeitskräfteerhebung dagegen wird jede Tätigkeit im Betrieb erfaßt, sei sie haupt- oder nebenberuflich oder als mithelfender Familienangehöriger. Das Ausmaß der Tätigkeit spielt ebenfalls keine Rolle. Ein Vergleich zwischen Arbeitskräften und Erwerbstätigen ist daher nur bedingt und nur für bestimmte Beschäftigtengruppen möglich.

40% der Betriebsinhaber mit außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit

In den bei der Arbeitskräfteerhebung einbezogenen 84 200 landwirtschaftlichen, Weinbaulichen und gärtnerischen Betrieben lebten im Wirtschaftsjahr 1972/73 rund 360 200 familienzugehörige Personen. Für 19 400 unter ihnen stellte der Betrieb lediglich noch Wohn- und Schlafstätte dar, sie waren ausschließlich anderweitig erwerbstätig. 36 300 Personen konnten aus Alters-, Krankheits- und sonstigen Gründen keiner Beschäftigung nachgehen, bei 79 200 handelte es sich um Kinder unter 14 Jahren. Zur Bewältigung der im Betrieb und Haushalt anfallenden Arbeiten verblieben somit noch 225 400 Personen, wovon 193 000 mit betrieblichen Tätigkeiten befaßt waren. Rechnet man zu den familien-eigenen noch die 9 800 ständigen und 63 900 nicht-ständigen familienfremden Arbeitskräfte hinzu, ergibt sich ein Gesamtbestand von fast 300 000 in der Landwirtschaft tätigen Personen, was jedoch noch nichts über die tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung aussagt. Auf Grund der Angaben ihrer Betriebsinhaber wurden noch 60% aller Betriebe mit 80%

der landwirtschaftlich genutzten Fläche hauptberuflich geführt, wobei dieser Anteil mit steigender Größenklasse selbstverständlich zunahm und in der Gruppe über 20 ha immerhin 96% erreichte. Seit 1964/65 hat sich der Anteil der Haupterwerbsbetriebe ab 2 ha von 73% über 71% in den Wirtschaftsjahren 1966/67 bzw. 1968/69 auf nunmehr 66% reduziert.

Von den Familienarbeitskräften entfielen 36% auf die Betriebsinhaber (80 500), die, abgesehen von einer begrenzten Zahl von weiblichen Inhabern, auch alle betriebliche Arbeiten verrichteten. Als vollbeschäftigt mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 45 Stunden waren dabei jedoch nur 43% (34 500) anzusehen. Mit zunehmender Größenklasse stieg zwangsläufig auch der Prozentsatz der vollbeschäftigten Betriebsinhaber. Er bewegte sich von 20% in den Betrieben unter 2 ha - hier handelte es sich meist um Sonderkulturanbau - über 30% in den Größenklassen von 2 bis 10 ha auf 63 und über 80% in den Betrieben von 10 bis 20 bzw. über 20 ha. Entgegengesetzt dazu verhielt sich die Quote der Betriebsinhaber mit Zu- oder Nebenerwerb, die größtenteils nur eine Teilbeschäftigung im Betrieb ermöglichten. Hier ergab sich der höchste Wert für die Betriebe unter 10 ha (52%). Die Inhaber der 10 bis 20 ha großen Betriebe gingen zu 29% und die der über 20 ha großen noch zu 9% einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nach. Verglichen mit dem Wirtschaftsjahr 1968/69 reduzierte sich der Vollbeschäftigtenanteil im Betriebsbereich ab 2 ha von 52 auf knapp 50%. Die Gesamtzahl der Vollbeschäftigten nahm um 10 800 oder 26% ab, die der Teilbeschäftigten nur um 5 100 oder 14%. Außerbetrieblich erwerbstätig waren 1968/69 rund 33% der Betriebsinhaber gegenüber bereits 39% in 1972/73. Hierbei zeichnet sich vor allem auch in den oberen Betriebsgrößenklassen ein deutlicher Zug zu gewerblichen und industriellen Arbeitsplätzen ab.

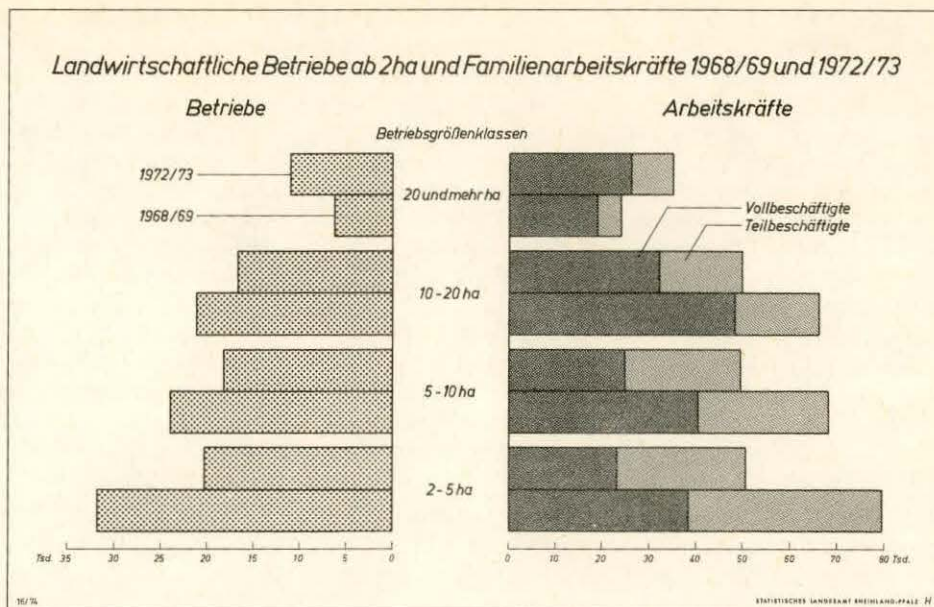
Landwirtschaftliche Betriebsinhaber und Familienangehörige nach ihrer Beschäftigung 1972/73

Betriebs- größenklasse Geschlecht	Im Betrieb und Haushalt lebend		Im Betrieb und Haushalt beschäftigt	Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt			Anderweitig erwerbstätig		Betrieb- liche Arbeits- leistung
	ins- gesamt	14 Jahre und älter		zusammen	vollbeschäftigt	zusammen	auch im Betrieb und Haushalt beschäftigt		
								1 000	
Insgesamt									
unter 2 ha LF	63,8	51,4	40,3	33,5	4,7	14,0	18,2	13,6	13,1
2 - 5 "	81,9	65,0	50,7	43,0	7,8	18,1	22,6	17,1	18,5
5 - 10 "	78,7	61,8	49,6	42,9	10,1	23,5	19,4	15,0	20,5
10 - 20 "	79,6	60,6	49,9	43,2	16,7	38,7	12,0	8,9	24,9
20 und mehr "	56,3	42,2	35,0	30,4	15,2	50,0	4,5	2,7	19,6
Insgesamt	360,2	281,0	225,4	193,0	54,5	28,2	76,7	57,3	96,7
Männlich	180,5	140,4	110,9	110,4	44,3	40,1	58,0	46,2	61,9
Betriebsinhaber									
Zusammen	83,9	83,9	80,5	79,6	34,5	43,3	33,8	32,5	50,4
Männlich	76,5	76,5	73,5	73,5	33,5	45,6	32,9	31,6	47,4
Familienangehörige									
Zusammen	276,3	197,1	144,8	113,4	20,0	17,6	42,9	24,8	46,3
Männlich	104,0	63,9	37,3	37,0	10,8	29,2	25,1	14,5	14,4

Die schon immer zum Erhebungsprogramm der Arbeitskräftestatistik gehörende Ermittlung der Altersstruktur der Betriebsinhaber ermöglicht umfassende Untersuchungen über den fortschreitenden Generationswechsel in der Landwirtschaft. Dieser findet seit 1968/69 seinen Ausdruck darin, daß die Gruppe der 25- bis 45jährigen von 40% auf 43% und die der 45- bis 55jährigen von 21 auf 29% zugenommen hat. Rückläufig dagegen war der Anteil der 55- bis 65jährigen und zwar von 29 auf 19%. Auch die 65 Jahre und älteren bekleideten immer weniger die Funktionen eines Betriebsinhabers. Diese Entwicklung, die zweifellos durch die verbesserte Alterssicherung in Form von Altersgeld und Landabgaberechte gefördert wird, muß insofern begrüßt werden, als gerade heute die Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes ausreichend geschulte und dynamische Betriebsleiterpersönlichkeiten verlangt, ohne daß dabei immer auf die Erfahrungen der meistens noch auf dem Betrieb verbleibenden Altenteiler verzichtet werden kann.

Familienangehörige und familienfremde Arbeitskräfte zunehmend teilbeschäftigt

Bei den mithelfenden Familienangehörigen (144 800), unter denen die Ehefrauen des Betriebsinhabers sowie die übrigen weiblichen Angehörigen eindeutig vorherrschten, stand naturgemäß die Haushaltstätigkeit sehr stark im Vordergrund. Dennoch waren neben den männlichen Familienmitgliedern auch 81% der Ehefrauen sowie 71% der übrigen Frauen bei betrieblichen Arbeiten eingesetzt, jedoch nur in wenigen Fällen als Vollbeschäftigte. Wegen ihrer Doppelfunktion in Betrieb und Haushalt und der damit vielfach verbundenen starken Arbeitsbelastung gingen die Ehefrauen kaum einer außerbetrieblichen Tätigkeit nach. Sie blieb in starkem Maße den Söhnen und Töchtern vorbehalten, wobei erstere mit 39% wesentlich häufiger Arbeit außerhalb des Betriebes fanden als letztere (21%). Ähnlich wie bei den Betriebsinhabern hat sich auch bei den Familienangehörigen in den Betrieben ab 2 ha seit 1968/69 der Anteil der außerbetrieblich Tätigen erhöht. Er stieg von 20 auf 22%. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Teilbeschäftigten in Betrieb und Haushalt von 37 auf 40% und der im Betrieb allein von 77 auf 80%. Die Zahl der für Betrieb und Haushalt Vollbeschäftigten ging von 99 800 auf 72 300 (— 28%) und die für den Betrieb von 28 600 auf 18 700 (— 35%) zurück. Bei den Teilbeschäftigten ergaben sich lediglich Rückgangquoten von — 16 bzw. — 20%.



Die Zahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte, zu denen neben Personen mit einem auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis auch ständig beschäftigte Familienangehörige zählen, die nicht im Haushalt des Betriebsinhabers leben, hat sich im Zuge der Mechanisierung in den vergangenen Jahren laufend reduziert und fiel mit 9 800 in 4 200 Betrieben erstmals unter die Grenze von 10 000. Die in der Familie lebenden Arbeitnehmer sind dabei nahezu bedeutungslos geworden. Angesichts ihres überwiegenden Einsatzes bei betrieblichen Arbeiten herrschten die Männer mit 6 400 eindeutig vor. Sie fanden neben dem arbeitsintensiven Wein- und Gartenbau vorwiegend in größeren Betrieben der Landwirtschaft Verwendung. Die bevorzugt zur Bewältigung von Arbeitspitzen in 13 700 Betrieben eingesetzten fast 64 000 nichtständigen familienfremden Personen bestanden dagegen zu mehr als zwei Drittel aus Frauen. Verglichen mit 1968/69 hat diese Beschäftigtengruppe beachtlich zugenommen. Auch die Zahl der Betriebe, in denen sie tätig waren, ist stark angestiegen. Offensichtlich sollen auf diese Weise besonders bei den bisher nicht mechanisierbaren Pflege- und Erntearbeiten vornehmlich im Bereich der Sonderkulturen die abwandernden Arbeitskapazitäten aus der Familie des Betriebsinhabers ersetzt werden.

Betriebliche Arbeitsleistung entspricht der von 124 500 vollbeschäftigten Arbeitskräften

Aufschluß über die von den Arbeitskräften erbrachte betriebliche Arbeitsleistung ergibt eine Umrechnung in Arbeitskräfteeinheiten (AK-Einheiten). Hierbei werden alle betrieblichen Arbeitszeiten aufgerechnet, wobei eine AK-Einheit der Arbeitsleistung einer in vollleistungsfähigem Alter stehenden im Betrieb vollbeschäftigten Arbeitskraft gleichkommt. Auf dieser Grundlage standen den im Wirtschaftsjahr 1972/73 beschäftigten 300 000 Personen 124 500 AK-Einheiten gegenüber, wovon allein 96 700 auf den Betriebsinhaber und seine Familie entfielen. Innerhalb der Gruppe der Fami-

lienarbeitskräfte lag beim Betriebsinhaber selbst mit 50 400 AK-Einheiten die überwiegende Arbeitsbelastung. Obwohl die weiblichen Arbeitskräfte nach ihrer Zahl eindeutig vorherrschten, spielten sie im Bezug auf die Arbeitsleistung im Betrieb nicht die zunächst daraus abzuleitende überragende Rolle. Dennoch entfielen auf diesen Personenkreis 50 900 AK-Einheiten (41%), davon allein 24 300 auf die Ehefrauen der Betriebsinhaber, die in den meisten Fällen wohl schon mit den Tätigkeiten im Haushalt ausgelastet gewesen wären. Bezieht man die AK-Einheiten auf die Zahl der Betriebe, so ergibt sich im Mittel ein Bestand von 1,5 pro Betrieb. In den Betrieben unter 5 ha errechneten sich etwa 1,0 AK-Einheiten in den Größenklassen von 10 bis 50 ha um 2,0 und in den Betrieben über 50 ha etwas mehr als 4.

Der in AK-Einheiten je 100 ha ausgedrückte Arbeitskräftebesatz lag mit 165,4 in den Betrieben unter 1 ha und 64,7 in den 1 bis 2 ha großen absolut

an der Spitze. Ab 2 ha sank er dann langsam von 36,1 auf 6,0 in der Größenklasse über 50 ha. Im Mittel erreichte er 15,8 AK-Einheiten. Diese Zahlen spiegeln die in den einzelnen Größenklassen unterschiedlichen Bewirtschaftungsweisen deutlich wider. So erfordert der in den Betrieben unter 2 ha und teilweise auch noch unter 5 ha verbreitete Sonderkulturanbau nach wie vor einen hohen Handarbeitsaufwand, während in größeren Betrieben, vor allem im Bereich über 30 ha, die Feldwirtschaft mit weitgehend mechanisierbaren Fruchtarten dominiert. Seit 1968/69 hat in den Betrieben ab 2 ha die Zahl der AK-Einheiten je Betrieb (1,6) keine Änderung erfahren, ein Zeichen dafür, daß der Rückgang der Arbeitskräfte heute größtenteils durch die aus der Produktion ausscheidenden Betriebe bestimmt wird. Der Arbeitskräftebesatz dagegen hat von 16,6 auf 13,9 AK-Einheiten je 100 ha LF abgenommen.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Berufs- und Ausbildungspendler über die Landesgrenze

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Von den 675 456 Erwerbstätigen, Schülern und Studierenden, die in einer anderen als ihrer Wohngemeinde dem Broterwerb oder der Ausbildung nachgehen, überschreiten 15% auf ihrem täglichen Weg von der Wohnung zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte und zurück die Landesgrenze. Dabei dominieren die Erwerbstätigen unter den Pendlern über die Landesgrenze weit stärker als unter den Tagespendlern überhaupt; denn von der Gesamtzahl der Auspendler ist immerhin jeder fünfte Schüler oder Student, von den Pendlern über die Landesgrenze jedoch nur jeder elfte. Der geringe Anteil der Schüler und Studierenden an der grenzüberschreitenden Pendelwanderung erklärt sich aus der Tatsache, daß für viele Ausbildungspendler die in einer benachbarten Gemeinde gelegene Mittelpunktschule (Haupt- oder Grundschule) das täglich angesteuerte Ziel ist, wodurch der Aktionsradius für die meisten von ihnen allenfalls über die Verbandsgemeinde-, kaum über die Kreis- und ganz bestimmt nicht über die Landesgrenze hinausreicht.

Mehr Aus- als Einpendler

Den 102 160 Auspendlern über die Landesgrenze stehen nur 36 501 Einpendler aus anderen Bundesländern oder dem Ausland gegenüber, so daß sich ein Negativsaldo von 65 659 Personen ergibt. Gegenüber 1961 ist die Zahl der Einpendler aus anderen Bundesländern relativ stärker gestiegen (um 66,5%) als die der Auspendler über die Landesgrenze (16,5%); absolut aber hält sich die Zunahme der grenzüberschreitenden Pendelwanderung mit etwa 14 500 Personen in beiden Richtungen die Waage, so daß der Pendlersaldo 1970 die gleiche Höhe aufweist wie 1961.

Mit allen an Rheinland-Pfalz angrenzenden Bundesländern und ausländischen Staaten findet ein

Pendler austausch statt. Am engsten aber ist die Pendlerverflechtung über die Landesgrenze hinweg im südlichen Landesteil, wo Ballungsräume bestehen, deren wirtschaftliche Abgrenzung mit der Linienführung der Ländergrenze nicht übereinstimmt. Die Zielrichtung des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs und der Pendler austausch mit anderen Bundesländern ist bei Berufs- und Ausbildungspendlern recht unterschiedlich und muß daher gesondert betrachtet werden.

Pendler austausch am stärksten mit Hessen und Baden-Württemberg

Jeweils etwa 30% der Berufsauspendler über die Landesgrenze haben ihre Arbeitsstätten in Hessen und Baden-Württemberg. Etwa jeder vierte arbeitet in Nordrhein-Westfalen, 15% pendeln nach dem Saarland und 1,4% in das angrenzende Ausland. Besonders intensiv ist der Pendler austausch mit Hessen; denn gerade zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen zerschneidet die Grenze eng miteinander verflochtene Wirtschaftsräume, so im Rhein-Main-Gebiet und in kleinerem Umfang auch im Raum Diez-Limburg. Der Schwerpunkt des Auspendlerverkehrs von Rheinland-Pfalz nach Hessen liegt eindeutig im Rhein-Main-Raum. Zwei Drittel des täglichen Berufsverkehrs aus Rheinland-Pfalz nach Hessen hat Frankfurt-Wiesbaden und Groß-Gerau zum Ziel, aber auch die angrenzenden Landkreise Bergstraße, Rheingau, Main-Taunus nehmen größere Pendlerströme aus Rheinland-Pfalz auf. Die Auspendler kommen in der Mehrzahl aus den kreisfreien Städten Mainz und Worms sowie aus den ihnen zugeordneten Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms. Auf den nördlichen Landesteil entfallen nur etwa rund 16% des grenzüberschreitenden Berufsverkehrs nach Hessen. Hier sind die wichtigsten Pendlerziele Limburg und Arbeitsorte

Ein- und Auspendler über die Landesgrenze 1961 und 1970

Land	1961			1970			Veränderung	
	Ein- pendler	Aus- pendler	Überschuß der Ein- bzw. Aus- pendler (-)	Ein- pendler	Aus- pendler	Überschuß der Ein- bzw. Aus- pendler (-)	Ein- pendler	Aus- pendler
Insgesamt								
Bundesländer	21 526	86 151	- 64 625	33 884	100 835	- 66 951	57,4	17,0
Nordrhein-Westfalen	2 189	20 672	- 18 483	3 000	26 798	- 23 798	37,0	29,6
Hessen	11 473	24 193	- 12 720	17 474	29 005	- 11 531	52,3	19,9
Baden-Württemberg	6 068	24 207	- 18 139	8 483	30 274	- 21 791	39,8	25,1
Saarland	1 796	17 079	- 15 283	4 927	14 743	- 9 816	174,3	- 13,7
Ausland	400 ¹⁾	1 543	- 1 143	2 617 ¹⁾	1 325	1 292	554,3	- 14,1
Frankreich	.	60	.	2 570	109	2 461	.	81,7
Luxemburg	.	1 469	.	28	1 191	- 1 163	.	- 18,9
Insgesamt	21 926	87 694	- 65 768	36 501	102 160	- 65 659	66,5	16,5
Berufspendler								
Bundesländer	18 755	80 873	- 62 118	28 787	91 962	- 63 175	53,5	13,7
Nordrhein-Westfalen	1 926	19 236	- 17 310	2 606	24 231	- 21 625	35,3	26,0
Hessen	9 569	23 138	- 13 569	14 211	26 996	- 12 785	48,5	16,7
Baden-Württemberg	5 937	21 743	- 15 806	8 108	26 855	- 18 747	36,6	23,5
Saarland	1 323	16 756	- 15 433	3 862	13 865	- 10 003	191,9	- 17,3
Ausland	400 ¹⁾	1 530	- 1 130	2 617 ¹⁾	1 281	1 336	554,3	- 16,3
Frankreich	.	60	.	2 570	90	2 480	.	50,0
Luxemburg	.	1 469	.	28	1 170	- 1 142	.	- 20,4
Zusammen	19 155	82 403	- 63 248	31 404	93 243	- 61 839	63,9	13,2
Ausbildungspendler								
Bundesländer	2 771	5 278	- 2 507	5 097	8 873	- 3 776	83,9	68,1
Nordrhein-Westfalen	283	1 436	- 1 173	394	2 567	- 2 173	49,8	78,8
Hessen	1 904	1 055	849	3 263	2 009	1 254	71,4	90,4
Baden-Württemberg	131	2 464	- 2 333	375	3 419	- 3 044	186,3	38,8
Saarland	473	323	150	1 065	878	187	125,2	171,8
Ausland	.	13	.	.	44	.	.	238,5
Zusammen	2 771	5 291	- 2 520	5 097	8 917	- 3 820	83,9	68,5

1) Nach der Geschäftsstatistik des Landesarbeitsamtes Saarbrücken am 30.9.1961 bzw. 25.9.1970.

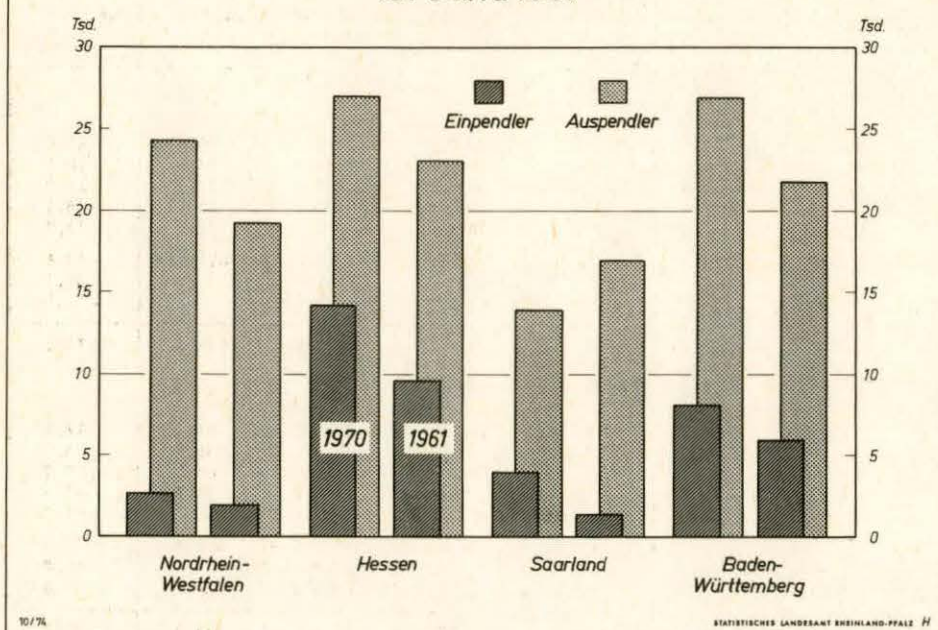
im Dill- und Oberlahnkreis. Nahezu ebensoviele Erwerbstätige (rund 27 000) wie nach Hessen pendeln täglich über die Landesgrenze nach Baden-Württemberg. Die Pendlerströme zeigen eine starke Konzentration auf die beiden Zentren Mannheim und Karlsruhe. Zwischen Ludwigshafen und Mannheim trennt die Landesgrenze willkürlich einen organisch gewachsenen Wirtschaftsraum, und die Südpfalz gehört von jeher zum Einzugsbereich von Karlsruhe. Mit rund 17 000 Rheinland-Pfälzern, die ihren Arbeitsplatz in Mannheim haben, und etwa 8 000, die in Karlsruhe ihrem Broterwerb nachgehen, nehmen beide Städte zusammen 91,5% der Pendler nach Baden-Württemberg auf. Der Einzugsbereich der Stadt Mannheim erstreckt sich entlang der Bahnstrecke Ludwigshafen-Neustadt-Kaiserslautern mit seitlichen Ausbuchtungen nach Speyer und Bad Dürkheim weit in den pfälzischen Raum hinein. Entlang des Rheingrabens reicht er über Frankenthal bis Worms und Alzey. Die Ausstrahlungskraft der Stadt Karlsruhe ist im wesentlichen auf die Kreise Landau-Bad Bergzabern (einschließlich der kreisfreien Stadt Landau) und Germersheim beschränkt.

Auch die Pendelwanderung der Erwerbstätigen nach Nordrhein-Westfalen hat mit den Zielen Bonn-

Köln und dem Siegener Industriegebiet, dessen Ausstrahlung auf die Kreise Altenkirchen, Neuwied und Oberwesterwald sehr groß ist, zwei deutlich hervorgehobene Schwerpunkte. 51,5% der täglich nach Nordrhein-Westfalen pendelnden Berufstätigen haben ihren Arbeitsplatz in Siegen oder im Rhein-Sieg-Kreis, 37,7% in Bonn oder Köln.

Im westpfälzischen und im südlichen Trierer Raum richtet sich der grenzüberschreitende Berufsverkehr in das saarländische Industriegebiet. Fast jeder dritte Pendler aus dem Kreise Kusel und etwa jeder achte aus dem Landkreis Trier-Saargau hat seinen Arbeitsplatz im Saargebiet. Etwa die Hälfte der täglich in das Saarland auspendelnden Rheinland-Pfälzer arbeitet in einer Gemeinde des Landkreises Homburg. Ein verhältnismäßig starker geschlossener Pendlerstrom geht von Trier-Saargau nach Merzig-Wadern. Mit insgesamt 13 865 Personen nimmt das Saarland jedoch nur rund 15% der grenzüberschreitenden Pendelwanderung aus unserem Lande auf, und im Vergleich zu 1961 ist der Pendlerstrom rückläufig. Die Zahl der Auspendler in das Saarland verminderte sich in dem Zeitraum 1961 bis 1970 um 17,3%, während sich derjenige nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Würt-

Berufspendler über die Landesgrenze 1970 und 1961



temberg und Hessen um 26,0%, 23,5 bzw. 16,7% erhöhte.

Nur 1 281 Erwerbstätige aus Rheinland-Pfalz haben ihren Arbeitsplatz im benachbarten Ausland, die meisten von ihnen in Luxemburg. Etwas mehr als doppelt so viele Personen pendeln täglich aus dem Ausland zu ihrem in Rheinland-Pfalz gelegenen Arbeitsort, fast alle (98%) kommen aus Frankreich.

Hinsichtlich der Erwerbstätigen errechnet sich für Rheinland-Pfalz gegenüber allen Bundesländern ein negativer Pendlersaldo. Am geringsten ist das Defizit gegenüber dem Saarland und Hessen. Die Relation von Berufseinpendlern aus und Berufsauspendlern nach Hessen beträgt 1 : 1,9. Jeder zweite der 28 787 aus anderen Bundesländern einpendelnden Erwerbstätigen kommt aus Hessen. Die meisten von ihnen (82%) haben ihren Arbeitsplatz im Rhein-Main-Gebiet, wobei der größte geschlossene Strom in die Stadt Mainz strebt. Nur jeder zehnte hessische Einpendler arbeitet in einer Gemeinde der Westerwaldkreise oder des Rhein-Lahn-Kreises.

Nach Baden-Württemberg und dem Saargebiet gehen Tag für Tag dreieinhalbmal soviel Erwerbstätige als von dort nach Rheinland-Pfalz zur Arbeit kommen. Mit rund 6 000 Einpendlern nimmt die Stadt Ludwigshafen drei Viertel des grenzüberschreitenden Berufsverkehrs aus Baden-Württemberg auf. Auf den engen Verflechtungsgrad von Mannheim und Ludwigshafen und die weite Ausstrahlung, die beide Arbeitszentren auf das jeweilige Nachbarland ausüben, wurde schon an anderer Stelle hingewiesen. Die übrigen allerdings weit weniger stark frequentierten Zielorte der Einpendler aus Baden-Württemberg sind die Städte Speyer und Frankenthal sowie der südpfälzische Raum mit

Schwerpunkt Landkreis
Germersheim.

Wenn sich auch die Zahl der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen, die im Saarland ihrem Brot-erwerb nachgehen, seit 1961 vermindert hat, so ist der grenzüberschreitende Pendlerverkehr in umgekehrter Richtung ansteigend. Die Zahl der Berufseinpender aus dem Saarland hat sich seit 1961 verdreifacht. Bevorzugter Zielort für Berufseinpender aus dem Saargebiet ist die Stadt Zweibrücken. Im übrigen zielen die Pendlerströme in die Kreise Trier-Saarburg, Birkenfeld, Kusel sowie in die Städte Trier und Kaiserslautern.

Am unausgeglichensten ist die Pendlerbilanz mit

Nordrhein-Westfalen. Gegenüber diesem Bundesland errechnet sich eine Relation Einpendler zu Auspendlern von 1 : 9,3. Hier ist der Strom der Einpendler weniger stark konzentriert als im südlichen Landesteil. Immerhin liegt für mehr als die Hälfte der aus Nordrhein-Westfalen kommenden Erwerbstätigen der Zielort im Kreis Altenkirchen. Die anderen arbeiten, wenn man von den kleinen Strömen absieht, in den Kreisen Ahrweiler, Neuwied, Daun und in der Stadt Koblenz.

Geringes Volumen des Pendlerausstausches bei Schülern und Studierenden

Bei den Ausbildungspendlern ist das Volumen des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs mit 8 917 Auspendlern und 5 097 Einpendlern nur von untergeordneter Bedeutung. Die Quote der Pendler, deren Ziel jenseits der Landesgrenze liegt, beträgt für Berufspendler 17%, für die Ausbildungspendler nur 6%. Aber der Pendlerverkehr der Schüler und Studenten ist seit 1961 relativ stärker gewachsen als derjenige der Erwerbstätigen.

Bei diesen Tagespendlern, die auf dem Weg vom Wohnort zur Ausbildungsstätte die Landesgrenze überschreiten, handelt es sich vorzugsweise um Studenten und Schüler von weiterführenden allgemein- oder berufsbildenden Schulen, die vom grenznahen Wohnort aus die Bildungsstätten im benachbarten Bundesland bei zumutbaren Wegezeiten erreichen können. Schüler der Grund- und Hauptschulen sind unter diesem Personenkreis kaum vertreten; denn für sie besteht die gesetzliche Verpflichtung zum Besuch der für den Wohnort zuständigen Schule; Gastschulverhältnisse über die Landesgrenze hinweg gibt es in aller Regel nicht.

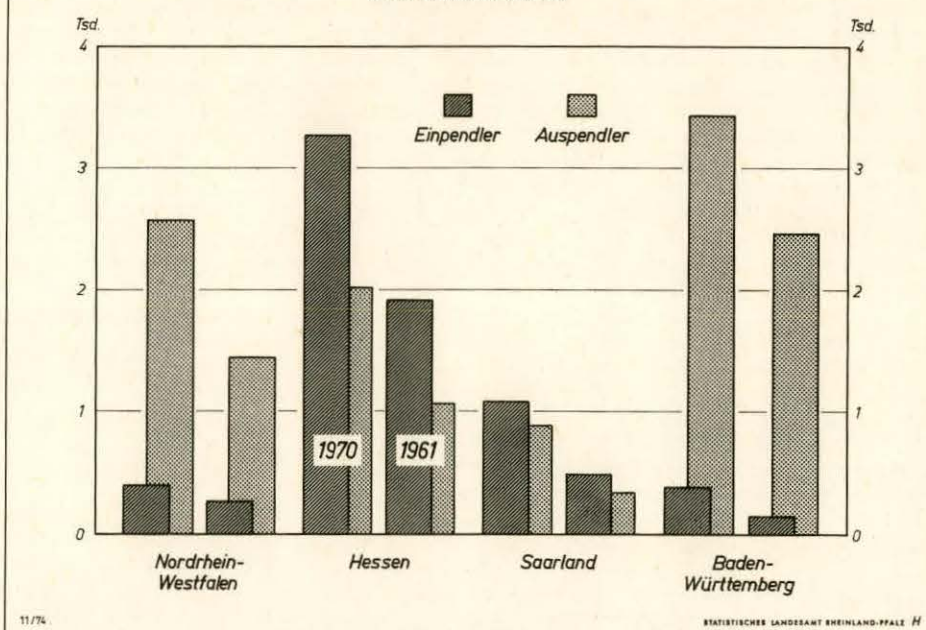
Im Vergleich zu 1961 ist die Zahl der Ausbildungs-Tagespendler erheblich gestiegen: die der

Auspendler um 69% und die der Einpendler um 84%. Von den aus Rheinland-Pfalz auspendelnden Schülern und Studenten gehen 3 400 in Baden-Württemberg, 2 600 in Nordrhein-Westfalen, 2 000 in Hessen, 878 im Saarland und 44 in Frankreich, Belgien oder Luxemburg ihrer Ausbildung nach.

Der Strom der Ausbildungspendler nach Baden-Württemberg konzentriert sich nahezu ausschließlich (zu 99%) auf die von der Vorder- und Südpfalz aus leicht erreichbaren Universitätsorte Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe. Drei von vier dieser Schüler und Studenten gehen nach Mannheim, jeder achte nach Karlsruhe und jeder zehnte nach dem etwas entfernten Heidelberg. Die Pendelwanderung der Schüler und Studenten nach Nordrhein-Westfalen ist nicht so ausschließlich auf Universitätsstädte als Zielorte gerichtet. Für die meisten liegt der Ausbildungsort in den Landkreisen Siegen und Rhein-Sieg (zu nahezu 50%). Der Landkreis Siegen beherbergt in Gummersbach Abteilungen der Gesamthochschule Siegen-Gummersbach. Die Universitätsstädte Bonn und Köln sind für 46,6% der Studierenden das täglich angesteuerte Ziel, wobei Bonn stark dominiert.

Aus den Zielen der nach Hessen auspendelnden Schüler und Studenten muß man folgern, daß die Zusammensetzung des Personenkreises hier eine völlig andere ist als bei den in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ihrer Ausbildung nachgehenden Tagespendlern; denn es dominieren offensichtlich nicht die Studenten, sondern die Real-schüler, Gymnasiasten oder Schüler weiterführender berufsbildender Schulen, die zu 47% eine Ausbildungsstätte im Landkreis Limburg und zu 22% eine Schule in Wiesbaden besuchen. Allerdings ist Wiesbaden auch Sitz einer Fachhochschule. Von den nach Hessen orientierten Ausbildungspendlern fährt nur jeder zehnte täglich von Rheinland-Pfalz aus

Ausbildungspendler über die Landesgrenze 1970 und 1961



in die Universitätsstädte Frankfurt und Darmstadt. Bildungseinrichtungen in den angrenzenden Landkreisen Bergstraße und Rheingau-Kreis nehmen weitere 11% der Ausbildungspendler auf.

Von 10 im Saargebiet eine Schule oder Hochschule besuchenden Tagespendlern gehen 9 nach Homburg, wo die medizinische Hochschule der Universität Saarbrücken ihren Sitz hat, oder in die Universitätsstadt Saarbrücken selbst.

Die Bilanz der Tagespendler über die Landesgrenze weist hinsichtlich der Schüler und Studierenden ebenso einen Negativsaldo auf wie hinsichtlich der Erwerbstätigen. 3 820 Schüler und Studenten aus Rheinland-Pfalz pendeln auf ihrem täglichen Weg zur Ausbildungsstätte mehr über die Landesgrenze als von anderen Bundesländern oder dem Ausland zu einer in Rheinland-Pfalz gelegenen Schule oder Hochschule kommen. Aber ein Pendlerdefizit beim Austausch von Ausbildungspendlern errechnet sich nur gegenüber Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Gegenüber Hessen ergibt sich ein positiver Saldo von 1 254, und gegenüber dem Saargebiet ein solcher von 187 Schülern und Studenten.

Dr. G. Nellessen-Schumacher

Auftragseingänge 1972 und Auftragsbestände 1973 im Bauhauptgewerbe

Auftragserfassung steigert Aussagewert der amtlichen Baustatistik

Da das Baugewerbe fast ein Zehntel aller in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten tätigen Personen auf sich vereinigt und mit einem ähnlich hohen Anteil zum Sozialprodukt beiträgt, kommt hier der Darbietung zuverlässiger und aussagefähiger Konjunk-

turindikatoren eine besondere Bedeutung zu. Unter Zugrundelegung der positiven Erfahrungen bei den schon zu einem früheren Zeitpunkt eingeführten laufenden Erhebungen über Auftragswerte in der Industrie, wurde zu Beginn des Jahres 1971 auch für das Bauhauptgewerbe eine bundeseinheitliche Auftragsstatistik eingeführt. Zuvor hatten mehrere Statistische

Landesämter, darunter Rheinland-Pfalz seit nahezu zwei Jahrzehnten, auf freiwilliger Basis vierteljährlich Informationen über den Auftragsbestand innerhalb des Bausektors beschafft.

Die seit 1. Januar 1971 erfolgende bundeseinheitliche Erfassung von Angaben über die Auftragshöhen, welche den Aussagewert der traditionellen amtlichen Statistik im Bauhauptgewerbe, das heißt der monatlichen Berichterstattung und der jährlichen Total- und Unternehmenserhebung sowie der gleichermaßen im Monatsrhythmus abgewickelten Bautätigkeits- bzw. -genehmigungsstatistik, wesentlich bereichern, ist rechtlich durch die Verordnungen über die Durchführung von Statistiken über den Auftragseingang und -bestand im Bauhauptgewerbe (jeweils vom 18. Dezember 1970; Bundesanzeiger Nr. 240 vom 24. 12. 1970) abgedeckt. Hiernach werden für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten einschließlich der Arbeitsgemeinschaften im Bauhauptgewerbe die Auftragseingänge monatlich und die Auftragsbestände am Ende der Kalendervierteljahre erfragt, wobei die Höhe der Auftragseingänge den derzeitigen Beanspruchungsgrad der Baukapazität transparent werden läßt, während der Wert der Auftragsbestände eine entsprechende Prognose hinsichtlich der mittel- und längerfristig zu erwartenden Auslastung der Kapazitäten ermöglichen soll. Im Rahmen einer solchen Auswertung der bauhauptgewerblichen Auftragsbestandsstatistik kommt der Berechnung von Reichweiten, welche dem Quotienten aus Auftragsbestand und Kapazität entsprechen, ein besonders hoher Erkenntniswert zu. Da jedoch die Kapazität des Bauhauptgewerbes nicht numerisch exakt zu umreißen ist, wird als Hilfsgröße der Umsatz herangezogen, wobei gewisse Beeinträchtigungen des Aussagewertes nicht übersehen werden dürfen. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß die an den bezeichneten Vierteljahresenden zu erfassenden Auftragsbestandswerte Stichtagsgrößen darstellen, die damit zwar den augenblicklichen Stand des im Erfassungszeitpunkt vorhandenen Auftragsbestandsvolumens widerspiegeln, andererseits aber nur beschränkt Rückschlüsse hinsichtlich des tatsächlichen zeitraummäßigen Abbauverlaufs einer bestimmten anfänglichen Auftragshöhe zulassen, da Neuzugänge und Restbestände jeweils saldiert erscheinen und auch die Einbeziehung des Umsatzes keine Fortschreibung ermöglicht. Infolgedessen wird die Auftragsbestandsstatistik beispielsweise für ein und dasselbe Bau-

vorhaben zwangsläufig zu abweichenden Ergebnissen führen, wenn dessen Abwicklung in unterschiedlichen Zeiträumen oder statt in der Form einer einzigen Vergabe in der Aufteilung nach Baulosen erfolgt.

Als Auftragseingänge gelten sämtliche im abgelaufenen Kalendermonat eingegangenen und von den Betrieben akzeptierten Bauaufträge, während als Auftragsbestände die Summen der Werte aller vorliegenden, akzeptierten und noch nicht ausgeführten Bauaufträge bzw. -auftragsteile anzugeben sind. Zur Vermeidung von Doppelerfassungen dürfen die Auftragswerte grundsätzlich nur von den Unternehmen bzw. Betrieben gemeldet werden, durch welche der Bauauftrag unmittelbar ausgeführt wird, woraus folgt, daß Aufträge oder Teile davon, die von dem ursprünglich akzeptierenden Bauträger an andere Firmen oder Argen als Unteraufträge abgetreten oder weitergegeben werden, nicht in dessen eigener Meldung enthalten sind. Bei der Ermittlung der Auftragsbestände ist für bereits im Bau befindliche Projekte von dem anfänglichen Gesamtvolumen stets ein solcher Auftragsanteil abzusetzen, wie dies dem Grade des Baufortschritts entspricht.

Nach der bundeseinheitlichen Erfassungs- und Aufbereitungskonzeption werden die Auftragseingangs- und -bestandsdaten fachlich sowohl nach Bauarten als auch nach Auftraggebern differenziert dargestellt, wobei allerdings die Gliederungstiefe nach Bauarten erheblich verkürzt ist. In regionaler Sicht werden Auftragseingänge nach Bundesländern, Auftragsbestände bis zu kreisfreien Städten und Landkreisen erfaßt, wobei für die gebietsmäßige Zuordnung die Lage der Baustelle ausschlaggebend ist. Bei dieser Konzeption können Auftragseingänge und -bestände sowohl nach dem Sitz des bauausführenden Betriebes als auch der Lage der Baustellen dargestellt werden. Diese Ergebnisdifferenzierung setzt einen Länderaustausch der Resultate voraus.

Berichtskreis deckt drei Viertel des Beschäftigtenvolumens

Im Gegensatz zu den Vorjahren war 1972 ein nur relativ gemäßigter Wachstumsprozeß zu beobachten, wobei sich diese Tendenz 1973 noch verstärkt fortsetzte. Trotz weitgehender Stagnation von Beschäftigung und Arbeitsleistung vermochte das heimische Bauhauptgewerbe 1972 dennoch wiederum

Auftragseingang des Bauhauptgewerbes nach Bauarten 1971 und 1972
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Art der Bauten Auftraggeber	1971		1972		Veränderung	
	insgesamt	Arbeits- gemein- schaften	insgesamt	Arbeits- gemein- schaften	insgesamt	Arbeits- gemein- schaften
	1 000 DM				%	
Hochbau	1 361 047	56 514	1 586 466	61 941	16,6	9,6
Wohnungsbau	636 752	4 532	729 034	42 884	14,5	846,2
Gewerblicher und industrieller sowie landwirtschaftlicher Bau	398 098	14 634	551 968	10 204	38,7	- 30,3
Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter und öffentliche Auftraggeber	305 974	36 690	275 354	5 433	- 10,0	- 85,2
Tiefbau	1 084 518	99 257	1 227 727	122 658	13,2	23,6
Straßenbau	464 130	31 643	626 970	48 095	35,1	52,0
Gewerblicher und industrieller sowie landwirtschaftlicher Bau	151 645	560	150 354	4 036	- 0,9	620,7
Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter und öffentliche Auftraggeber	424 031	66 947	405 802	70 517	- 4,3	5,3
Insgesamt	2 445 565	155 771	2 814 193	184 599	15,1	18,5

Auftragsbestand des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes nach Lage der Baustellen 1972 und 1973

Länder Verwaltungsbezirke	1972				1973			
	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12. ^P
	1 000 DM							
Insgesamt								
Einschl. Berücksichtigung der Antwortausfälle	1 501 629	1 408 733	1 372 870	1 385 307	1 599 413	1 822 829	1 427 779	1 498 497
Ohne Berücksichtigung der Antwortausfälle	1 501 629	1 408 733	1 372 870	1 385 307	1 599 413	1 714 938	1 226 305	1 296 585
Repräsentationsgrad (in %)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	94,1	85,9	86,5
Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin	8 843	4 507	3 011	3 477	2 763	2 983	1 286	1 762
Niedersachsen	2 471	4 272	2 613	15 687	12 163	6 199	4 008	3 764
Nordrhein-Westfalen	46 492	49 818	43 785	58 849	51 048	51 592	33 524	38 546
Hessen	110 207	88 962	104 192	79 610	69 522	81 965	50 328	55 921
Baden-Württemberg	67 828	79 213	41 189	49 377	118 082	85 878	52 676	39 552
Bayern	8 313	12 595	7 796	16 129	16 092	11 800	6 150	5 244
Saarland	14 758	16 191	15 416	14 598	10 698	18 364	6 609	7 203
I n s g e s a m t	258 912	255 558	218 002	237 727	280 368	258 781	154 581	151 992
Rheinland-Pfalz	1 242 717	1 153 175	1 154 868	1 147 580	1 319 045	1 456 157	1 071 724	1 144 593
Kreisfreie Stadt Koblenz	103 576	91 290	105 912	111 784	91 846	65 192	42 503	51 847
Landkreise								
Ahrweiler	54 199	53 962	32 748	41 139	111 251	95 057	22 515	45 412
Altenkirchen (Ww.)	9 306	11 380	17 379	8 691	13 392	18 378	10 632	12 690
Bad Kreuznach	25 863	35 788	29 409	30 304	43 275	65 202	24 588	21 234
Birkenfeld	19 493	22 743	15 526	19 281	19 659	19 682	15 716	8 486
Cochem-Zell	28 881	24 506	23 018	14 230	14 292	12 027	15 944	21 574
Mayen-Koblenz	107 112	103 221	68 663	105 350	90 591	248 176	194 996	222 119
Neuwied	32 720	40 868	42 799	39 808	41 384	40 908	26 545	32 056
Oberwesterwaldkreis	7 013	10 279	10 806	10 326	8 679	14 625	8 197	8 532
Rhein-Hunsrück-Kreis	60 784	54 301	37 587	19 529	30 303	30 809	15 753	11 914
Rhein-Lahn-Kreis	26 544	25 206	31 910	42 214	43 114	37 100	34 549	24 142
Unterwesterwaldkreis	17 572	22 986	29 149	36 560	35 535	32 906	27 212	16 678
Reg. Bez. Koblenz	493 063	496 530	444 906	479 216	543 321	680 062	439 150	476 684
Kreisfreie Stadt Trier	27 569	40 839	57 768	41 570	60 154	56 510	49 876	31 942
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	34 193	27 074	34 027	25 020	29 215	21 199	14 777	19 910
Bitburg-Prüm	28 368	27 989	26 048	19 470	28 080	25 959	16 478	15 097
Daun	4 588	7 801	10 275	6 165	12 620	10 077	8 341	7 083
Trier-Saarburg	27 725	29 663	29 478	40 187	31 746	39 592	43 961	55 825
Reg. Bez. Trier	122 443	133 366	157 596	132 412	161 815	153 337	133 433	129 857
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	25 640	17 833	11 870	12 335	15 557	17 337	11 034	11 056
Kaiserslautern	93 500	59 325	46 030	52 643	90 710	72 814	54 587	68 524
Landau i. d. Pfalz	12 400	14 315	11 228	16 591	13 234	14 315	11 879	7 352
Ludwigshafen a. Rhein	123 570	98 026	76 564	77 358	77 893	106 126	73 461	84 373
Mainz	91 458	81 219	94 891	85 248	102 387	108 124	105 005	129 576
Neustadt a. d. Weinstr.	13 130	13 447	26 120	14 051	25 450	28 587	12 186	10 783
Pirmasens	25 031	38 743	20 078	18 979	28 461	19 999	18 633	22 249
Speyer	15 967	13 449	11 120	12 982	30 858	21 906	18 916	11 885
Worms	15 733	19 318	48 580	48 337	42 033	36 147	32 259	26 727
Zweibrücken	8 577	11 804	9 447	9 534	14 787	11 827	7 714	8 901
Landkreise								
Alzey-Worms	14 119	13 565	15 058	13 404	21 258	28 161	42 728	35 894
Bad Dürkheim	23 402	22 692	17 183	17 631	20 005	23 748	14 165	14 352
Donnersbergkreis	11 996	13 596	13 739	7 634	6 659	6 802	6 650	8 977
Germersheim	51 396	14 886	28 996	24 864	17 144	17 151	8 540	14 560
Kaiserslautern	5 698	13 634	18 599	30 785	6 131	19 965	3 403	15 421
Kusel	14 479	5 834	6 829	4 854	10 031	8 858	13 522	9 454
Landau-Bad Bergzabern	14 777	12 464	12 003	6 375	11 288	16 957	12 380	9 934
Ludwigshafen	12 121	13 978	11 361	5 724	14 518	8 774	2 688	1 973
Mainz-Bingen	48 658	41 843	55 684	65 437	60 313	47 884	38 102	42 677
Pirmasens	5 559	3 308	16 986	11 186	5 192	7 274	11 289	3 384
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	627 211	523 279	552 366	535 952	613 909	622 758	499 141	538 052
Kammerbezirk Rheinhessen	169 968	155 945	214 213	212 426	225 991	220 316	218 094	234 874
Kammerbezirk Pfalz	457 243	367 334	338 153	323 526	387 918	402 442	281 047	303 178
Kreisfreie Städte	556 151	499 608	519 608	501 412	593 370	558 884	438 053	465 215
Landkreise	686 566	653 567	635 260	646 168	725 675	897 273	633 671	679 378

1) Ohne Bestände der Firmen mit Betriebssitz außerhalb von Rheinland-Pfalz.

Auftragseingang des Bauhauptgewerbes nach Betriebssitz und Lage der
(Betriebe mit 20 und mehr

Lfd. Nr.	Baustelle. Betriebssitz	Ins- gesamt	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
		1 000 DM						
1	Schleswig-Holstein	2 188 164	2 042 243	103 135	39 505	484	2 238	-
2	Hamburg	1 863 051	250 810	1 474 752	103 243	14 892	7 930	642
3	Niedersachsen	4 191 972	14 974	27 539	3 902 882	56 262	160 908	15 996
4	Bremen	970 086	19 126	6 852	310 630	612 342	9 440	11 398
5	Nordrhein-Westfalen	11 002 175	7 445	11 912	71 944	6 500	10 718 587	45 285
6	Hessen	4 315 186	4 774	724	41 876	1 041	177 936	3 825 917
7	Rheinland-Pfalz	2 814 193	1 769	4 546	21 410	1 588	86 687	190 637
8	Baden-Württemberg	9 152 489	84	595	2 784	156	14 735	96 465
9	Bayern	10 464 187	153	2 112	13 060	858	33 741	57 454
10	Saarland	789 052	83	-	-	-	5 854	22 165
11	Berlin (West)	1 226 549	-	824	400	98	556	4 495
12	Insgesamt	48 977 104	2 341 461	1 632 991	4 507 734	694 221	11 218 612	4 270 454

Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes nach Bauarten, Betriebssitz
(Betriebe mit 20 und mehr

Lfd. Nr.	Art der Bauten Auftraggeber	Ins- gesamt	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
		1 000 DM						
1	Hochbau	20 707 770	1 006 476	1 352 992	1 762 045	443 083	5 361 533	2 022 029
2	Wohnungsbau	10 558 398	610 452	620 137	914 860	177 236	2 992 300	642 307
3	Gewerblicher und industrieller sowie landwirtschaftlicher Bau	5 808 128	220 349	462 079	452 987	184 108	1 348 112	972 417
4	Gebietskörperschaften, Orga- nisationen ohne Erwerbs- charakter und öffentliche Auftraggeber	3 976 803	159 075	260 854	372 402	74 996	959 394	310 036
5	Tiefbau	9 546 012	347 987	385 953	924 921	176 791	1 851 670	1 071 741
6	Straßenbau	3 694 568	141 174	63 186	368 141	44 464	828 705	358 737
7	Gewerblicher und industrieller sowie landwirtschaftlicher Bau	1 047 747	42 849	92 975	95 454	47 946	188 237	52 539
8	Gebietskörperschaften, Orga- nisationen ohne Erwerbs- charakter und öffentliche Auftraggeber	4 090 222	145 298	189 431	412 943	77 484	712 086	401 487
9	Insgesamt	30 253 722	1 354 463	1 738 945	2 686 966	619 874	7 213 203	3 093 770

Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes am
(Betriebe mit 20 und mehr

Lfd. Nr.	Art der Bauten Auftraggeber	30. 6. 1973						30. 9.			
		insgesamt				Arbeits- gemein- schaften	insgesamt				
		mit		ohne			mit		ohne		
		Arbeitsgemeinschaften					Arbeitsgemeinschaften				
		1 000 DM	%	1 000 DM	%		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM
1	Hochbau	880 435	48,3	793 472	49,0	86 963	42,8	614 984	43,1	564 590	43,4
2	Wohnungsbau	404 244	22,2	362 907	22,4	41 337	20,3	257 662	18,0	225 692	17,3
3	Gewerblicher und industrieller sowie landwirtschaftlicher Bau	256 213	14,1	232 896	14,4	23 317	11,5	185 030	13,0	177 855	13,7
4	Gebietskörperschaften, Orga- nisationen ohne Erwerbs- charakter und öffentliche Auftraggeber	210 061	11,5	187 807	11,6	22 254	11,0	156 089	10,9	144 840	11,1
5	Tiefbau	942 394	51,7	826 131	51,9	116 263	57,2	812 795	56,9	737 654	56,6
6	Straßenbau	285 935	15,7	263 323	16,2	22 612	11,1	233 959	16,4	233 541	17,9
7	Gewerblicher und industrieller sowie landwirtschaftlicher Bau	243 135	13,3	218 279	13,5	24 856	12,2	280 553	19,6	251 099	19,3
8	Gebietskörperschaften, Orga- nisationen ohne Erwerbs- charakter und öffentliche Auftraggeber	391 748	21,5	323 253	20,0	68 495	33,7	277 913	19,5	232 846	17,9
9	Insgesamt	1 822 829	100,0	1 619 603	100,0	203 226	100,0	1 427 779	100,0	1 302 244	100,0

Baustellen nach Bundesländern 1972
(Beschäftigten)

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
23	75	461	-	-	1
2 379	1 326	3 851	70	3 156	2
2 888	3 471	4 305	408	2 339	3
176	-	122	-	-	4
58 876	26 717	44 579	1 961	8 369	5
152 713	46 433	60 538	3 182	52	6
2 302 547	142 593	37 510	23 624	1 282	7
120 476	8 748 305	163 350	5 510	29	8
66 294	83 406	10 196 306	2 169	8 634	9
70 739	8 113	2 659	679 251	188	10
-	2	154	-	1 220 020	11
2 777 111	9 060 441	10 513 835	716 175	1 244 069	12

und Bundesländern am 30.6.1973
(Beschäftigten)

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
880 435	3 103 142	3 819 785	207 306	748 944	1
404 244	1 572 289	1 996 339	89 971	538 263	2
256 213	796 916	937 643	73 461	103 843	3
210 061	674 822	816 245	42 951	95 967	4
942 394	1 565 182	1 893 031	212 240	174 102	5
285 935	740 250	709 012	104 390	50 574	6
243 135	101 150	154 679	9 850	18 933	7
391 748	622 900	948 783	88 547	99 515	8
1 822 829	4 668 324	5 712 816	419 546	923 046	9

30.6. und 30.9.1973
(Beschäftigten)

1973		Veränderung			Lfd. Nr.
Arbeits- gemein- schaften		insgesamt		Arbeits- gemein- schaften	
		mit	ohne		
		Arbeitsgemeinschaften			
1 000 DM		%			
50 394	40,1	- 30,1	- 28,8	- 42,1	1
31 970	25,5	- 36,3	- 37,8	- 22,7	2
7 175	5,7	- 27,8	- 23,6	- 69,2	3
11 249	8,9	- 25,7	- 22,9	- 49,5	4
75 141	59,9	- 13,8	- 10,7	- 35,4	5
418	0,3	- 18,2	- 11,3	- 98,2	6
29 454	23,5	15,4	15,0	18,5	7
45 067	35,9	- 29,1	- 28,0	- 34,2	8
125 535	100,0	- 21,7	- 19,6	- 38,2	9

merkliche Produktivitätserfolge zu erzielen, was in erster Linie auf die ständig fortschreitende Technisierung und Rationalisierung zurückzuführen sein dürfte. Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe beschäftigte 1972 etwa 89 420 Personen, die 160 Mill. Arbeitsstunden leisteten und einen Umsatz von annähernd 4,0 Mrd. DM erbrachten, woraus sich im Vergleich zu 1971 relativ geringe Zunahmen um + 0,2 sowie + 0,7 und + 2,0% errechnen. Der entsprechende Produktionsindex expandierte mit + 5,7% wesentlich spürbarer. Auf Bundesebene beliefen sich die Veränderungsquoten auf - 0,7 und - 1,2 sowie + 10,5 und + 7,6%. Im Jahre 1972 entfiel von insgesamt 4 485 Betrieben des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes ein reichliches Viertel (1 251 Betriebe) auf die der Berichtspflicht zur Auftragsstatistik unterliegende Größenklasse mit 20 und mehr Beschäftigten, welche in dessen etwa drei Viertel der Beschäftigten, der geleisteten Arbeitsstunden, der Löhne und Gehälter sowie des Umsatzes auf sich vereinigen konnte.

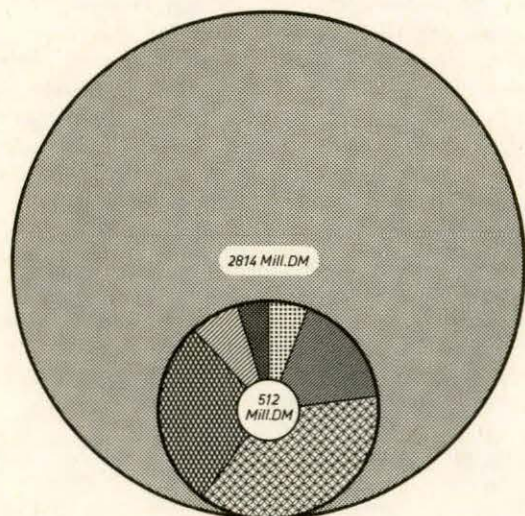
2,8 Mrd. DM Auftragseingänge

Während es sich bei den Ergebnissen der Auftragsbestandsstatistik im Bauhauptgewerbe um vierteljährliche Stichtags- bzw. Momentaufnahmen handelt, stellt die monatliche Auftragseingangserhebung eine periodische Zeitraumerfassung dar, wodurch sich die jeweiligen Jahreswerte durch Addition der Monatsresultate ermitteln lassen. Im Jahre 1972 wurde für alle Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten und Sitz in Rheinland-Pfalz ein Auftragseingangsvolumen von über 2,8 Mrd. DM festgestellt; im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich hierbei eine Steigerung um 15,1%. Von dem Gesamtbetrag des Berichtsjahres entfielen knapp 185 Mill. DM auf Arbeitsgemeinschaften, woraus sich für diese Organisations- bzw. Vergabeform ein Anteil von 6,6% an der Auftragseingangssumme des Landes errechnet, welcher demjenigen von 1971 mit 6,4% (rund 156 Mill. DM) sehr nahe kommt. Nach Bauarten und Auftraggebern differenziert, schwankt der Anteil der Arbeitsgemeinschaften an den jeweiligen Auftragseingangswerten beträchtlich. Wiederum auf 1972 bezogen, wurden hier beispielsweise relativ hohe Sätze für den Straßen- (7,7%) und den Wohnungsbau (5,9%) registriert, während andere Positionen teils sichtlich geringere Quoten auszuweisen hatten (gewerblicher und industrieller sowie landwirtschaftlicher Hoch- und Tiefbau 2,0%).

Da gerade der Bausektor durch eine relativ stark ausgeprägte regionale Verflechtung der einzelnen Unternehmen und Betriebe gekennzeichnet ist, vermag eine entsprechende Darstellung der jeweils länderweise aufgeschlüsselten Auftragseingangsergebnisse wichtige Erkenntnisse zu vermitteln. Aus dieser Synopsis für das Bundesgebiet im Jahre 1972 wird ersichtlich, daß von dem seitens aller rheinland-pfälzischen Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten registrierten Auftragseingangsvolumen im Werte von rund 2,8 Mrd. DM ein Anteil von reichlich vier Fünftel für Baustellen innerhalb unseres Bundeslandes be-

Auftragseingang des Bauhauptgewerbes nach Bundesländern 1972

(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)



Rheinland-Pfalz

Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Berlin (West)

Nordrhein-Westfalen

Hessen

Baden-Württemberg

Bayern

Saarland

stimmt war, während sich das restliche knappe Fünftel zum größten Teil auf Projekte in den Nachbarländern Hessen und Baden-Württemberg erstreckte. Bei der Differenzierung des gesamten auf rheinland-pfälzische Baustellen entfallenden Auftragseingangswertes, welcher sich im Bezugsjahr auf einen fast gleich hohen Betrag von annähernd 2,8 Mrd. DM belief, nach den jeweiligen Betriebsitzländern, beträgt der Anteil für die innerhalb der hiesigen Landesgrenzen beheimateten Betriebe rund 83%, wobei auch hier die Restgröße, das heißt die durch Firmen außerhalb unseres Landes verzeichneten Auftragseingänge, überwiegend die angrenzenden Länder Hessen und Baden-Württemberg betrifft. Auch für alle übrigen Bundesländer können im großen und ganzen ähnliche Relationen beobachtet werden, wobei die für die einzelnen Vorhaben erfaßten Auftragseingangswerte stets zum weitaus größten Teil auf jeweils dort ansässige Betriebe entfielen. Die Anteile an den dort jeweils erfaßten Projektsummen, die durch Betriebe mit Sitz im gleichen Land abgewickelt wurden, variierten zwischen 98% bei Berlin (West) und 88% bei Schleswig-Holstein, womit Rheinland-Pfalz mit rund 83% die niedrigste Quote ausweist. Für das Jahr 1971 läßt sich eine weitgehend gleichgewichtige ländermäßige Verteilstruktur ablesen.

1,8 Mrd. DM Auftragsbestand Mitte 1973

Mitte 1973 wurde für die rheinland-pfälzischen Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen ein bau-

hauptgewerblicher Auftragsbestand von reichlich 1,8 Mrd. DM registriert, welcher wie die Auftrags-eingänge der Jahre 1971 und 1972 zu mehr als 80% Baustellen innerhalb des Landes betraf, während sich der restliche Betrag nahezu ausschließlich auf Projekte in den fünf Ländern Baden-Württemberg, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen beschränkte. In der Gliederung nach den beiden Hauptsektoren des Hoch- und Tiefbaues errechnen sich für das bei rheinland-pfälzischen Betrieben erfaßte Auftragsbestandsvolumen je annähernd gleiche Teile; die zum selben Zeitpunkt für alle heimischen Baustellen zu verzeichnende Auftragsbestandsgröße über rund 1,7 Mrd. DM verteilte sich auf die beiden Hauptkategorien weitgehend in gleicher Weise, das heißt zu 52,8 bzw. 47,2%.

Nach Betriebsitzländern aufgeschlüsselt, entfielen die für sämtliche rheinland-pfälzischen Vorhaben bezifferten Auftragsbestände zu 85% auf hier ansässige Betriebe, wogegen die übrigen Projekte größtenteils Betriebe mit Sitz in den vier angrenzenden Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland betrafen. Während des vierteljährlichen Intervalls vom 30. Juni bis 30. September 1973 ergab sich für den erfaßten Berichtskreis des heimischen Bauhauptgewerbes ein Rückgang des Auftragsbestands um 21,7% auf rund 1,4 Mrd. DM. Für die Auftragsbestände Ende des zweiten und dritten Vierteljahres 1973 ließen sich indessen - unter Zugrundelegung der korrespondierenden Umsatzergebnisse als Kapazitätshilfsgrößen - Reichweiten von 7,1 bzw. 5,0 Monaten bestimmen.

Relativ starke Konjunkturabhängigkeit

Da es vorrangige Aufgabe dieses Beitrags ist, den Informationswert der noch relativ jungen Auftragsstatistik im Bauhauptgewerbe der interessierten Öffentlichkeit anhand einiger Ergebnisse nach dem neuesten Stand zu verdeutlichen, erschien es angezeigt, hierbei zunächst auf eine weitere sachliche Vertiefung - etwa mit Hilfe ausführlicher Reihen von Anteils-, Dichte-, Maß- und Veränderungsrelationen - bewußt zu verzichten. Dennoch lassen die bereits hier gebrachten Resultate erkennen, daß sowohl bei den Auftragseingangs- als auch -bestandswerten, und zwar vor allem infolge ihrer vergleichsweise starken saisonalen und konjunkturellen Abhängigkeit, im Zeitvergleich nicht der relativ hohe Stetigkeitsgrad erwartet werden kann, wie dies bei anderen Eckwertreihen, wie beispielsweise insbesondere dem Beschäftigtenstand, erfahrungsgemäß der Fall ist. Mit zunehmender sektoraler und regionaler Tiefe muß hier freilich mit noch gravierenderen Diskrepanzen gerechnet werden. Dementsprechend wurde bei der Ergebnisdarbietung in der Abgrenzung nach Verwaltungsbezirken und Bundesländern von einer Hochrechnung der Antwortausfälle abgesehen. Alles in allem dürfte jedoch das Instrumentarium der Auftragseingangs- und -bestandsstatistik im Bauhauptgewerbe nunmehr einen Stand erreicht haben, der die Analyse der Baumärkte erleichtert.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 690	3 690	3 690	3 703	3 703
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 256	2 204	1 804	1 520	2 328	2 054	1 850	1 671	1 952 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	5,8	5,0	7,4	6,7	5,9	5,5 ^p	6,2 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 837	3 420	3 110	3 071	3 132	2 907	3 042	2 806	2 934 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	9,9	10,1	10,0	9,6	9,7	9,2 ^p	9,3 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 667	3 660	3 694	3 529	3 948	3 140	3 917	3 686	3 733 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	11,8	11,6	12,6	10,3	12,5	12,1 ^p	11,9 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	74	67	77	83	73	60	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	22,4	21,6	23,7	28,6	24,0	21,4	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	- 584	- 458	- 816	- 233	- 875	- 880	- 799 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	- 1,9	- 1,5	- 2,6	- 0,8	- 2,8	- 2,9 ^p	- 2,5 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	13 061	9 933	10 342	11 390	13 188
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	11 659	9 500	9 188	10 220	12 210
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	1 402	433	1 154	1 170	978
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 351	10 508	12 470	10 896	10 034	11 581	13 139
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	9,3	11,0	15,9	10,1	13,2	18,0	30,7
* Männer	1 000	6,6	7,8	4,8	5,8	10,1	5,0	6,6	9,9	20,7
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	134	215	725	130	114	189	1 837
Bauberufe	Anzahl	859	887	320	523	1 001	386	764	1 622	3 388
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	3 951	4 634	7 607	3 971	5 365	7 800	13 823
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	27 704	25 305	23 316	30 017	24 505	19 384	13 995
* Männer	Anzahl	17 617	16 842	17 876	16 382	15 151	19 982	16 483	13 118	8 829
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	398	313	274	609	473	303	161
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	2 914	2 477	2 009	2 977	2 181	1 300	530
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	12 215	11 201	10 615	14 086	11 355	8 752	5 705
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678	.	.	678	.	.	.	693 ^p
* Milchkühe	1 000	252	251	.	.	251	.	.	.	251 ^p
* Schweine	1 000	741	744	.	.	744	789	.	.	774 ^p
* Zuchtsauen	1 000	69	70	.	.	70	75	.	.	76 ^p
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	.	.	42	45	.	.	48 ^p
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	16	17	15	16	17	20	18	18
* Kälber	1 000	2	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	104	99	111	80	95	95	104
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	17	29	35	10	14	27	32
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	12,0	11,1	12,0	9,8	10,7	10,2	12,1	10,2	10,7
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	4,6	3,8	4,2	4,5	5,3	4,5	4,6
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	7,3	5,9	6,3	5,6	6,7	5,6	5,9
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	197	165	75	104	68	194	85	162	57
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	44	61	71	56	53	71	59	45	68
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	76	69	72	70	69	66	69
* an Molkeereien geliefert	%	80,8	83,1	83,7	81,7	81,4	86,4	83,9	82,1	82,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	9,7	9,1	9,2	9,4	8,9	8,8	8,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 044	3 040	3 039	2 998	2 993	2 988	2 981
* Beschäftigte	1 000	408	404	405	406	403	412	411	409	405
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	298	299	296	302	302	300	295
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	48 229 ^x	47 078 ^x	42 300	45 630	49 745	47 397	41 260
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	585	667	757	635	671	768	844
* Löhne	Mill. DM	357	384	389	432	459	410	448	494	510
* Gehälter	Mill. DM	184	207	196	235	298	225	223	274	334
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	75	79	90	69	74	87	103
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	174	175	194	185	202	196	186
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	4	4	4	3	3	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	170	171	191	182	199	193	183
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	219	236	248	189	224	240	230
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	42	46	48	29	39	43	41
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	177	190	200	160	185	197	189
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	881	877	852	906	960	922	848
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	293 ^x	316	349	279	297	309	294
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	3 080 ^x	3 044	3 066	3 144	3 501	3 362	3 227
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	704	698	796	731	873	852	910
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	246	260	244	261	262	270 ^p	249 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	257	274	261	274	278	288 ^p	271 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	258	275	261	272	274	283	265
* Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	238	252	261	332	363	386 ^p	409 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	277	283	256	298	303	297	251
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	211	199	152	219	201	180	110
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	326	335	314	348	362	359	313
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	315	368	390	330	335	375	439
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	265	324	409	248	267	296	483
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	196	209	186	199	188	204	182
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	102	105	86	104	85	88	74
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	178	182	214	222	220	200	222	230	209
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	182	183	153	189	176	174	127
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	.	103	103
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	.	.	271	245
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	.	.	284	263
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	239	276	313	161	260
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 404	1 375	1 446	1 472	1 634
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	456	468	559	519	587
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	1 169	1 164	1 180	1 101	1 290
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,6	0,4	1,3	0,1	0,1	0,2	0,2
Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	246	277	328	107	149	165	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	247	277	330	107	150	165	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	90 613	89 510	88 254	88 244	88 419	86 803	84 487
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	48 760	48 062	47 541	49 735	49 167	48 148	46 831
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 438	26 017	26 882	26 514	25 763	23 421	23 978	23 397	22 478
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	15 292	13 924	11 071	13 475	14 617	12 589	8 300
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	8 748	7 979	6 501	7 813	8 533	7 438	4 936
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	5 942	5 358	4 326	5 334	5 797	4 943	3 119
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	113	87	91	155	108	73	45
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 693	2 534	2 084	2 324	2 628	2 422	1 772
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	6 544	5 945	4 570	5 662	6 084	5 151	3 364
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 750	1 599	1 175	1 175	1 262	1 092	802
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	4 794	4 346	3 395	4 487	4 822	4 059	2 562
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	2 361	2 113	1 638	2 135	2 266	1 921	1 202
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	150	143	137	153	164	149	124
* Löhne	Mill. DM	103	118	136	128	120	138	149	132	106
* Gehälter	Mill. DM	12	13	14	15	17	15	15	17	18
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	340	332	511	450	468	420	495

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ab Mai 1973 umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere(n) Bundesländer(n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtete Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 518	1 502	715	1 238	1 291	1 010	409
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 322	1 324	616	1 135	1 193	927	365
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	2 008	1 856	1 526	1 381	1 342	1 168	526
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	315	293	240	231	223	201	91
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	359	334	229	234	222	200	94
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	288	252	149	284	302	268	119
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	1 105	1 050	852	1 194	1 073	931	512
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	136	128	91	158	180	113	79
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	202	183	153	217	198	172	98
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 997	2 742	4 478	4 164	3 144	2 733	2 533	2 413	1 386
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	122	124	.	124	.	.	.	133	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	.	192	.	.	.	203	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	.	196	.	.	.	211	.
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	.	201	.	.	.	215	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	.	178	.	.	.	193	.
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	.	185	.	.	.	200	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	.	138	.	.	.	154	.
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	.	203	.	.	.	227	.
Deckenputz	1962 = 100	174	191	.	196	.	.	.	219	.
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	.	210	.	.	.	235	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	.	174	.	.	.	192	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	170	182	.	189	.	.	.	206	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	807,9	797,6	836,4	854,8	1000,3	964,7	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	35,2	32,9	25,4	46,3	63,9	49,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	772,7	764,3	811,0	808,4	936,4	914,2	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	9,2	11,1	10,1	11,5	12,8	12,8	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	42,1	38,7	35,0	36,5	58,1	46,9	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	721,5	714,8	765,8	760,4	865,5	855,3	...
* Vorserzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	254,8	253,4	250,4	289,9	319,1	308,4	...
* Endferzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	466,7	461,4	515,4	470,5	536,3	546,8	...
Nach ausgewählten Verbrauchs-ländern										
EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	391,8	388,2	386,9	395,8	487,3	460,3	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	140,7	140,1	137,2	125,1	151,4	156,5	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	60,5	50,9	54,0	60,1	69,1	64,1	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	61,5	57,1	55,0	61,7	87,9	79,1	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	70,5	72,9	73,6	76,9	95,3	85,8	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	40,3	48,4	47,6	48,9	59,4	47,6	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,9	1,9	2,2	2,2	2,3	3,0	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	15,9	16,9	17,3	20,9	21,9	24,2	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	38,6	41,5	42,0	35,4	41,5	34,7	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	46,0	51,7	46,2	43,2	52,5	49,8	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	56,5	50,3	50,6	60,5	58,2	56,5	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	107,8	108,2	133,1	122,6	145,8	169,5	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	34,8	39,0	41,3	48,0	46,3	40,9	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	485,1	502,7	458,7	488,6	594,9	606,9	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	85,1	97,5	102,6	91,4	93,9	112,2	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	400,0	405,2	356,1	397,2	501,0	494,6	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	103	105	106	106	107	108	108	108	110
* Umsatz	1970 = 100	112	122	130	135	169	125	143	150	180
Waren verschiedener Art	1970 = 100	112	119	121	139	189	116	138	160	217
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	113	124	129	132	155	134	145	146	170
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	1970 = 100	112	122	147	151	184	109	159	160	200
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	118	131	150	160	210	135	151	175	203
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse	1970 = 100	112	124	120	152	302	117	129	183	312
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1970 = 100	109	115	120	109	101	109	109	92	70

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	104	94	91	106	102	94	91
Teilbeschäftigte	1970 = 100	108	117	125	106	103	126	116	110	104
* Umsatz	1970 = 100	107	112	128	93	99	144	129	96	101
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	107	113	140	80	84	168	140	83	83
Gaststättengewerbe	1970 = 100	106	109	118	103	110	127	121	105	113
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	342	146	110	420	373	154	...
* Auslandsgäste	1 000	56	54	42	17	14	75	44	15	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	1 154	523	443	1 530	1 211	568	...
* Auslandsgäste	1 000	131	134	98	40	34	172	98	38	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	2 578	2 906	2 986	2 986	3 458	2 934	2 537
* Gütereingang	1 000 t	1 547	1 555	1 373	1 479	1 660	1 634	1 912	1 585	1 505
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 205	1 427	1 326	1 352	1 546	1 349	1 032
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	4 489	3 586	3 104	4 125	3 974	3 517	2 872
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	1 788	2 376	2 613	2 658	2 849	2 634	2 433
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	42	66	82	63	68	71	81
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	5 205	4 127	3 688	4 558	4 749	4 078	3 514
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	783	1 010	1 188	1 291	1 431	1 148	1 156
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	38	62	77	62	66	67	76
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	12 289	9 984	8 214	9 045	9 889	7 621	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	73	45	56	139	88	41	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	10 946	8 890	7 343	8 068	8 802	6 826	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	691	590	454	438	533	437	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	524	364	320	333	387	260	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	317	243	238	306	320	215	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	31 603	31 470	31 308	29 701	36 003	32 204	34 948
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	26 971	26 695	26 656	23 599	30 161	25 836	29 728
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	4 070	4 420	4 358	5 369	5 294	5 974	4 885
Berufsverkehr	1 000	844	900	980	892	959	1 065	1 129	1 055	938
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	562	355	294	733	548	394	335
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	113	69	66	152	112	67	77
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	2	0	2	4	2	1	1
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	447	286	226	577	434	326	257
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	13 023	11 571	10 862	16 186	13 908	12 536	11 211
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		7 235	7 595	8 232	7 972	7 481	7 337	7 876	6 720	6 637
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 825	1 912	2 024	1 692	1 807	2 039	1 919	1 482	1 309
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 410	5 683	6 208	6 280	5 674	5 298	5 957	5 238	5 328
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 876	4 957	4 299	4 132	4 633	4 083	4 232
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 017	1 213	1 332	1 323	1 375	1 166	1 324	1 155	1 096
* Getötete Personen	Anzahl	103	101	130	96	102	110	98	73	62
Pkw - Insassen	Anzahl	55	56	71	50	52	64	44	26	30
Fußgänger	Anzahl	28	24	32	28	32	19	31	24	24
* Verletzte Personen	Anzahl	2 639	2 759	2 930	2 356	2 520	2 862	2 696	2 096	1 786
Pkw - Insassen	Anzahl	1 769	1 859	1 906	1 628	1 832	1 714	1 699	1 363	1 158
Fußgänger	Anzahl	319	331	385	309	325	331	362	290	280
Schwerverletzte	Anzahl	913	946	951	779	931	966	871	752	563
Pkw - Insassen	Anzahl	552	587	538	453	623	529	469	445	336
Fußgänger	Anzahl	162	169	190	174	170	155	191	148	120
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	44 666	43 224	56 912	40 260	50 184	45 926	45 305
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	1 218	1 217	1 801	1 008	1 256	1 170	1 754
Telegramme	1 000	51	40	39	33	37	36	39	21	32
Postcheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1114 334	1229 259	1214 021	1153 499	1346 493	1314 934	1293 905
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1111 820	1180 855	1217 345	1120 693	1366 941	1306 045	1300 031
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	22 420	18 535	22 518	20 459	24 111	19 920	20 724
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	26 822	23 446	30 850	30 337	36 002	30 556	34 686
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer ¹⁾										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 095	1 097	1 099	1 111	1 112	1 114	1 115
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	979	981	984	998	998	1 000	1 001

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember		
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen 1)											
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	22 898	26 531	25 520	26 015	26 531	28 962	29 054	29 400	29 977	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	22 590	26 265	25 242	25 746	26 265	28 796	28 891	29 234	29 811	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 658	6 552	6 168	6 325	6 552	7 343	7 298	7 351	7 607	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 479	6 407	6 020	6 189	6 407	7 111	7 068	7 184	7 430	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	179	146	147	136	146	231	230	167	176	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 906	3 365	3 206	3 258	3 365	3 506	3 461	3 422	3 395	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 670	2 996	2 873	2 904	2 996	3 075	3 041	3 014	2 999	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	236	369	332	354	369	431	420	408	395	
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	14 026	16 348	15 869	16 163	16 348	17 947	18 132	18 461	18 810	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 862	12 539	12 204	12 371	12 539	13 671	13 792	13 899	14 121	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 164	3 810	3 664	3 792	3 810	4 276	4 340	4 562	4 689	
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	20 581	23 587	22 486	23 075	23 587	24 951	25 169	25 593	26 828	
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 125	8 355	7 919	8 388	8 355	9 838	10 004	10 366	10 561	
* von Unternehmen u. Privatspers.	Mill. DM	5 963	6 968	6 541	6 931	6 968	8 223	8 468	8 688	8 817	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 162	1 388	1 377	1 458	1 388	1 615	1 536	1 678	1 744	
* Spareinlagen	Mill. DM	12 013	13 742	13 093	13 205	13 742	13 577	13 620	13 676	14 711	
* bei Sparkassen	Mill. DM	7 502	8 479	8 064	8 130	8 479	8 387	8 386	8 407	8 861	
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	678	757	684	663	1 392	597	746	700	1 530	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	557	617	571	550	856	625	705	643	800	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse 4)	Anzahl	16	17	17	17	16	26	34	25	34	
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	3 324	2 992	1 478	17 599	59 121	8 642	39 705	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	2	1	4	-	1	1	2	
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 578	1 536	1 622	1 424	1 539	1 522	1 927	1 948	1 949	
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	4 658	4 219	3 790	5 570	7 099	5 920	7 093	
Steuern											
Steueraufkommen nach Steuerarten											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	462 651	517 304	818 112	736 163	498 727	710 076	976 022	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	241 467	340 513	612 282	577 888	300 372	527 919	770 101	
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	179 517	207 791	197 548	297 940	263 806	224 822	240 096	414 327	377 407	
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	-	99 263	-	-	-	156 576	-	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	34 454	21 725	258 526	255 808	44 442	29 506	282 608	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	2 181	1 310	1 340	- 660	2 305	2 008	2 416	
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	31 805	39 202	7 284	19 538	88 610	97 918	13 529	82 078	107 670	
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	-	17 190	-	-	-	15 458	-	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	221 184	176 791	205 830	158 275	198 355	182 157	205 921	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	151 190	135 214	146 538	124 385	145 394	138 591	144 721	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	69 994	41 577	59 292	33 890	52 961	43 566	61 200	
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	108 421	131 028	149 541	83 451	97 985	82 150	157 713	
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	13 867	7 588	12 720	4 751	9 442	5 014	7 968	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	89 762	118 265	121 967	64 347	78 600	69 609	131 011	
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	35 236	58 732	45 333	39 791	41 779	83 977	38 558	
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	1 208	24 819	8 459	2 339	3 632	47 672	4 343	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	23 905	23 556	25 816	24 530	27 410	23 725	22 578	
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	5 779	6 144	5 836	7 867	6 066	6 279	5 721	
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	239 504	281 926	.	.	294 349	342 753	.	.	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	.	.	8 138	11 919	.	.	.	
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	30 745	34 377	.	.	31 154	47 975	.	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	163 951	198 901	.	.	219 272	237 930	.	.	.	
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	.	.	16 911	20 672	.	.	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	391 527	397 495	588 873	441 954	404 952	438 944	675 553	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	104 494	147 880	269 778	255 300	130 267	232 892	338 850	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	142 948	114 914	133 790	102 882	134 224	121 547	136 167	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	35 664	3 673	35 764	321	42 476	2 355	42 823	
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	263 726	293 809	432 287	373 797	300 780	402 388	524 842	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	104 472	147 836	269 711	255 300	128 853	232 202	338 297	
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	68 910	80 995	88 354	83 568	81 479	78 385	87 673	83 854	105 164	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	35 664	3 673	35 764	321	42 476	2 355	42 823	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	.	.	384 493	385 481	.	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	98 274	122 457	.	.	68 764	155 184	.	.	.	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	.	.	236 800	125 473	.	.	.	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	319	.	.	.	350	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	348	.	.	.	382	.	.
* Facharbeiter	DM	335	364	371	.	.	.	406	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	305	329	334	.	.	.	370	.	.
Hilfsarbeiter	DM	262	287	295	.	.	.	321	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	211	.	.	.	231	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	200	.	.	.	219	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	7,27	.	.	.	8,13	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	7,77	.	.	.	8,68	.	.
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	8,29	.	.	.	9,18	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	7,49	.	.	.	8,42	.	.
Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	6,53	.	.	.	7,37	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	5,26	.	.	.	5,88	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	4,94	.	.	.	5,55	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	43,8	.	.	.	43,0	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	44,8	.	.	.	44,1	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	40,2	.	.	.	39,3	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	1 708	.	.	.	2 015	.	.
männlich	DM	1 388	1 517	1 542	.	.	.	1 781	.	.
weiblich	DM	1 672	1 824	1 858	.	.	.	2 145	.	.
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	1 206	.	.	.	1 384	.	.
männlich	DM	1 783	1 932	1 966	.	.	.	2 276	.	.
weiblich	DM	1 835	1 989	2 026	.	.	.	2 325	.	.
weiblich	DM	1 248	1 358	1 383	.	.	.	1 551	.	.
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 052	1 157	1 176	.	.	.	1 364	.	.
männlich	DM	1 046	1 150	1 170	.	.	.	1 345	.	.
weiblich	DM	1 379	1 504	1 524	.	.	.	1 742	.	.
weiblich	DM	824	915	939	.	.	.	1 044	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	1 454	.	.	.	1 710	.	.
männlich	DM	1 189	1 301	1 321	.	.	.	1 512	.	.
weiblich	DM	1 521	1 657	1 682	.	.	.	1 915	.	.
weiblich	DM	917	1 013	1 033	.	.	.	1 161	.	.
Technische Angestellte	DM	1 767	1 910	1 943	.	.	.	2 244	.	.
männlich	DM	1 820	1 968	2 003	.	.	.	2 293	.	.
weiblich	DM	1 228	1 331	1 354	.	.	.	1 526	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 115	1 113	1 101 ^x	1 121	1 124	1 122	...
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	682	682	671	686	687	685	...
Rentner	1 000	361	366	366	366	366	372	372	373	...
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	5,1	5,3	4,7	5,4	5,9	5,8	...
Männer	%	4,9	5,0	5,2	5,4	4,8	5,5	6,0	5,9	...
Frauen	%	4,6	4,6	4,8	5,0	4,3	5,2	5,7	5,5	...
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570 ³⁾	398 305	398 875 ³⁾	399 575	411 577	413 171	413 907	415 674
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911 ³⁾	124 295	187 488 ³⁾	124 230	159 132	160 958	161 256	162 189
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	6 101	6 558	9 430	6 211	6 688	9 137	14 958
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	5 152	5 612	8 318	5 252	5 806	8 167	13 871
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	.	.	152	149	.	.	148
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	38 256	38 228	40 184	40 828	40 312	40 676	43 620

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972			1973				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 ^p	61 775	61 804	61 819	62 046 ^p	62 089 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 594	38 697	31 877	25 704	44 715 ^p	33 129 ^p	31 299 ^p	28 738 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 435	55 274	54 172	51 943	53 782 ^p	50 260 ^p	52 443 ^p	48 768 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 939	56 351	61 281	59 082	58 359 ^p	53 963 ^p	63 287 ^p	60 749 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	2 504	1 077	7 109	7 139	4 577 ^p	3 703 ^p	10 844 ^p	11 981 ^p
Arbeitslose	1 000	185	246	195	215	235	222	219	267	332
Männer	1 000	101	141	102	111	124	111	107	129	170
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	21 376	.	.	.	21 300	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	280	318	287	283	287	341	300
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	1 634	1 572	1 486	1 816	1 583	1 514	1 465
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 538	8 340	8 352	8 351	8 357	8 417	8 427	8 429	8 406
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	977	934	933	988	980	903	918	1 008	976
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	46 919	49 668	52 081	54 804	54 281	53 533	57 583	61 932	60 293
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 166	9 950	10 544	10 922	11 027	10 946	12 535	13 115	13 456
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	169	175	186	157	186	185	196 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	169	176	187	157	186	186	197 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	166	173	183	155	184	182	193 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	219	238	266	213	241	264	291
Bergbau	1962 = 100	102	94	92	95	103	85	90	94	99
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	171	178	189	160	190	189	199
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	182	191	197	201	207	205	220	221	227
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	162	168	184	140	186	181	196
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	169	174	184	142	176	170	179
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	146	148	144	161	170	143	155	164	175
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	170	169	169	150	172	164	161
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	8 313	8 952	8 635	8 159	7 403	8 694	8 229
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201	9 101	9 452	9 881	9 371	9 496	10 526	10 686
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 726	2 871	2 763	3 190	3 100	3 208	3 241
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 723	3 955	3 816	4 264	4 121	4 326	4 301
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 745	2 759	2 704	3 307	3 128	3 467	3 202
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	22 029	24 581	25 451	22 098	23 131 ^x	27 008	27 885 ^p
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	6 686	7 308	8 012	7 316	7 169	8 099	8 118
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 544	1 533	1 575	1 560	1 547	1 532	1 518	1 509	1 482
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	210	233	242	224	211	212	230	200
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 586	6 170	6 576	6 886	7 472	6 221	6 930	7 331	7 515
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	58 785	64 039	68 044	70 899	64 133	62 152	50 651	48 546	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	204	198	215	228	199	201	236	247
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	111	113	123	121	127	124	138	137
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	158	169	167	144	182	184	172	148
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	10 490	11 794	11 668	10 801	11 130	13 950	13 395
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	12 114	14 426	13 372	14 020	14 931	17 914	16 611
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 623	2 632	1 704	3 219	3 801	3 964	3 215

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	92	93	95	104	106	96	98
Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	95	97	90	97	108
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	97	98	105	100	104	110
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	103	113	105	108	97	109
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	104	105	111	113	92	108
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	40 292	45 767	43 327	42 236	44 730	46 556	45 805	45 109	48 118 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	594 686	681 676	648 867	654 704	664 748	723 915	731 839	734 330	742 693 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	490 915	569 672	539 790	544 554	553 911	607 318	614 594	615 612	620 709 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	103 771	112 004	109 077	110 150	110 837	116 597	117 245	118 718	121 984 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	501 359	565 845	534 100	539 153	544 606	592 537	597 979	601 530	606 790 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	230 284	261 673	247 756	249 904	251 063	259 590	259 261	260 274	261 192 ^P
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	132,9	150,5	154,7	150,4	150,7	135,7	133,7	135,8	130,6
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 865	7 133	10 999	5 570	5 022	6 270	13 135	6 631	6 586
Lohnsteuer	Mill. DM	3 567	4 095	4 332	4 495	4 399	5 021	5 519	5 409	5 798
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 575	3 915	3 706	4 807	4 317	4 575	3 798	4 390	4 364
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 572	2 846	2 678	2 888	3 130	2 668	2 658	2 738	3 036
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 209	2 498	2 438	2 660	2 737	2 881	2 751	2 848	3 052
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	106,5	118,7	116,6	117,5	117,7	118,6	120,3	122,5 ^P	123,4 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	116,5	127,3	121,1	122,1	123,5	138,2	136,5	134,8	135,3 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	112,5	116,1	117,1	117,5	117,8	124,9	125,2	126,0	127,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	162,7	174,3	.	.	177,1	189,9	.	.	189,8
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	124,8	126,7	.	.	127,5	132,1	.	.	131,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	129,0	136,1	137,8	138,4	139,0	146,3	146,4	147,5	149,3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	120,7	127,7	129,9	130,3	131,0	137,4	136,6	137,3	138,6
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	122,4	129,8	131,0	132,3	133,0	140,2	141,4	143,0	143,5
Wohnungsmiete	1962 = 100	171,4	181,8	183,8	185,0	185,6	193,5	194,3	195,0	195,9
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	128,0	133,7	133,5	135,6	137,1	152,6	155,9	162,2	182,0
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	118,4	123,4	122,9	124,0	125,3	127,4	128,1	129,6	130,8
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	126,8	135,5	138,2	138,2	138,3	148,1	148,0	147,9	148,7
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	150,6	160,3	162,3	163,2	164,0	173,0	173,6	174,6	175,3
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	133,8	138,4	139,1	139,8	140,0	146,3	146,8	147,7	148,0
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	127,4	132,9	134,7	134,9	134,9	143,2	143,2	143,6	143,7
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	128,3	135,1	136,8	137,5	138,2	144,9	145,1	146,2	147,8
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	108,6	116,9	.	120,7
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	110,1	120,5	.	124,1
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	110,9	120,6	.	123,4
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	111,3	122,0	.	125,1
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	98,1	97,0	.	97,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,9	98,7	.	99,2

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Die Indizes für die Lebenshaltung erfuhren infolge Einführung des neuen Basisjahres 1970 = 100 (Warenkorb des Jahres 1970) rückwirkend ab Januar 1968 eine Änderung.

Für 2,8 Mrd. DM Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1972

Im Jahre 1972 wurden bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten und Sitz in Rheinland-Pfalz Auftragsbelege im Werte von rund 2,8 Mrd. DM registriert. Davon entfiel ein Anteil von reichlich vier Fünfteln auf Bauvorhaben innerhalb der Landesgrenzen, während das restliche knappe Fünftel zum größten Teil Projekte in den Nachbarländern Hessen und Baden-Württemberg betraf.

Am 30. Juni und 30. September 1973 wurden für die Baubetriebe Auftragsbestände in Höhe von etwa 1,8 bzw. 1,4 Mrd. DM ermittelt. Die zum Ende des zweiten Quartals 1973 für alle heimischen Baustellen verzeichneten Auftragsbestände über rund 1,7 Mrd. DM betrafen zu etwa 85% hier ansässige Betriebe, wogegen die übrigen Projekte größtenteils auf Einheiten entfielen, die in den vier unmittelbar angrenzenden Nachbarländern beheimatet waren. pe.

Mehr über dieses Thema auf Seite 51.

Hotelübernachtungen um fast 13% teurer

Bei der Preiserhebung im Gaststätten- und Hotelgewerbe lagen im August 1973 die Preise in nahezu allen erfaßten Positionen über denen des Vorjahres. Gute Hotels erhöhten die Übernachtungspreise am stärksten, während Pensionen vergleichsweise geringe Preisanhebungen vornahmen. Der Gast mußte für eine Übernachtung mit Frühstück in einem Einbettzimmer in diesen Kategorien durchschnittlich 26,46 bzw. 13,46 DM bezahlen. Das sind 12,6 bzw. 4,7% mehr als im August 1972. Im Landesmittel ergab sich ein Preis für alle Beherbergungsgruppen von 17,74 DM (+ 8,2%); der gesamt durchschnittliche Pensionspreis für ein Einbettzimmer erhöhte sich in den vergangenen Jahren von 26,41 (1971) auf 28,12 (1972) und 31,11 DM (+ 10,6% gegenüber 1972) am deutlichsten.

Die Speisekarten einfacher Gaststätten warteten vereinzelt mit kräftig angehobenen Preisen auf. Rumpsteak und Schweinekotelett mit Suppe und Beilagen wurden in diesen Gaststätten durchschnittlich um 17,9 bzw. 15,0% teurer und kosteten 8,82 bzw. 6,43 DM. Aber auch die Besitzer gutbürgerlicher Gaststätten schraubten die Preise für Speisen teilweise beachtlich in die Höhe, wogegen in Hotels die Preisanstiege nicht ein solches Ausmaß erreichten. Die niedrigste Steigerungsrate insgesamt gab es mit + 9,1% bei Spiegeleiern, am höchsten war sie bei Rumpsteak (14,7%).

Getränke zogen im Landesmittel zwischen + 7,3 (Tasse Bohnenkaffee) und + 13,6% (Flasche Weißwein) im Preis an. Die absoluten Preise beliefen sich hier auf 1,03 und 8,03 DM. 1971 bezahlte der Gast dafür noch 89 Pfennig bzw. 6,70 DM. Relativ gering war der Preisanstieg für die Flasche Sekt mit + 5,0%, während Bier- und Branntweintrinker etwas mehr als 8% Aufschlag zahlen mußten. Gegenüber dem Erhebungsmonat August 1972 waren es in besonderem Maße die einfachen Hotels, die extrem hohe Preissteigerungsraten aufwiesen. Cafés dagegen setzten weniger stark die Preise nach oben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß hier für alle in die Erhebung einbezogenen Getränke schon höhere Preise als in einfachen und gutbürgerlichen Gaststätten, sowie in einfachen und teilweise sogar mittleren Hotels verlangt werden. hw

Preisbewegungen wie nie zuvor

Im Januar 1974 waren im Vergleich zum Vormonat im Landesdurchschnitt 73% aller in die Preisbeobachtung einbezogenen Waren und Leistungen Preiserhöhungen unterworfen. Dies ist die bisher breiteste Preisbewegung der Nachkriegszeit, von der alle Bereiche des privaten Verbrauchs erfaßt wurden.

Bei den Nahrungsmitteln verteuerten sich Fleisch und Wurstwaren, Fische, Eier, Milch, Butter und sonstige Milcherzeugnisse, Brot, Brötchen, Hülsenfrüchte, Teigwaren und Gemüsekonserven, um nur die wichtigsten zu nennen. Ein Vergleich mit den Preisen vor einem Jahr zeigt Steigerungen bei Rindfleisch um 3 bis 4%, Schweinefleisch 12 bis 16, Kalbfleisch 4, Wurstwaren 8 bis 10, Brathähnchen 30, Frischfisch 12 bis 25, Eier 33, Milch 4, Käse 5, Brot 7 bis 9, Brötchen 10, Hülsenfrüchte 22 bis 25 und bei Gemüsekonserven um 6%. Beachtlich höher als vor Jahresfrist lagen auch die Preise für Frischgemüse. Die Preisdifferenzen betrugen bis zu 47% (Wirsingkohl). Gegenüber dem Vormonat streuten die Preisanhebungen zwischen 4% bei Möhren und 48% bei Tomaten. Blumenkohl, der im Dezember wohl seinen höchsten Preisstand erreicht hatte, war im Januar 9% billiger.

Die Preise der Textil- und Lederwaren lagen im allgemeinen zwischen 8 bis 10% höher als im Januar 1973; gegenüber Dezember betrugen die Steigerungen weitgehend weniger als 1%. Ein entsprechender Vergleich bei Möbeln ergab Erhöhungen von 5 bis 10 bzw. 1 bis 3%. Bei den übrigen Ausstattungsgütern waren die Preisanhebungen nicht so zahlreich, in Einzelfällen (Rundfunk- und Fernsehempfänger, Elektrogeräte) gingen Preise sogar zurück.

Besondere Preisdifferenzen brachten Benzin, Dieselöl und leichtes Heizöl. Gegenüber Dezember 1973 zeigten sich überwiegend Preisnachteile, beim Vergleich mit den Preisen vor einem Jahr ergaben sich dagegen beachtliche Verteuerungen, die bei Benzin je nach Marke 16 bis 29%, bei Dieselöl etwa 23 und bei leichtem Heizöl sogar 116% betrugen.

Mit Beginn des neuen Jahres änderten sich zahlreiche Tarife und Gebührensätze. Wassergeld und Strom erhöhten sich im Durchschnitt um jeweils 7%, Gas um 6, Müllabfuhr um mehr als 2 und die Fernsehgebühr sogar um rund 24%. Teurer wurden wiederum die Handwerkerleistungen und in geringerem Umfang die Mieten. wf

Geringeres Schlachtaufkommen 1973

Im Jahre 1973 wurden in Rheinland-Pfalz rund 189 000 Rinder, 9 300 Kälber, 1 117 000 Schweine und 7 500 Schafe geschlachtet. Hinzu kamen 4 400 Rinder- und 58 700 Schweineschlachtungen aus Einfuhren. Verglichen mit dem Vorjahr ergab sich bei den für die Fleischversorgung wichtigsten Tierarten eine rückläufige Entwicklung, die bei Schweinen — 5,4%, bei Rindern — 2,8% und bei Kälbern — 33% ausmachte. Es gelang nur bei Rindern den Ausfall durch eine Erhöhung des Durchschnittsschlachtgewichtes auszugleichen, so daß die Gesamtschlachtmenge mit 55 600 t das Vorjahresergebnis noch geringfügig übertraf. Bei Schweinen blieb die Gesamtschlachtmenge mit 91 200 t um 6,7% und bei Kälbern mit 880 t um 24% unter dem Schlachtaufkommen des Jahres 1972. wr

Stagnierende Löhne im 3. Quartal

Von Juli bis Oktober des vergangenen Jahres blieben die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen und weiblichen Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) nahezu unverändert (+ 0,1%). Im dritten Quartal der davor liegenden Jahre 1972 und 1971 lag die Steigerungsrate noch knapp unter 1%. Der Gesamtdurchschnitt stellte sich im Oktober 1973 auf 8,13 DM und war damit um 11,8% höher als im Oktober 1972; von Juli zu Juli hatte die Erhöhung 12,5, von April zu April 9,4% ausgemacht.

Die Stundenverdienste der Facharbeiter stiegen allerdings im dritten Quartal 1973 um 4 Pf auf 9,18 DM, während angelernte Arbeiter nicht mehr verdienten als im Juli 1973 (8,42 DM) und sich für ungelernte Arbeiter der Bruttostundenverdienst auf 7,37 DM (— 4 Pf) stellte. Angelernte und ungelernte Arbeiterinnen kamen auf 6,07 (+ 1,3%) bzw. 5,55 DM (+ 1,6%), Facharbeiterinnen dagegen verdienten mit 6,63 DM im Schnitt 29 Pf weniger in der Stunde (— 4,2%) als im Juli 1973, verursacht unter anderem durch Einschränkung von Arbeiten im Leistungslohn.

Infolge der um eine halbe Stunde zurückgegangenen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit verringerten sich die Wochenlöhne von Juli bis Oktober um 3 DM auf 350 DM, wobei die Männer - mit einer Wochenarbeitszeit von gut 44 Stunden - im Schnitt 151 DM mehr verdienten als die weiblichen Industriearbeiterinnen (231 DM für 39,3 Stunden).

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie sind von Juli bis Oktober um 17 DM oder 1,0% gestiegen, die der technischen Angestellten um 18 DM oder 0,8%. Innerhalb Jahresfrist betrugen die entsprechenden Veränderungen 15,5 bzw. 15,8%.

Rekord-Weinernte von 7,66 Mill. hl

Die bestockte Rebfläche des Landes verzeichnete auch 1973 eine Erweiterung, und zwar um knapp 1 500 ha oder 2,5% auf 61 500 ha. Eine Ausweitung der Ertragsrebfläche konnte vor allem in den Anbaugebieten Rheinhessen (+ 641 ha) und Rheinpfalz (+ 594 ha) festgestellt werden. Nach endgültigen Ermittlungen beläuft sich die Weinmost-ernte 1973 in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 7,66 Mill. hl. Sie übertrifft die Vorjahresmenge um 2,1 Mill. hl und die bisher größte Ernte aus dem Jahre 1970 um mehr als 400 000 hl. Das außerordentlich große Aufkommen ist eine Folge der Ausweitung der Ertragsrebfläche und hoher Hektarerträge. Die Qualität des Jahrgangs 1973 ist wesentlich günstiger ausgefallen als die seines Vorgängers. Nur etwa 6% werden als Tafelwein, jedoch 64% als Qualitätswein und 30% als Prädikatswein einzustufen sein.

Die gesamte Baumobsternte, welche in den beiden Jahren zuvor unter dem mehrjährigen Durchschnitt ausgefallen war, bezifferte sich 1973 auf 252 000 t und übertraf das Ergebnis des Vorjahres um mehr als zwei Fünftel.

Die Gemüseernte auf dem Freiland erbrachte bei den wichtigen Arten insgesamt 97 100 t. Bei einer um 2,9% eingeschränkten Anbaufläche blieb sie um 1 600 t oder 1,6% unter der Menge des Vorjahres.

Mehr über dieses Thema auf Seite 40.

Weiterhin Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte

Nach dem Ergebnis der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft waren in Rheinland-Pfalz im Wirtschaftsjahr 1972/73 rund 225 000 voll- und teilbeschäftigte familienzugehörige sowie knapp 10 000 ständige familienfremde Arbeitskräfte tätig. Das sind, verglichen mit den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1968/69, in den Betrieben ab 2 ha bei den Familienarbeitskräften rund 53 200 Personen (— 22%) und bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften ungefähr 1 000 (— 28%) weniger. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Verminderung des Arbeitskräftepotentials zum weit überwiegenden Teil zu Lasten der hauptberuflich bewirtschafteten Betriebe ging.

Bei den Familienarbeitskräften nahm vor allem die Zahl der Vollbeschäftigten ab; gegenüber 1968/69 reduzierte sie sich um 39 500 auf rund 106 000 (— 27%). Demgegenüber blieb die Zahl der Teilbeschäftigten mit rund 78 900 nur um 15% zurück. Etwa 45% der Familienarbeitskräfte üben nur noch als Teilzeitbeschäftigte eine Tätigkeit in der Landwirtschaft aus und gehen im übrigen einem Beruf außerhalb der Landwirtschaft nach.

Mehr über dieses Thema auf Seite 45.

Milcherzeugung 1973 etwas geringer

Die Milcherzeugung im Jahre 1973 belief sich in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 940 000 t, sie ging gegenüber dem Vorjahr um 1,7% zurück. Die leicht reduzierte Produktion ist sowohl auf eine eingeschränkte Haltung von Milchkühen, als auch auf eine etwas geringere Milchleistung je Kuh zurückzuführen.

Mit 794 000 t flossen mehr als vier Fünftel der Erzeugung in die Molkereien. Die Tendenz zu relativ verstärkter Marktleistung setzte sich somit erneut fort. An Tiere verfüttert wurden rund 70 300 t (7,5%), während 49 300 t (5,2%) in den Haushalten der Erzeuger verbraucht oder verarbeitet wurden. Die restlichen 26 000 t (2,8%) fanden eine anderweitige Verwendung.

Themen der letzten Hefte

Heft 1/Januar 1974

Landesinformationssystem
Winzergenossenschaften 1973
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1973
Quellen des Lebensunterhalts
Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973

Themen der folgenden Hefte

Landesinformationssystem Teil II
Volks- und Berufszählung 1970
Meldepflichtige Krankheiten 1973
Bauhauptgewerbe 1973
Industrie 1973
Lohnsteuerstatistik 1971
Verkehrsunfälle 1973

In Kürze erscheint in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

Band 224

GEMEINDESTATISTIK VON RHEINLAND-PFALZ 1970

TEIL V: WEITERE STRUKTURDATEN

Umfang 116 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 7,-

Dieser Band der Gemeindestatistik 1970 ist als Ergänzungsheft zu den teilweise bereits veröffentlichten Bänden mit Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968, der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung 1970 sowie der Landwirtschaftszählung 1971 gedacht. Er enthält im Gegensatz zu den genannten Veröffentlichungen nicht Ergebnisse aus einer einzigen Zählung, sondern umfaßt Daten aus verschiedenen, teils laufenden teils einmaligen Erhebungen und soll das Zahlenbild zur Struktur der rheinland-pfälzischen Gemeinden abrunden. Der Inhalt dieses Bandes ist bundeseinheitlich abgestimmt und daher mit entsprechenden Veröffentlichungen der anderen Länder vergleichbar, wobei auch die Spaltennumerierung in allen Ländern gleichartig vorgenommen worden ist.

Die 6 Bände der Gemeindestatistik 1970 umfassen damit insgesamt 412 Merkmale für alle Gemeinden des Landes. Bei Bestellung aller Bände der Gemeindestatistik Rheinland-Pfalz stellt sich der Gesamtpreis auf DM 60,-.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,- Jahresabonnement DM 20,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.